Nr. 54. 16. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7890. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 4. März 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3

Der Militarismus.

Zwei Melodien durchzogen am Freitag die Reichstags-Debatte. Die eine, die gestern der Kriegsminister angestimmt hatte, von der Verrohung der Jugend, und die andere, in deren Absingung jeder Redner der bürgerlichen Parteien seinen Vorsänger durch pathetische Stimmfülle zu übersingen suchte, von der Herrlichkeit der deutschen Armee, deren Glanz nur so böswillige Nörgler, wie die Sozialdemokraten nun einmal seien, zu verdunkeln wagten.

Bebel hatte gestern an einer Reihe von Einzelfällen die Mängel und Flecken des Militarismus aufgewiesen. Der Kriegsminister konnte auch heut seine Beschwerden nicht entkräften; der Versuch, Bebel Unrichtigkeiten vorzuwerfen, weil er z. B. gesagt habe, Graf Stolberg-Wernigerode habe den Sergeanten Scheinhardt nicht erstochen, sondern — mit dem Degen geschlagen, daß er daarn verstarb, mißglückte völlig, und in dem besonders charakteristischen Elbinger Falle — Bestrafung eines Sozialdemokraten mit 14 Tagen Arrest, weil er vor Gericht die Wahrheit gesagt hatte — mußte sich der Kriegsminister auch vom Abg. Gröber sagen lassen, daß die Militärbehörde aus der Erfüllung einer bürgerlichen Rechtspflicht nicht eine rechtswidrige Handlung konstruiren dürfe, mag es sich auch um einen Sozialdemokraten handeln.

Da man solcher Art den sozialdemokratischen Anklagen nichts entgegenstellen konnte, mochte man sich um so eifriger auf dem dürren Boden der Gemeinplätzlichkeit tummeln. Trat die Sozialdemokratie auf als Klägerin gegen den Militarismus, so antwortete man mit Hymnen auf die glorioſe Armee, die nur den einen Mangel habe, daß sie viele vorbestrafte junge Leute in sich aufnehmen müsse, welcher Umstand auf das Konto der sittenverderbenden, religionsfeindlichen Sozialdemokratie zu setzen sei.

In dieser Gedankenlosigkeit waren sich alle bürgerlichen Parteien einig. Der ebenso geistesarme wie wortreiche Herr Paasche gab den Ton an und alle Parteien fielen ein, vom Heldentenor Klinckowström's bis zum Gröber'schen Brummbaß. In dieser Gedankenlosigkeit feierten Zentrum und Nationalliberale Versöhnung nach uralter Fehde.

Ueber Verwahrlosung der Jugend wurde gezetert und die Sozialdemokratie dafür verantwortlich gemacht. Aber nichts wußten die Herren zu erwidern, als man sie darauf hinwies, daß sie selbst alle Vorschläge gerade der Sozialdemokratie vereitelt hätten, durch welche der mit der kapitalistischen Entwickelung zunehmenden Gefährdung der Kinder und jungen Leute hätte entgegengewirkt werden können. Wer ist der zunehmenden Frauenarbeit, durch welche die Kinder der mütterlichen Aufsicht entzogen werden, durch Forderung ernstlichen Arbeiterinnenschutzes entgegengetreten? Wer hat den Schutz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, wer hat ausreichenden Unterricht, Fortbildungsschulen und Reform der gesammten Jugenderziehung verlangt? Wer hat aber diese Mittel der geistigen und sittlichen Hebung zurückgewiesen? Welch' groteskes Bild, diejenigen als Sittenrichter über die Verderbniß der Jugend predigen zu hören, welche selbst die wahrhaft und einzig Schuldigen sind, welche der Jugend nicht einmal Schule bis zum 14. Jahre gönnen, um sie in der Fabrik und auf den Rübenfeldern zeitiger und gründlicher ausnutzen zu können.

So böse es aber mit der Jugend steht, ebenso herrlich entwickelt sie sich, sobald sie dem „Stellvertreter Gottes auf Erden" übergeben wird, sobald sie Armee wird. Die Armee ist die beste Schule. Die Armee ist das Heiligste, was wir besitzen. Die Armee ist sakrosankt. Wehe dem Störenfried, der sie kritisiren, sie zu tadeln unternimmt. Wehe dem Abgeordneten Bebel, der zwar blos 6 oder 7 Fälle vorzubringen weiß, aber doch unsere Armee vor dem Auslande bloßstellt. Paasche und Oriola von den Nationalliberalen, Klinckowström und Stöcker von den Konservativen, Stumm und Tiedemann von den Freikonservativen, sie alle wiederholten dieselbe Litanei und auch Herr Gröber erklärte im Namen des militärbegeisterten Zentrum: Bebel gebe ein schiefes Bild der Zustände in der Armee und es wäre vor allem Pflicht, auch Anerkennung für die Vorzüge und Leistungen der Armee auszusprechen.

Wir begreifen, wie in den bürgerlichen Parteien diese Auffassung von den Aufgaben des Parlaments gegenüber dem Militarismus sich festsetzen konnte. Wem das System des Militarismus gefällt und von Nutzen ist, dem sind „Einzelfälle" nebensächlich und unwesentlich. Für die Sozialdemokratie aber sind die Einzelfälle Kennzeichen des Systems selbst und die Anklage gegen das einzelne Ereigniß erhebt sich und erweitert sich zur Anklage gegen Aufbau und Wesen der gesammten militärischen Organisation.

In einem Falle verwies der Kriegsminister auf den Beschwerdeweg des Soldaten, in einem anderen erklärte er, Bestrafung sei nöthig gewesen, weil der Soldat sozialdemokratische Gesinnung bethätigt habe. Gehen wir diesen Anschauungen auf den Grund, so erkennen wir das Beschwerdewesen der Soldaten als werthlos und nichtig im heutigen System des stummen Gehorsams, so erkennen wir in der Bestrafung wegen Aeußerung sozialdemokratischer Gesinnung die heutige Armee als ein Instrument der herrschenden Parteien gegen die sozialdemokratische Bevölkerung. Im heutigen Militarismus sind die Klassengegensätze, die das gesammte Leben unseres Zeitalters durchziehen, am schärfsten ausgedrückt. Herr v. Tiedemann sprach es selbst aus, daß im heutigen Militärsystem das Offizierkorps eine „bevorzugte Klasse" bilde. Wenn darum Bebel an Einzelfällen zeigt, wie mild die Militärjustiz Vergehen von Offizieren auffaßt, wie furchtbar dagegen gewöhnliche Soldaten bestraft werden, so ist das eine um so härtere Verurtheilung des militärischen Systems, je mehr das Wort des Kriegsministers wahr ist, daß auch die besonderen Milderungsbestimmungen gewissenhaft für die Untergebenen angewandt werden, denn es zeigt dies, wie unfähig eine bevorzugte Klasse ist, wahrhaft objektiv über eine andere zu richten. Und Bebel wies sehr zutreffend den Vorwurf zurück, daß er die Armee beleidige und herabsetze: Bilden sich denn gewisse einzelne Kreise, und wären sie auch noch so „maßgebend", ein, sie seien „die Armee?" Wenn die Sozialdemokratie im Reichstag ihre Aufgabe nicht darin sähe, zu kritisiren und zu Verbesserungen anzuregen, sondern darin, dithyrambisch zu loben und in vaterländischem Eigendünkel zu prunken, so könnte sie freilich auch die Armee verherrlichen, sie könnte die Tüchtigkeit und den Eifer unserer Soldaten feiern, die, trotzdem sie in ein System gespannt sind, das einem freien Mann wenig gefällt, freudig ihre Pflicht erfüllen, aus Liebe zum Vaterlande und in der Hoffnung, daß es gelingen wird, die Armee aus einem Werkzeug gegen den „inneren Feind" zu einem wirklichen Volksheere zu gestalten.

So waren die bürgerlichen Sprecher ausgezogen, um der sozialdemokratischen Kritik entgegenzutreten, und ihr Erfolg ist gewesen, daß das System selbst, dem sie lobsangen, den Schaden litt.

Die Debatte entbehrte aber auch nicht ganz der Komik. Die militärverherrlichenden Reden wurden in besonderer Zubereitung servirt. Dem rauhen Kriegsmann wurde Bibel und Katechismus und zahlreiche sonstige Schriften für innere Mission in den Tornister gepackt. Nicht nur ein Stöcker gab dem Militarismus die religiöse Weihe, selbst ein Paasche, der nationalliberale Redner, legte ein positives Glaubensbekenntniß ab: Ich glaube an Gott, allmächtigen Vater . . ., und nachdem Stöcker und Gröber sich des reuigen Sünders gefreut, Gröber aber sich einiger Erinnerungen an die holde Jugendzeit der nunmehrigen alten Betschwester nicht enthalten konnte, da erhob sich der nationalliberale Graf Oriola und erklärte vor versammeltem Reichstag, es gebe einen Herrgott im Himmel, und seine Partei wolle im Bunde mit der Rechten und dem Zentrum dafür wirken, daß die Religion dem Volke erhalten bleibe . . .

Der Reichstag ist nicht der Ort, wo religiöse und metaphysische Probleme ausgetragen werden können. Aber wäre es auch angemessen, im Parlament über Glaubensfragen zu diskutiren, so würde ein Ehrlicher sich nur dazu entschließen, wenn ihm ehrlich Suchende gegenüberständen. Aber das lärmende Wortgepränge gerade in Fragen der Religion deutet auf innere Hohlheit und äußerliche Absichten. Wenn die Lobredner des Militarismus, wenn die Rüster blutiger Kriege, wenn die Nutznießer der kapitalistischen Volksausbeutung sich in den Mantel der Religion und des Christenthums hüllen, so weiß das deutsche Volk, was es von diesen Religionsbekennern und diesen Säbel-Christen zu halten hat.

Die zweite Lesung des Militäretats — Position Kriegsminister — hat nicht nur die Mängel des militaristischen Systems, sondern auch die religionsfeindliche Religionsheuchelei der den Namen des Christenthums schwer mißbrauchenden bürgerlichen Parteien dem deutschen Volke in Erinnerung zurückgerufen und zur Aburtheilung übergeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus bewilligte heute das Ordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung. Der gestern von uns wiedergegebene Antrag Wetekamp (frs. Vp.) betreffend die Arbeiterwochenkarten wurde nicht einmal einer Kommissionsberathung für würdig befunden, sondern sofort im Plenum abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Zentrumsantrag auf größere Berücksichtigung der Haltestellen-Aufseher bei der Vertheilung der Stellenzulagen.

Aus der Debatte, die sich völlig in Einzelheiten verlor, ist nur der schüchterne Versuch des Abg. Goldschmidt (frs. Vp.) zu erwähnen, der so lange von den Freisinnigen vernachlässigten Sozialpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Seine Forderungen auf Einführung der wöchentlichen, statt der halbmonatlichen Lohnauszahlung an Werkstättenarbeiter und Vergütung für die an patriotischen Festtagen einzustellende Arbeit wurden vom Minister Thielen dahin beantwortet, daß die Arbeiter von einer wöchentlichen Lohnauszahlung nichts wissen wollen, und daß sie einen Einnahme-Ausfall durch das Feiern an patriotischen Festtagen nicht erleiden. Damit war die große sozialpolitische Debatte erledigt.

Morgen: Fortsetzung der Berathung des Eisenbahnetats, zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. das Bernsteinregal, und Etat des Handelsministeriums. —

Wie Stumm verleumdet.

Die „Post" schweigt. Die „Post" sagt nicht, wann und wo „gestohlen" sein soll. Die „Post" giebt durch Schweigen zu, daß die ganze Erzählung, die sie der Oeffentlichkeit sowie der Staatsanwaltschaft aufzubinden versuchte, eitel Flunkerei ist.

Herr v. Stumm läßt die „Post" schweigen, weil sie bewiesen hat, daß sie, wenn sie nicht schweigt, das Spiel ihres Herrn und Meisters schädigt. Der Herr und Meister selbst aber benutzt seine Immunität als Reichstags-Abgeordneter zur Ausstreuung von Unwahrheiten, von Verleumdungen.

Herr v. Stumm bezeichnete am Freitag im Reichstag die vom „Vorwärts" veröffentlichten Briefe als „vom „Vorwärts" gestohlene Briefe".

Herr v. Stumm hatte das Glück, daß seine Aeußerung unter der Präsidentschaft des freisinnigen Herrn Schmidt fiel. Vielleicht hat Herr v. Stumm es so eingerichtet, daß er seine Verleumdung aussprach, als der Freisinnige präsidirte. Herr v. Ballestrem rief Tags zuvor seinen Freund Lingens zur Ordnung, weil er „die Evangelischen" beleidigt habe. Herr v. Stumm hat einem Blatte die Verleumdung angehangen, es habe Briefe gestohlen, indem er wußte, daß drei Mitglieder des Blattes Reichstagsabgeordnete sind. Diese reichstagsnotorische Thatsache mußte auch Herr Vizepräsident Schmidt kennen, und erinnerte er sich ihrer nicht, so hat ihn Abg. Singer sofort darauf aufmerksam gemacht. Dennoch unterließ Herr Schmidt, den Abg. v. Stumm zu rügen.

Unter der Leitung des freisinnigen Vizepräsidenten wird Freiherr v. Stumm es wohl noch wagen zu sagen, wann, wo und von welchem oder von welchen Mitgliedern des „Vorwärts" Briefe gestohlen worden sind. —

Der Zentrumsschacher.

Welchen Schacher meinen wir? Das Zentrum hat immer eine ganze Anzahl Geschäftchen an der Hand. Im Reichstag ist heut ein Geschäftchen mit den Nationalliberalen abgeschlossen; die Nationalliberalen erklären sich bereit, Religion als Verkaufsartikel in ihrem politischen Kramladen zu führen, dafür lobsingt das Zentrum dem Militarismus mitsammt allen seinen Makeln und Fehlern.

Aber hiervon wollen wir augenblicklich nicht sprechen. Sondern von dem andern Zentrumshandel, demjenigen mit der Regierung wegen der Militärvorlage. Die „Germania" sucht wieder zu leugnen. Aber die „Freisinnige Zeitung" weiß hierzu zu melden:

Diese Dementirung beruht auf eitel Wortklauberei. Die maßgebenden Kommissionsmitglieder der Zentrumspartei haben die Grundsätze des Kompromisses mit den Regierungsvertretern vereinbart. In der Fraktion der Zentrumspartei ist freilich die Angelegenheit noch nicht zum Vortrag gekommen. Indeß hat dies ja nur eine formale Bedeutung. Die Regierungsvertreter sind jetzt schon damit beschäftigt, im Einzelnen die Präsenzziffern, wie sie sich auf Grund des Kompromisses gestalten, auszurechnen. Das Zentrum bewilligt also die bisher abgelehnten 10 neuen Eskadrons Jäger zu Pferde und zur Abrundung noch so viel Infanterie mehr, daß das württembergische Kontigent keine Verminderung zu erfahren braucht. —

* * *

Deutsches Reich.

Heiden und Christen. In der Ansprache, welche der Kaiser in Wilhelmshaven an die Marinerekruten bei der Vereidigung gehalten hat, erinnerte er, wie die „Rhein.-Westf. Ztg." mittheilt, zunächst daran, daß uns schon von den alten Heiden die Geschichte viele Beispiele besonderer Tapferkeit überliefert habe und zog dann einen Vergleich zwischen dem Muth und der Tapferkeit eines Heiden und eines Christen. Der Vergleich gipfelte darin, daß der Christ seine Pflicht auch dann thut, wenn ihn niemand sieht. Ein Beispiel hierfür sei die Besatzung des Dampfers „Bulgaria", welche ein leuchtendes Vorbild von Pflichterfüllung gegeben habe. Das Verdienst der Besatzung sei ein ebenso hohes gewesen, wenn sie niemand gesehen hätte, und wenn ihre Thaten nicht bekannt geworden wären. Ihm selbst seien in seiner Stellung als Kaiser gleichfalls schwere Pflichten als Christ auferlegt. Für sie würden vielleicht später auch schwere Zeiten kommen. Er erwarte, daß die Rekruten, nachdem sie ihm den Eid der Treue geleistet hätten, auch in solchen Zeiten als gläubige Christen stets ihre Pflicht thun würden.

Die Tapferkeit der Muhamedaner hat der Kaiser in Damaskus charakterisirt. —

Karl Peter's Aktenkiste wird jetzt von der Postverwaltung wie folgt kritisirt:

Der Afrikareisende Dr. Karl Peters hat in einer „Mißbrauch der Amtsgewalt" betitelten Druckschrift behauptet:

1. Nach seiner Uebersiedelung 1896 nach England habe eine unheimliche Ueberwachung seiner Korrespondenz begonnen. Viele seiner Briefe seien überhaupt verschwunden, eine Reihe anderer habe unverkennbare Spuren des Eröffnetseins getragen;

2. im Dezember 1896 habe die Firma v. d. Heydt u. Ko. in Berlin eine Kiste mit Akten an ihn abgesandt. Die Kiste sei eingeschrieben und versichert gewesen, habe also im Verwahrsam der deutschen Post gelegen. Die Aktenkiste sei vom Hamburger Bahnhof in Berlin auf räthselhafte Weise verschwunden und nach einigen Tagen in einem Hofe der Wilhelmstraße erbrochen und wichtiger Schreiben beraubt vorgefunden worden.

Die beiden gegen die Reichspost gerichteten Beschuldigungen sind unwahr. Die Kiste ist, wie das Bankhaus v. d. Heydt u. Co. bereits durch die Erklärung in den Zeitungen dargethan hat, überhaupt nicht der Post zur Beförderung übergeben, sondern von dem Bankhaus einem Spediteur übermittelt worden. Die Reichs-Postverwaltung ist daher in der Sache ganz unbetheiligt. Eine Ueberwachung der für Dr. Peters eingegangenen Briefschaften durch die deutsche Post hat in keiner Weise stattgefunden. Die strafgerichtliche Verfolgung ist beantragt.

Wer Peters kennt, weiß, daß der Held garnicht im Stande ist, nicht zu phantasiren. —

Das Portal. Die Skizzenzeichnung des revolutionären Portals liegt jetzt vor. Die „Freis. Ztg." sagt darüber: Jeder Beschauer

der Skizze muß zunächst erstaunt sein über die Einfachheit des Portals. Nicht eine Spur findet sich darin von direkten oder indirekten Andeutungen an politische Begebenheiten oder gar zur Verherrlichung der Märzgefallenen. Das Portal, welches bekanntlich von dem konservativ gesinnten Stadtbaurath Hoffmann herrührt, könnte ebenso verwandt werden für jede Begräbnißstätte einer hochkonservativen Familie. Das Portal ist seitlich von zwei gemauerten quadrirten Pfeilern mit vorstehenden verzierten Pilastern eingefaßt, die beiden Pfeiler sind durch einen Segmentbogen geschlossen und in dessen Schlußstein die Füllung für eine Inschrift vorgesehen. Das Ganze ist dann mit einem Bekrönungsgesims abgeschlossen. An beiden Seiten schließt sich ein einfacher Staketenzaun an. Das 3 Meter hohe und 1 Meter 60 breite Portalthor bildet ein einfaches Eisendrahtthor mit abschließend aufgesetzter Verzierung. —

Ein vorschußnehmender Minister. Im Fürstenthum Lippe war während der Regentschaft des kaiserlichen Schwagers, Prinzen Adolf von Schaumburg, der jetzige Regierungspräsident von Hohenzollern, Herr v. Oertzen, Kabinetsminister. Am 1. Juli vorigen Jahres erhob er pränumerando ein Viertel seines Gehalts von 10 250 M. und elf Tage später verließ er das Land, ohne an die Staatskasse etwas zurückzuzahlen. Dieser Vorgang kam am Freitag im lippischen Landtag zur Erörterung. Die „Lippische Landeszeitung" berichtet darüber: Staatsminister v. Miesitschek bestätigt die Angaben und fügt noch hinzu, daß wegen der Rückzahlung ein Prozeß beim Gericht in Hechingen anhängig gemacht sei. Man hatte allerdings geglaubt, v. Oertzen würde den Betrag postwendend zurücksenden. Nachdem noch mitgetheilt worden war, daß Herr v. Oertzen den zu viel erhobenen Betrag als Wartegeld ansehe, erklärte Minister v. Miesitscheck, er müsse seinen Vorgänger so lange in Schutz nehmen, als ein Rechtsstreit noch nicht entschieden worden sei. —

Hochwasser-Schäden. Die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 20. April 1898, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Beschädigungen ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. An einzelne Beschädigte sind zur Erhaltung in ihrer wirthschaftlichen Lage an Beihilfen und Darlehen bewilligt im Regierungsbezirk Liegnitz 1 548 124 M., darunter 65 000 M. an Darlehen; im Regierungsbezirk Breslau war ein Eintreten mit öffentlichen Mitteln zu Gunsten geschädigter Privatpersonen nicht erforderlich, im Regierungsbezirk Oppeln sind bewilligt 1 628 124 M., darunter 65 000 M. an Darlehen, im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 612 500 M., im Regierungsbezirk Potsdam 633 615 M., im Regierungsbezirk Stettin 123 610 M., wovon auf die Provinz 38 722 M., auf den Staat 154 888 M. entfallen. An Gemeinden und Kreise zur Wiederherstellung und Verbesserung ihrer gemeinnützigen Anlagen sind bewilligt im Bezirk Liegnitz 931 089 M., darunter 56 400 M. an Darlehen, im Regierungsbezirk Breslau 78 950 M., im Regierungsbezirk Oppeln 1 064 948 M., darunter 56 400 M. an Darlehen, im Bezirk Frankfurt a. O. 108 100 M., im Bezirk Potsdam 107 600 M. Zur Wiederherstellung und nothwendigen Verbesserung beschädigter Deiche, Ufer, Uferschutzwerke und damit in Verbindung stehender Anlagen sind bewilligt im Regierungsbezirk Liegnitz 921 207 M., im Regierungsbezirk Breslau 50 410 M., im Regierungsbezirk Oppeln 921 207 M., im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 156 500 M. und im Regierungsbezirk Potsdam 178 600 M. Ferner sind bewilligt zur Ausführung besonders dringender Räumungs- und Freilegungsarbeiten im Regierungsbezirk Liegnitz 1 178 055 M., im Regierungsbezirk Breslau 32 077 M., im Regierungsbezirk Oppeln 1 315 759 M., im Regierungsbezirk Frankfurt 2500 M. Die Kosten für die Heranziehung militärischer Hilfskommandos und die sonstigen Kosten belaufen sich auf 245 821 M. Im Ganzen hat der Staat zu dem in den Listen nachgewiesenen Schaden von 22 244 874 M. 6 190 702 M. bewilligt, darunter 121 400 M. an Darlehen. —

Weimar, 2. März. (Eig. Ber.) Eine Sozialistendebatte hatten wir in der am 2. März stattgehabten Sitzung des Landtags. Anläßlich eines Gesuches von Einwohnern Ruhla's um Abänderung des Art. 30 der Gemeinde-Ordnung, nach welchem in den Gemeinden des Großherzogthums, die am 18. Januar 1854 nicht über 2000 Einwohner hatten, das Gemeinde-Wahlrecht in der Weise ausgeübt wird, daß auf je 500 M. Einkommen eine Stimme abgegeben werden kann, trat auch unser Abg. Baudert energisch für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein, und zeigte an Beispielen, wie ganze Ortschaften, infolge des veralteten Wahlsystems, von ein paar Begüterten majorisirt würden. Der Herr Abg. v. Bohenburg trat für Beibehaltung des Plural-Wahlsystems ein, das sei das einzige Mittel, die Sozialdemokraten aus den Gemeindeverwaltungen fernzuhalten, er verweise auf das Königreich Sachsen, das habe eine energische Regierung und einsichtsvolle Volksvertretung, da habe man das Wahlrecht für den Landtag bereits umgeändert, und auch für die Gemeinden stehe dies bevor, man handele dort, ehe es zu spät sei, denn im Kampf gegen die Sozialdemokratie müsse man jetzt Macht gegen Macht ausspielen. — Baudert kennzeichnete hierauf scharf das Gebahren unserer Gegner, welche die „idyllischen Zustände" Sachsens, das Polizeiknüppel-Regiment auch für das Großherzogthum wünschen. Selbstredend wurde mit großer Mehrheit das Gesuch der Ruhlaer Einwohner abgelehnt. In derselben Sitzung wurde einstimmig beschlossen, den Lehrerinnen im Volksschuldienste des Großherzogthums zu gewähren.

Aus Elsaß-Lothringen, 1. März. (Eig. Bericht.) Dem Beispiele des benachbarten Großherzogthums Baden folgend, wird unser Budget in allernächster Zeit mit erhöhten Ausgaben für die Gehälter der Geistlichen belastet werden. In der gestrigen Sitzung des Landesausschusses wurde mitgetheilt, daß die Regierung das Bedürfniß hierzu in vollem Umfange anerkenne und zur Zeit mit der Frage beschäftigt sei, auf welchem Wege die zu diesem Zwecke nöthigen Geldmittel aufgebracht werden können, aus allgemeinen Staatsmitteln oder auf dem Wege einer Kirchensteuer, wie solche in einigen Theilen des Reiches besteht. Daß der letztere Weg dem Geschmack der klerikalen Führer in unserem Parlamente nicht entsprechen würde, war vorauszusehen. Der Abbé Winterer von Mülhausen wandte sich denn auch mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige Eventualität, da der Zeitpunkt für die Einführung der erwähnten Steuer gerade jetzt sehr schlecht gewählt sei, die Steuer eine „unheilvolle Agitation" hervorrufen und den Feinden der Kirche die erwünschten Waffen in die Hand liefern müßte. Die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft des Landes hat bisher, dank dem dreimal „geläuterten" Wahlsystem, noch keine Vertretung im Rentnerparlament. Es wäre sonst von dieser Seite gewiß nicht unterlassen worden, den Herren vom Zentrum klar zu machen, wie bequem es für eine Religionsgenossenschaft ist, die öffentlichen Gelder, die aus den Taschen der Gesammtheit der Staatsangehörigen fließen, zu ihrem Nutz und Frommen in Anspruch zu nehmen, anstatt durch den Bestand aus eigener Kraft ihre Lebensfähigkeit zu erweisen. —

Mecklenburgisches. Nach der Ansicht, dem Hunde müsse der Schwanz nur immer stückweis abgehackt werden, wollen die Junker und ihre Werkzeuge die Sozialdemokratie Mecklenburgs zu Tode kuriren. Sie haben es bekanntlich durchzusetzen verstanden, daß das Vertheilen von Druckschriften, anderen Schriften (auch Zeitungen) und Bildwerken an Sonntagen verboten ist. Die kaiserliche Post, Privatposten, sowie die Druckereien hinsichtlich des Austragens der Zeitungen an die Abonnenten am Orte der Druckerei werden durch oben zitirtes Gesetz nicht beschränkt. Diese Bestimmungen zielen, wie dies aus den Verhandlungen des Junkerparlaments deutlich genug hervorgeht — wir erinnern nur an die Strafpredigt des Kriegsministers a. D. Bronsart v. Schellendorff — dahin, die sozialdemokratische Agitation zu unterbinden, wie solche durch den jährlich einmal gratis vertheilten „Volkskalender" und besonders durch die „Mecklenburgische Volkszeitung", deren stetiges Steigen der Abonnentenzahl den Volksfeinden stark im Magen liegt, betrieben wird. Da die „Mecklenburgische Volkszeitung" über das ganze Land verbreitet ist, glaubte man mit dem Verbot des Austragens an Sonntagen ihr einen tödtlichen, zum mindesten recht fühlbaren Hieb zu versetzen. Dieser Glaube ist aber, wie sich mehr und mehr herausstellt, ein Wahn, ein Schlag ins Wasser. Die „Mecklenb. Volksztg." fand sich mit dem Verbot ab; ein Theil ihrer Abonnenten, die sonst durch Expeditionen die Zeitung bezogen, abonnirten auf der Post, die anderen bekommen die „Mecklenb. Volksztg." des Montags ins Haus gebracht. Ganz besonders zu statten kommt uns aber, daß in verschiedenen Orten, so Schwaan und Güstrow, Unternehmer den sich darbietenden äußeren Anstoß benutzten und Privatposten, denen ja nach dem Gesetz das Austragen von Zeitungen an Sonntagen erlaubt ist, ins Leben riefen. Selbstverständlich werden unsere Genossen diese Gelegenheit benutzen, und den Vertrieb der „Meckl. Volksztg." den betreffenden Privatposten an ihren Orten überweisen. Unsere Junker aber haben wieder einmal vergebens ihre Erdweisheit glänzen lassen; nicht zu unserem Aerger. Nun brüten sie über neue Hindernisse, die natürlich ebenfalls überwunden werden. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurden von der Gleiwitzer Strafkammer die Grubenarbeiterfrau Antonie Bock aus Klein-Zabrze zu zwei Monaten und von der Ratiborer Strafkammer der Schiffer Otto Scholz aus Ratibor zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung

wird, wie offiziös berichtet wird, demnächst dem Reichstag zugehen. Nach der vorliegenden Inhaltsangabe handelt es sich im Wesentlichen um kleine Arbeiterschutz-Bestimmungen, über deren Werth wir uns äußern werden, wenn der Gesetzentwurf im Wortlaute vorliegt. Im Ganzen kann man jedoch schon heute sagen, daß der Entwurf von dem, was auf sozialpolitischem Gebiete zu thun nöthig wäre, nur äußerst wenig und das wenige in unzureichender Weise erfüllt.

Wir reproduziren vorläufig die offiziöse Inhaltsangabe des Gesetzentwurfs:

„Zur Beseitigung der über die Mißstände im Gewerbe der **Gesindevermiether und Stellenvermittler** laut gewordenen Klagen sollen diese Gewerbetreibenden sortan der Konzessionspflicht unterworfen und die Landes-Zentralbehörden ermächtigt werden, über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb dieser Personen Vorschriften zu erlassen. Solche Vorschriften sollen fortan auch bezüglich der Auktionatoren erlassen werden können. Außerdem sollen die Gesindevermiether und Stellenvermittler verpflichtet werden, das Verzeichniß ihrer Taxen der Orts-Polizeibehörde einzureichen und anzuschlagen. Die Bücherrevisoren werden den im § 36 der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Gewerbetreibenden gleichgestellt.

Ferner bringt der Entwurf Bestimmungen über die Einführung von **Lohnbüchern** und **Arbeitszetteln,** sowie über die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Mit einigen, zum Theil nicht unwesentlichen Abänderungen wiederholen dieselben die Vorschläge im Artikel I des in der Session 1895/97 unerledigt gebliebenen Entwurfs. Die vorgeschlagenen Abänderungen beseitigen eine Reihe von Bedenken, welche sowohl innerhalb wie außerhalb des Reichstages gegen die damalige Fassung vorgebracht worden sind. In erster Linie auf die Konfektionsindustrie berechnet, ermöglichen die neuen Vorschläge gleichzeitig eine Anwendung auf andere Gewerbszweige, für welche etwa ähnliche Mißstände festgestellt werden. Die Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln sowie das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause soll auf diejenigen Gewerbe beschränkt werden, in denen die Unklarheit der Arbeitsbedingungen oder die Länge der Arbeitszeit zu Mißständen geführt hat. Der Vorschlag des früheren Entwurfs, wonach die Mitgabe von Arbeit nach Hause in denjenigen Fällen sollte untersagt werden können, in denen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter mindestens sechs Stunden in der Fabrik beschäftigt waren, ist nicht wieder aufgenommen, die Fassung vielmehr so gewählt worden, daß dabei dem Arbeitgeber die Möglichkeit bleibt, die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch in der Fabrik und zu Hause zu beschäftigen.

Endlich enthält der Entwurf eine Reihe von Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den **offenen Verkaufsstellen.** Hiernach soll diesen Personen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden und innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause gewährt werden müssen. Wird die Mittagsmahlzeit außerhalb des Gebäudes der Verkaufsstelle eingenommen, so soll die Festsetzung der Pause durch die Gemeindebehörde erfolgen, sie muß indessen stets mindestens eine Stunde betragen.

Dem Gedanken des **obligatorischen Ladenschlusses** trägt der Entwurf insoweit Rechnung, als er auf den Antrag von mindestens zwei Dritteln der betheiligten Geschäftsinhaber (! Die Gehilfen werden also nicht gefragt. Red. d. „Vorw.") die höhere Verwaltungsbehörde ermächtigt, nach Anhörung der Gemeindebehörde für alle oder einzelne Geschäftszweige anzuordnen, daß die offenen Verkaufsstellen während einer näher zu bestimmenden Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 6 Uhr Morgens geschlossen sein müssen. Wird der Ladenschluß um 9 Uhr oder später angeordnet, so kann derselbe bis 7 Uhr Morgens erstreckt werden. Die etwa erforderlichen Ausnahmen werden bei der Anordnung zu berücksichtigen sein. Zur Vermeidung einer unbilligen Konkurrenz soll auch der Gewerbebetrieb im Umherziehen entsprechend beschränkt werden.

In dem neuen Handelsgesetzbuch ist für die Geschäftsinhaber die Verpflichtung begründet worden, die Geschäftsräume und die für den Geschäftsbetrieb bestimmten Geräthschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß der Handlungsgehilfe gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit, soweit es die Natur des Betriebes gestattet, geschützt ist. Die Befolgung dieser Grundsätze, welche gegenwärtig dem Belieben des Verpflichteten überlassen ist, soll durch Aufnahme besonderer gewerbepolizeilicher Vorschriften in die Gewerbe-Ordnung gesichert werden. Im Interesse einer besseren Lehrlingsausbildung wird in Aussicht genommen, dem Lehrherrn ausdrücklich die Verpflichtung aufzuerlegen, den Lehrling zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen."

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Nationalpartei des Grafen Albert Apponyi hat ihre Verschmelzung mit der liberalen Partei beschlossen. In einer von 300 Abgeordneten und Vertrauensmännern besuchten Landeskonferenz, die in Budapest abgehalten wurde, fand der Fusionsantrag einstimmige Annahme. Das ist die wichtigste Verschiebung in den ungarischen Parteiverhältnissen, die sich seit der Verschmelzung der Tisza'schen Tigerpartei mit der Deakpartei im Frühjahr 1875 vollzogen hat. Graf Apponyi und seine Gefolgschaft hatten sich im Frühjahr 1878 von der liberalen Partei losgelöst, mit der sie wegen der Bankfrage in unüberbrückbaren Gegensatz gerathen waren, und die „gemäßigte Opposition" gebildet, die 1891 den Namen Nationalpartei annahm. Durch deren Wiederverschmelzung mit der liberalen Partei, in die auch die Dissidenten vom Dezember 1898 wieder eingetreten sind, wird die Zusammenfassung aller ausgleichstreuen Gruppen zu einer einheitlichen Regierungspartei von gewaltigem Umfang herbeigeführt.

Budapest, 3. März. Das Abgeordnetenhaus nahm die Indemnitätsvorlage an mit dem Antrage des Finanzministers, nach welchem das Gesetz mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ins Leben tritt und der Regierung für die Versehung des Staatshaushalts vom 1. Januar bis heute Indemnität ertheilt wird. —

Frankreich.

Die Verhandlung in der Angelegenheit Picquart wurde am Freitag unter geringer Betheiligung des Publikums fortgesetzt. Generalstaatsanwalt Manau rechtfertigte die Verzögerung, welche die Angelegenheit erlitten hat, damit, daß die in der Sache entstandenen Akten sehr umfangreich seien, und gab dann ein langes juristisches Exposé. Der Generalstaatsanwalt kommt in demselben zu dem Schlusse, daß die Kriminalkammer den Antrag auf Entscheidung über die Zuständigkeit der Gerichte für unzulässig erklären und Picquart vor die Anklagekammer verweisen müsse, denn infolge der Betheiligung des Advokaten Leblois müsse diese Angelegenheit Zivilrichtern unterbreitet werden. Die Kriminalkammer zog sich sodann zur Berathung zurück. —

Paris, 3. März. Der Präsident Loubet hat gestern Nachmittag vom Elysée offiziell Besitz ergriffen. Loubet hat als demokratischer Präsident den Wunsch geäußert, man solle ihm nur bei offiziellen Gelegenheiten militärische Ehren erzeigen. —

England.

Die endlose Schraube der Militärlasten. Im englischen Unterhause wurden am Donnerstag vom Parlamentssekretär des Kriegsamts die neuen Militärforderungen der Regierung vorgetragen. Die Regierung wünscht danach eine Feldarmee von 4 unabhängigen Kavalleriebrigaden und 3 Armeekorps zu haben. Ferner würden neue Batterien für die Feldartillerie, und zwar jährlich je 5 errichtet, wodurch die Zahl dieser Batterien von 44 auf 54 gebracht würden.

Der neue Führer der liberalen Partei, Campbell-Bannerman, wandte sich gegen diese Forderungen. Er führte aus, die Frage der Vermehrung des Heeres und der Flotte hänge von der Politik des Landes ab. Wenn man große Verpflichtungen in der ganzen Welt übernehme, wenn man das Reich alle Jahre in irgend welcher lohnenden Weise vergrößern wolle, so würde eine vergrößerte Armee und Flotte nothwendig sein. Die Armee sei fast nicht mehr im Stande, den fortdauernden Verpflichtungen nachzukommen, welche ihr auferlegt würden und welche das Heer keines einzigen anderen Landes zu tragen habe.

Balfour erklärte darauf, er glaube nicht, daß die Vermehrung der Ausgaben mit der Politik der Regierung zusammenhänge, zweifellos sei die Verantwortlichkeit des Reiches im Wachsen begriffen, aber dies sei im Grunde genommen in England ebenso wie in anderen Ländern. Um diesen Verantwortlichkeiten nachzukommen, müsse England eine Armee und eine Flotte haben, die stark genug seien, jeder Armee und Flotte entgegenzutreten, welche gegen dasselbe aufgebracht werde, oder durch welche die englischen Interessen bedroht werden. Die Stärke der englischen Rüstungen hänge nicht im Geringsten mit der auswärtigen Politik der Regierung, sondern mit der Ausdehnung des Handels des Reiches und noch mehr mit der militärischen und Flottenpolitik der anderen Nationen zusammen. (Beifall.) Aus dieser Politik erwüchsen die Gefahren, welchen die Regierung begegnen müsse. Er bitte das Haus, diese großen Summen zu bewilligen. Niemand bedauere mehr als die Minister die Größe der Opfer. Aber solange die Verantwortlichkeit des Reiches eine solche sei, wie sie es jetzt sei, solange man das Reich zu vertheidigen habe gegen Streitkräfte, welche sich gegen England zusammenschaaren könnten, seien solche Opfer nothwendig.

England in China. Die „Times" melden aus Peking: Noch ist keine Antwort eingegangen auf die Eingabe des englischen Gesandten Mcdonald an das Tsung-li-Yamen, in welcher erklärt wird, daß die Interessen der britischen Bondholders es erfordern, daß im Direktorium der Nordbahn kein Wechsel eintreten dürfe ohne Genehmigung des britischen Syndikats; auch ist noch keine Genugthuung gegeben für die England durch die Entlassung Hu-Yu-Fens angethane Beleidigung; die Entlassung ist, wie als Grund angegeben wurde, wegen Hu's intimer Beziehungen zu den Engländern und wegen unrichtiger Verwendung von Geldern erfolgt, welche Behauptungen dem Vernehmen nach sich bei der Untersuchung als unrichtig ergeben haben. —

Schweden.

Das Zuchthausgesetz gegen streikende Arbeiter ist nun von der Kammer bereits zur Annahme gelangt. Danach wird jeder, der andere „zwingt", an einer Arbeitseinstellung theilzunehmen, oder einen anderen hindert, zur Arbeit zu gehen, oder auch nur den Versuch dazu macht, mit Strafarbeit bis zu zwei Jahren bedroht.

Der Antragsteller hält das Gesetz für durchaus nöthig, weil Mißhandlungen, die bei Streiks vorkämen, oft nicht bestraft werden könnten und weil man keine Mittel habe, „der Tyrannei der Fachvereine" entgegenzutreten. Das Gesetz wäre nur „zum Wohle der Arbeiter, der redlichen Arbeiter, die sich auf ordentliche Weise emporarbeiten wollten" (!). Auch andere Redner sprachen sich in diesem Sinne aus, so sagte Svensson (Karlskrona), daß man diesen Streikleitern, „diesen Lockvögeln, die Arbeitseinstellungen erzwangen", ihr „schändliches Handwerk" legen müsse; und Redelius verstieg sich sogar zu dem Ausspruch: „Streikende müssen in der Regel als schädliche Thiere der Gesellschaft betrachtet werden". Wenn die Arbeiter zu etwas kommen sollen, müßten sie „in Ruhe und Frieden" arbeiten können.

Vergeblich hoben einige Redner von arbeiterfreundlicherer Gesinnung hervor, daß die Gleichstellung eines Versuches einer Handlung mit der Handlung selbst, allen juristischen Prinzipien widerspricht (Holmgren) und er warnte den Thing, zu glauben, daß man moderne Bewegungen durch Strafgesetze hemmen kann. Umsonst wies Staaf nach, daß die Fachverbände keineswegs Streiks anzettelen und erklärte, das vorliegende Gesetz sei ein Klassengesetz, vom engherzigsten Klasseninteresse diktirt. Ungerechte Strafgesetze wären gefährlicher als gar keine, sie errichteten Pallisaden zwischen denen, die Macht und Besitz haben, und den Besitzlosen.

Lindhagen betonte, daß die Arbeiterorganisationen die Arbeiter zu freien Menschen machen würden und der nothwendige Ausgleich der „freien Konkurrenz" seien.

Alles war umsonst, der Fanatismus gegen die Arbeiterbewegung ist in Schweden auf seinem Höhepunkt angelangt und heischte sein Opfer: der Antrag wurde mit 108 gegen 93 Stimmen angenommen.

Auch in der ersten Kammer wurde das Gesetz nach kurzer Debatte, die sich ganz auf derselben Höhe oder besser Tiefe hielt, wie die in der zweiten Kammer, angenommen. Was wird nun die Regierung thun? —

Spanien.

Madrid, 2. März. General Toral, welcher seiner Zeit Santiago de Cuba den Amerikanern übergab, ist verhaftet und in das Militärgefängniß gebracht worden. — Die Königin-Regentin konferirte heute mit dem Herzog von Tetuan und mit Romero Robledo. Der Letztere erklärte, er sei für Auflösung der Kammern; die Konservativen rathen der Königin nicht zur Auflösung. —

Amerika.

In den Philippinischen Gewässern braucht der amerikanische Admiral dringend neue Schiffe. Aus New-York wird berichtet: Da Admiral Dewey dringenden Bedarf nach Schiffen mit geringem Tiefgang hat, erhielt das Kanonenboot „Vizen" den Befehl, sofort zum Abgange nach Manila in Dienst zu stellen. Das Hospitalschiff „Relief" ist mit einem Sanitätskorps von 200 Mann nach Manila in See gegangen. Kriegssekretär Alger hat angeordnet, daß das 6. Artillerie-Regiment und 5 Regimenter regulärer Infanterie über San Francisco als Verstärkung für General Otis nach den Philippinen abgehen.

Reichstag.

48. Sitzung, Freitag, 8. März 1899, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Goßler.

Die zweite Etatsberathung wird beim **Militäretat**, Titel „Kriegsminister“ fortgesetzt.

Abg. **Paasche** (natl.)

wünscht für die Abiturienten der Oberrealschulen das Recht zum Eintritt als Offiziere in Heer und Marine. Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel. Der Abg. Bebel hat in der Frage der vorbestraften Rekruten die Sache vollständig verschoben. Es handelt sich gar nicht um unsere sozialen Verhältnisse. Es handelt sich nur darum, daß die Zahl der Vorbestraften in den letzten Jahren zugenommen hat. Ist denn seit 1882 die soziale Lage schlechter geworden? Giebt es jetzt mehr arbeitende Frauen als vor 1882? Und haben sich die Schulen seitdem verschlechtert? Im Gegentheil: Alles ist besser geworden. Die Sozialdemokraten haben ja selbst ihre Verelendungstheorie aufgegeben. Nein, Kollege Lingen hat vollständig recht: die wachsende Irreligiosität ist schuld an der wachsenden Verrohung unserer Rekruten ...

Vizepräsident **Schmidt**:

Herr Abgeordneter, ich kann den Zusammenhang zwischen Ihren Ausführungen und dem Gehalt des Kriegsministers nicht entdecken. (Oho!)

Abg. **Paasche** (fortfahrend):

Das bedauere ich. (Heiterkeit!) Ich bin nur auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel eingegangen und werde mit Erlaubniß des Präsidenten darin fortfahren. (Sehr richtig! Sehr richtig!)

Vizepräsident **Schmidt**:

Dann bitte ich den Herrn Redner, sich kurz zu fassen. (Heiterkeit.)

Abg. **Paasche** (fortfahrend):

Schuld an Allem ist, daß **der Glaube an die allein seligmachende Kirche** dem Volke abhanden gekommen ist. (Lebhaftes Lachen bei den Sozialdemokraten.) **Das sage ich, das sagt ein Nationalliberaler, das sagt der Abgeordnete Dr. Paasche!** (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe selbst als Student in sozialdemokratischen Versammlungen mit Abscheu die Hohn- und Spottlieder angehört, die dort gegen den Allmächtigen gesungen wurden. Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten, auf den wir vergeblich gehofft und geharrt, er hat uns gefoppt, er hat uns genarrt! Solche Lieder wurden dort gesungen im Anfang der siebziger Jahre. Und, meine Herren, glauben Sie denn, daß die Männer (Redner immer mehr in den Predigerton fallend), die damals solche Lieder sangen, ihre Kinder gelehrt haben, die Hände zu falten im Gebet an den Allmächtigen? (Ununterbrochenes Gelächter bei den Sozialdemokraten, lebhaftes Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.) Ja, meine Herren, Sie lachen darüber und die Rohheit des Volkes hängt zum größten Theil damit zusammen. Sie wissen gar nicht, was Sie dem Volke nehmen, wenn Sie ihm den Glauben an den allmächtigen Gott rauben (Sehr wahr! rechts) und es nur auf das Materielle verweisen. (Anhaltende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Für den Glauben, den Sie ihm rauben, wissen Sie dem Volke nichts, gar nichts zu geben. (Sehr wahr! rechts. Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Rufe: Wir geben ihm die Hoffnung auf ein besseres irdisches Loos!) Mit Ihren Theorien helfen Sie dem Volke nicht und untergraben nur Autorität, Sitte und Moral. (Sehr gut! rechts.) Wenn der Glaube an jegliche Autorität verloren geht, dann kann es nicht wunder nehmen, daß Diebstahl, Betrug noch immer mehr überhandnehmen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Herr Bebel hat dann gestern wieder eine ganze Reihe von Anklagen gegen die Militärverwaltung gerichtet, diesmal allerdings nicht wegen Soldatenmißhandlungen, sondern er beklagte sich über Klassenjustiz. Gewiß, er hat dem Herrn Kriegsminister vorher die Fälle, die er vorbringen wollte, mitgetheilt, ich erkenne das an, aber das ändert nicht das Geringste an der Wirkung seiner Beschuldigungen gegen das Heer, mag der Herr Kriegsminister auch noch so gründlich widerlegen. Im „Vorwärts“ werden die Verdächtigungen Bebel's gegen das Heer ganz ausführlich wiedergegeben, vom Kriegsminister aber wird gesagt: er könnte nichts wiederlegen und entkräften. (Hört! Hört! rechts.) Was den Rittmeister Stolberg anbetrifft, so werden wohl die meisten von uns ein lebhaftes Gefühl des Mitleids für den Mann gehabt haben, der so lebhaft für seine Kompagnie eintritt; man muß seine That entschuldigen, denn er war blutig gereizt. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Fall des Mannheimer Rekruten, der seinen Stubenkameraden erstach, hätte der Abgeordnete Bebel wohl darauf hinweisen können, daß also auch bei den Mannschaften Rohheit zu finden ist und nicht nur bei den Vorgesetzten. Sie scheint aber in der menschlichen Natur begründet zu sein, der Meister quält den Gesellen, der ältere Kamerad bei Militär den jüngeren. Eine Tracht Prügel ist ihm angedroht worden! Das ist doch nicht so schlimm, ich habe selbst gedient, und weiß, wie es dort zugeht. Natürlich treten aber auch wir jeder Rohheit bei Untergebenen und Vorgesetzten im Heere entgegen und wünschen, daß das Heer eine Schule der guten Zucht für das Volk werde. Herr Bebel hat sich dann ferner über das Hazardspiel unter den Offizieren aufgehalten. Nun, der Herr Kriegsminister hat ihm darauf ja bereits erwidert, er hat auch hinzugefügt, wie unendlich groß die Gefahr ist, die sich an den jungen Offizier herandrängt. Wir haben das vollste Vertrauen zu dem Herrn Kriegsminister, daß er alles thun wird, um dem zu steuern.

Noch eins zum Schluß: die Worte des Herrn Kriegsministers, daß er alles thun werde, um jede Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung in der Armee zu verhindern, hat bei den Herren auf der Linken allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Herr Stadthagen rief sogar: Verführung zum Meineid! Es handelte sich da um den Fall Wiese. Aber der Herr Kriegsminister hat nachher festgestellt, daß lediglich eine private Anfrage des Richters vorlag, auf die der Zeuge gut die Antwort hätte verweigern können. Da kann man doch nicht von einer Verführung zum Meineid sprechen.

Auch wir wollen, daß der sozialdemokratischen Agitation im Heere entgegengetreten wird. Man kann es nicht dulden, daß in der Armee, die zum Schutze des Staates da ist, eine Partei Einfluß gewinnt, die eben diesen Staat untergraben will. (Sehr richtig! rechts.)

Zum Schluß will ich noch sagen: Wir glauben, daß die Armee im wachsenden Maße eine Schule der Zucht und der Ordnung sein wird. Diese Thätigkeit des Heeres ist in unserer verderbten Zeit ebenso wichtig, wie eine tüchtige militärische Schulung. (Lebh. Beifall rechts. — Lachen links.)

Abg. **Gröber** (Z.):

Es sollte mich sehr freuen, wenn der Vorredner mit seinen Anschauungen über die Religion die gesammte Fraktion hinter sich haben sollte. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Immer!) Nein, meine Herren, das war nicht immer der Fall. Wie war es denn zur Zeit des Kulturkampfes, als Sie gegen die katholischen Geistlichen hetzten, als Sie ehrwürdige Männer ins Gefängniß schleppten? Suchen Sie die Schuld an der Verrohung nicht allein in der Sozialdemokratie, suchen Sie sie auch in ihren eigenen Reihen. Der Kulturkampf hat nicht zum Wenigsten zur Verrohung der Gemüther beigetragen. Und denken Sie an Ihr Verhalten, als es den Einfluß der Kirche auf die Schule galt! Jetzt reden Sie von der Irreligiosität der Masse, aber Sie selbst haben Sie der Religion entfremdet! (Lärm rechts und bei den Nationalliberalen. Zurufe links.)

Ich will hier nur noch auf einen der vom Abg. Bebel angeführten Fälle eingehen, auf den Fall Wiese. Die Darstellung Bebel's und des Kriegsministers stimmen da nicht überein. Ueber den Moment, wo die Aeußerung gefallen ist, gehen die Meinungen auseinander. Nach der einen Version geschah sie auf eine private Anfrage, nach der anderen erst nach Aufruf der Sache. Ist letztere die richtige, so muß ich bemerken, wenn einmal der Fall aufgerufen ist, die Zeugen zur Stelle sind, dann giebt es keine private Anfrage mehr. Der Zeuge hat dann jede Anfrage als eine solche zu betrachten, die zu beantworten er verpflichtet ist. Selbst vom rein militärischen Standpunkt des unbedingten Gehorsams trifft den Zeugen keine Schuld. Denn der spätere Befehl eines höheren Vorgesetzten hebt jeden früheren Befehl auf. In diesem Falle befand sich der Zeuge einem Vorgesetzten — dem Richter — gegenüber, dem er nach seiner Zeugenschaft unterworfen war. Ein gesetzlicher Grund, die Aussage zu verweigern, lag für ihn nicht vor. Darüber lassen die betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuches keinen Zweifel. Auch vor der Vereidigung war er bei Verweigerung der Antwort Zwangsmitteln ausgesetzt. Jeder Jurist muß daher sagen: Es ist ganz unmöglich, da eine strafbare Handlung daraus zu konstruiren. Ich bitte daher den Herrn Kriegsminister, bei der großen prinzipiellen Bedeutung der Frage noch einmal in eine Prüfung des Falles einzutreten. (Beifall.)

Abg. **Bebel** (Soz.):

Der Herr Abg. Paasche hat heute gegen mich eine Attake versucht. Wenn ich seine Haltung mit der des Kriegsministers vergleiche, fällt dieser Vergleich außerordentlich zu Gunsten des Kriegsministers aus. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Dieser war durchaus sachlich auf die von mir vorgetragenen Dinge eingegangen und hat sie, soweit es nöthig war, richtig gestellt. In der Hauptsache war ja alles, was ich mitgetheilt, richtig. (Oho! rechts.) Oh, natürlich! Bei Ihnen ist es ja System, das, was ich vorbringe, zu bestreiten. Daß in einzelnen Nebensachen einem Menschen, der nicht als Richter eine Untersuchung führt, Irrthümer unterlaufen können, ist ja selbstverständlich. Herr v. Stumm ist ja auch schon von einem seiner Redakteure in sehr drastischer Weise falsch unterrichtet worden. Und selbst Staatsanwälte und Richter sind über Irrthümer nicht erhaben, obwohl sie die Machtmittel des Staates zur Erforschung der Wahrheit in der Hand haben. Keiner der von mir angeführten Fälle ist in der Sache bestritten worden. (Widerspruch rechts.) Ich sagte also, Herr Paasche war heute päpstlicher als der Papst. (Heiterkeit.) Er wollte den Kriegsminister noch übertrumpfen und nahm die Handlungen gewisser Persönlichkeiten in einer Weise in Schutz, wie es der Kriegsminister niemals gewagt haben würde. Herr Paasche hat über die Verrohung der Jugend gesprochen und emphatisch gefragt, ob die allgemeine soziale Lage der Arbeiter sich im Laufe der Jahre nicht unerheblich gebessert hat. Ich bestreite das nicht, aber auch die Anforderungen an die allgemeine Lebenshaltung sind bedeutend gewachsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Lohnerhöhung kommen namentlich die städtischen Industriebezirke in Betracht. Dort aber sind allein schon die Hausmiethen in diesem Zeitraum so gestiegen, daß damit die Steigerung der Löhne vollständig ausgeglichen ist. (Sehr richtig!) Und dabei ist die Wohnweise der meisten Arbeiter schlechter geworden und gerade hierin liegt ein Hauptmoment für die Zunahme der Verrohung. Besonders traurig sind die Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter.

Nun hat Herr Paasche weiter die für einen Abgeordneten doch etwas seltsame Frage erhoben, ob denn in dem Zeitraum der letzten 15 Jahre die Zahl der Arbeiterinnen so bedeutend zugenommen habe, daß deren Mehrbeschäftigung einen so üblen Einfluß auf die heranwachsende Jugend hätte ausüben können. Wenn Herr Paasche das nicht weiß, muß ich ihm mit einigen Zahlen dienen. Vom Jahre 1882 bis 1895 ist die Zahl der in Landwirthschaft, Fabriken, Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigten weiblichen Personen von 4½ Millionen auf rund 6 Millionen gewachsen, d. h. sie hat sich um 33⅓ pCt. vermehrt, während die Bevölkerung nur um 14 pCt. gewachsen ist. In dem bayerischen Bezirk ist, wie der Fabrikinspektoren-Bericht ergiebt, die Zahl der Arbeiterinnen beispielsweise von 1896 bis 1897, in zwei Jahren also, von 65 673 auf 68 975, also um 5 pCt. gestiegen. Die Zahl der jugendlichen Arbeiterinnen von 14—16 Jahren ist in diesem Bezirk in dem genannten Zeitraum um 11,6 pCt. gestiegen. Nach den Angaben der Fabrikinspektion des zweiten württembergischen Bezirks sind von 1894 bis 1897 die jugendlichen Arbeiterinnen von 11 355 auf 13 693 gewachsen, also um 20 pCt. Im Fürstenthum Reuß, allerdings einem großen Textilbezirk, ist die Zahl der verheiratheten Frauen im Vergleich zu der Gesammtzahl der beschäftigten Arbeiterinnen 41 pCt.! (Hört! hört! links.) Im Regierungsbezirk Düsseldorf beträgt die Zahl der verheiratheten Arbeiterinnen im Vergleich zur Gesammtzahl der beschäftigten Arbeiterinnen im Jahre 1894 24,38 pCt. In der Gruppe „Nahrungs- und Genußmittel“ und Zigarrenfabrikation beläuft sich diese Zahl sogar auf 38,17 pCt. Diese Zahlen schlagen die Widersprüche des Abg. Paasche gegen meine Behauptungen glatt zu Boden. Aber er hat wieder den bekannten Sündenbock für alle Uebel entdeckt, die Sozialdemokratie. Wenn die nicht wäre, kämen Sie in manche Verlegenheit hinein. (Heiterkeit.) Wir sollen auch schuld sein an der allgemeinen Verrohung der Jugend. Keine Partei ist im Reichstage vorhanden, die in Bezug auf ausgedehnten Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz so große Anforderungen stellt, wie gerade wir. Wer sträubt sich aber gegen erhöhten Arbeiterschutz? Die Majorität und die Regierungen. Wir dringen fortgesetzt auf Erhöhung der Bildung der Massen. In den Landtagen, die dafür in erster Linie zu sorgen haben, haben wir gar keine oder keine entscheidende Stimme. Sie trifft also allein die Schuld.

Sie klagen über abnehmende Religiosität. Dabei leben wir ja im Zeitalter der Kirchenbauten und ich würde einer gewissen Person im Deutschen Reiche sehr gern einmal für die künftige Geschichte den Namen „der Kirchenbauer“ beilegen. Wir haben gehört, daß in allen Kasernen Andachtsübungen abgehalten werden und also auch da für die Religiosität ausgiebigst gesorgt wird. Gewiß hat auch die katholische Kirche noch einen großen Anhang im Volke. Ich weiß also nicht, woran es liegt, daß der religiöse Sinn immer mehr schwindet. Nun sollen wir daran schuld sein, meint Herr Paasche. Ich habe mich sehr gewundert, daß gerade Herr Paasche hier so für den allmächtigen Gott eingetreten ist. Herr Gröber hat ihn ja schon an seine Vergangenheit erinnert, ich besinne mich übrigens, daß früher Herr Gröber gerade den Nationalliberalen vorwarf, die Professoren ihrer Partei untergraben auf den Universitäten und in ihren Schriften die Religiosität.

Auch Windthorst hat oft gesagt: Gewiß, die Sozialdemokraten sind schlimm, aber schlimmer noch diejenigen, die den Sozialdemokraten erst die religiösen Lehren beibringen und das sind Sie meine Herren Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Sie werden mir auch zugeben, daß David Strauß, Renan, Feuerbach keine Sozialdemokraten waren. Uebrigens muß ich offen sagen, ich habe den Abg. Paasche bisher immer für einen Weltmann gehalten (Heiterkeit) und Weltmänner haben nicht die Gepflogenheit sehr religiös zu sein. Ich konnte es nicht unterlassen, mich zu fragen, ob er wohl selbst an den von ihm so gepriesenen Allmächtigen Gott glaube. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, aber ich denke in unseren religiösen oder antireligiösen Ueberzeugungen ist zwischen dem Abg. Paasche und mir kein großer Unterschied. (Große Heiterkeit.) Der Abgeordnete Paasche hat dann weiter von Spott- und Hohnliedern gesprochen, die in sozialdemokratischen Versammlungen gesungen worden sein sollen. Sie werden mir alle zugeben, wenn solche „Spott- und Hohnlieder schlimmster Art“, wie er sie charakterisirt hat, in sozialdemokratischen Versammlungen gesungen worden wären, so müßten sie auch gedruckt sein, sonst könnten sie der Masse nicht zugänglich gemacht werden. (Zurufe bei den Nationalliberalen. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich ersuche die Herren, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. **Bebel** fortfahrend:

Ihre Behauptung ist eben unwahr, das halte ich so lange aufrecht, bis Sie den Beweis der Wahrheit erbracht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde bei nächster Gelegenheit Herrn Paasche ein wunderschönes Lied eines nationalliberalen Hofschornsteinfegermeisters vortragen (Große Heiterkeit), das zur Zeit des Kulturkampfes mit offenem Beifall in seiner Partei begrüßt wurde und das Allerbedenklichste nach dieser Richtung enthält, was denkbar ist.

Herr Paasche hat dann behauptet, ich verdächtige die Armee. In meiner ganzen gestrigen Rede wird er nicht ein Wort finden, das diese Behauptung rechtfertigt. Der Hauptgrund, weshalb ich hier Jahr für Jahr die Klagen über einzelne Personen und Mißstände in der Armee vorbringe, ist folgender. Die Armee verschließt ihre gesammten Angelegenheiten vor der Oeffentlichkeit und dadurch, daß wir hier Mißstände, die wohl vor die Oeffentlichkeit gehören, vorbringen, hoffen wir eine Beseitigung dieser Mißstände zu erreichen. Dafür müßte uns die Armee dankbar sein. (Sehr richtig! links.)

Nun noch ein paar Worte über die bekannten Zahlen des Herrn Kriegsministers. Ich habe hier eine Statistik, die beweist, daß die größere Zahl von Körperverletzungen gerade in den Bezirken vorkommt, in denen die Sozialdemokratie weniger vertreten ist. Der Prozentsatz der wegen Körperverletzung Verurtheilten betrug 1896 in Ostpreußen 28,1, in Westpreußen 35,4, in Posen 32,4, in Berlin 14,2 (Hört! hört!), im Königreich Sachsen, das so durchseucht ist von der Sozialdemokratie, 8,6 (Hört! hört! links), in Hamburg 11,1. Also gerade in den Provinzen, in denen Königstreue, Religiosität und all' die Tugenden, die Sie verlangen, in so reichem Maße vorhanden sind, haben den größten Prozentsatz wegen Körperverletzung Verurtheilter.

Herr Paasche hat auch die Armee als einen Träger von Zucht und Sitte gepriesen. Ich habe Ihnen gestern das Urtheil des Hofpredigers Frommel über die Armee verlesen, heute kann ich noch ein anderes Urtheil vorbringen. Ein Herr Pastor Wagner sagte in einem Vortrag 1894: „Könnten wir uns nicht im Anschluß an einen Vortrag über die Sittlichkeit in der Armee mit einer Immediateingabe an Se. Majestät den Kaiser wenden, damit dieser einmal erfährt, wie traurig es vielfach in seiner Armee mit der Sittlichkeit bestellt ist.“

Weiter hat Herr Paasche den Rittmeister Graf Stolberg nicht nur entschuldigt, sondern geradezu verherrlicht ganz im Gegensatz zum Herrn Kriegsminister, der die Sache von seinem Standpunkt aus durchaus objektiv dargestellt hat. Freilich kann auch er nicht aus seiner Haut heraus, das zeigte sich vor allem darin, daß er diese That des Offiziers möglichst eingehend psychologisch zu erklären suchte. Bei Vergehen Untergebener wird diese Art der Beurtheilung aber niemals angewandt. Bei einem Vorgesetzten heißt es, sein lebhaftes Temperament habe ihn verleitet, bei einem Untergebenen ist sofort von größter Rohheit, Niederträchtigkeit u. s. w. die Rede. Solche Unterschiede werden gemacht, je nachdem der Mann einer bestimmten Klasse angehört. Diese Klassenunterschiede erklären ja auch die großen Unterschiede in den Urtheilen der Zivilgerichte bei ähnlichen Vergehen. Der Rittmeister soll „blutig gereizt“ gewesen sein. Das ist doch unerhört, solche Behauptungen aufzustellen nach den gestrigen Erklärungen des Herrn Kriegsministers. Gewiß hat der Sergeant Scheinhardt sich ungeberdig benommen, aber der Mann war offenbar nachdem er von der Suche nach einem Faß Bier zurückgekommen war, nicht mehr ganz nüchtern. Im bürgerlichen Leben gilt dieser Umstand als Milderungsgrund, und außerdem kann man doch von einem gebildeten Manne, dem in ungebildeter und roher Weise entgegengetreten wird, verlangen, daß er nicht mit gleicher Münze heimzahlt. Das Reglement schreibt übrigens vor, daß ein Soldat, der in solchem Zustand angetroffen wird, sofort in Arrest abgeführt wird. Wäre nach der Verordnung gehandelt worden, so hätte dieser Todtschlag nicht vorkommen können. Der Herr Kriegsminister hat dann als mildernden Umstand auch angeführt, daß der Schlag nur mit stumpfer Waffe geführt wurde und nur unerhebliche Wunden festgestellt sind. Nun, eine Gehirnerschütterung entsteht nicht durch einen leichten Schlag, möglicherweise ist sie auch schon durch die Ohrfeige entstanden, die der Sergeant erhielt und die so heftig war, daß er gegen einen Wagen taumelte. Besonders bedenklich ist aber stets ein solches Verhalten von Seiten eines Mannes in hoher gesellschaftlicher Stellung, eines Offiziers, also eines Mannes mit, wie man annimmt, ganz besonders feinem Ehrgefühl. Die außerordentlich milde Strafe, auf die zweifellos eine Begnadigung folgen wird, ist unter keinen Umständen zu vertheidigen.

Herr Paasche meinte nun weiter, den Fall in Mülhausen hätte ich ganz anders behandelt. Ich habe den Mann durchaus nicht bemitleidet, sondern ganz objektiv erzählt, was mir bekannt war. Dieser Fall liegt doch aber himmelweit anders als der eben erwähnte. Der Mann ist gequält worden und man hat ihm für den Abend wieder eine Tracht Prügel mit der Kloppeitsche angedroht. Herr Paasche meinte, daran sei nicht viel, er sei auch Soldat gewesen und kenne das. Es that mir leid, daß er nicht auch ein paar Trachten mit der Kloppeitsche bekommen hat. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn ich wüßte, daß mir solche Behandlung droht, wäre ich in meinen Augen ein ganz elender, feiger Kerl, wenn ich mich nicht wehrte. Das ist Nothwehr, und ich nehme an, der Soldat ist auch nur aus Nothwehr zu seiner Handlung gekommen. (Sehr richtig! links.)

Herr Paasche hat gemeint, der Kriegsminister habe durchaus recht, wenn er es nicht dulde, daß die Sozialdemokratie in der Armee die Oberhand gewänne. Wir machen durchaus keine Propaganda in der Kaserne, das wäre eine große Thorheit, denn bei der jetzigen Heeresorganisation ist jeder Erfolg ausgeschlossen. Auf der anderen Seite ist es natürlich wahr, dafür können wir aber nichts, daß in dem Maße, wie unsere Anhängerschaft im Lande wächst, auch die Zahl der sozialdemokratischen Soldaten zunimmt. Das können Sie nur durch ein Gesetz verbieten, welches jedem Sozialdemokraten den Militärdienst verbietet. — Der Herr Kriegsminister thut seine Schuldigkeit, wenn er dem Gesetze gemäß sein Amt verwaltet, wir beklagen uns nur darüber, daß zeitweilig Dinge vorkommen, die den Anschein erwecken, als werde mit zweierlei Maß gemessen.

Ich muß dann noch auf einige Punkte eingehen, die gestern der Herr Kriegsminister erwähnt hat. In Halberstadt soll kein einziger Soldat zu Erdarbeiten verwendet worden sein. In der That liegt die Sache so, daß Militär zur Aushilfe zugesagt war, dann aber wohl durch Ordre von Berlin aus, die Arbeiten doch nicht durch Soldaten ausgeführt wurden. — In Bezug auf die körperlichen Beschädigungen von bei der Jagd als Treiber verwandten Soldaten bleibe ich dabei, daß es unstatthaft ist, Soldaten zu außerordentlicher Beschäftigung heranzuziehen. — Für die Begnadigung des Brüsewitz hat der Herr Kriegsminister hier verschiedene Gründe angeführt. Zunächst die Krankheit. Der Grund läßt sich hören, ich wünschte nur, daß er stets, auch bei sozialdemokratischen Redakteuren als Grund zur Entlassung aus der Haft angenommen werden möchte. Ferner ist die gute Führung angeführt. Nun, es ist bekannt, daß gerade die Sozialdemokraten sich meist musterhaft in den Gefängnissen führen. Begnadigt werden sie aber nicht deshalb, freilich würden sie auch darauf verzichten.

Des Falles in Marienburg hat sich ja Herr Gröber in dankenswerther Weise angenommen. Auf alle Fälle ist hier eine Verurtheilung erfolgt, die nur durch die ganz eigenthümliche Rechtsanschauung bei der Militärbehörde zu erklären ist, und der Herr Kriegsminister hätte alle Ursache, alles aufzubieten, daß derartige, nach meiner Ansicht völlig ungerechtfertigte Strafen künftig nicht mehr vorkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ganz ausgeschlossen, daß jene Frage anders als in ganz offizieller Gerichtsverhandlung gestellt worden ist. Sonst wäre es ja überhaupt garnicht bemerkt worden, hätte nie in die Presse dringen können. Die Verurtheilung ist eben nur durch die ganz eigenthümliche Rechtsauffassung der Militärbehörden zu erklären. Und nun denken Sie sich den Fall: der Mann bekommt einfach die Aufforderung zur Arreststrafe, er hat keine Ahnung: wofür. Er hat eben nicht das geringste Bewußtsein, irgend etwas Strafbares begangen zu haben. Das sehen Sie auch aus der Bereitwilligkeit, mit der er dem Vorgesetzten sofort erklärte: Jawohl, das habe ich gethan. Für mich ist es ganz klar, daß die Bestrafung eine durchaus ungerechte war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß in der 1. Beilage.)

Invalidenversicherungs-Kommission.

7. Sitzung vom 8. März 1899. Die Berathung wird bei § 34 fortgesetzt. Molkenbuhr u. Gen. beantragen, unter Zurückziehung des früher gestellten Antrages, als oberste Grenze des Rentenbezuges anstatt des im Entwurf bestimmten Maximums von 450 M. den Betrag festzusetzen, „welchen Arbeiter derselben Art in demselben Betriebe oder in benachbarten gleichartigen Betrieben durchschnittlich beziehen". Hitze beantragt: „450 M. oder, sofern diese Summe geringer als zwei Drittel des nach § 9 Abs. 2 Satz 2 maßgebenden Verdienstes ist." Molkenbuhr weist darauf hin, daß die Regierungsvorlage all diejenigen schädige, welche, wie die an der Eisenbahn oder in der Industrie Beschäftigten, eine Pension oder Unfallrente erhalten. Sobald diese sammt der Invalidenrente höher als 450 Mark steigen, fällt der überschießende Betrag weg, obwohl der Arbeiter durch seine Beitragszahlungen sich das Anrecht auf die ganze Rente erworben habe. — Der Antrag Molkenbuhr wird abgelehnt, Antrag Hitze wird angenommen. In § 34, Abs. 3 ruht die Rente für Gefangene, welche länger als 1 Monat bestraft sind, für die Zeit ihrer Freiheitsstrafe oder solange sie in einem Arbeitshaus oder in einer Besserungsanstalt untergebracht sind. Molkenbuhr und Genossen beantragen Streichung, v. Glebocki beantragt 2 Monate Frist, Rösicke beantragt 3 Monate und Streichung der Bestimmung über Arbeitshaus, Gerstenberger beantragt: „sofern er nicht eine von ihm unterhaltene, im Inland wohnende Familie besitzt; in diesem Falle ist die Rente an die Familie auszuzahlen". Staatssekretär v. Posadowsky wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag; es widerspreche dem Volksgefühl, daß Leute, die bestraft und während ihrer Gefangenschaft auf Kosten des Staates ernährt werden, dann noch bei der Entlassung ein aufgespartes Kapital durch die Renten erhalten. Die Leute in Arbeitshäusern und Korrektionshäusern würden das aufgesammelte Geld nur benutzen, um sich erst recht zu betrinken, wenn sie wieder frei sind. Diese Korrigenden seien Leute, die überhaupt nie arbeiten wollen. Molkenbuhr frägt den Staatssekretär, wie denn Leute, die nie gearbeitet haben, eine Rente bekämen? Die Aeußerungen des Staatssekretärs seien auch unrichtig in Bezug auf die Gefangenen. Wie schwer sei es für den Gefangenen, wieder Arbeit zu bekommen! Durch die gesammelten Renten könne er vor Begehung neuer Verbrechen bewahrt werden und sich eine neue Existenz schaffen. Wurm protestirt dagegen, daß dem Versicherten, der seine Beiträge bezahlt hat, die Rente, die Gegenleistung für seine Zahlungen, entzogen wird. Für notorische Säufer bestimme § 13, Absatz 2, daß die Rente durch die Gemeinde in Naturalien gezahlt werden könne. Dadurch falle die Gefahr, die der Staatssekretär für Korrigenden befürchtet, weg. Die Anträge Molkenbuhr und Genossen, Rösicke und Glebocki werden abgelehnt, angenommen wird der Antrag Gerstenberg auch als Zusatz zu Absatz 4. Dagegen stimmen nur die Konservativen. — Gegen den ganzen Paragraphen stimmen die Sozialdemokraten. Die §§ 35, 35a, 35b werden ohne Diskussion angenommen. Zu § 36 beantragen Molkenbuhr und Genossen, daß die besonderen Kasseneinrichtungen (Fabrikkassen, Knappschaftskassen 2c.) die von ihnen zu zahlende Pension nicht um den ganzen Betrag der Invaliden- resp. Altersrente kürzen und damit dann auch den Reichszuschuß sich nehmen dürfen, sondern nur „den Betrag der Grundrente und der Rentensteigerung". Sachse begründet den Antrag unter Hinweis auf die ungerechte Entziehung des Reichszuschusses, der jetzt den Versicherten genommen wird. Direktor Woedtke bekämpft den Antrag, da sonst die Zuschußkassen nicht bestehen könnten. Der Antrag Molkenbuhr und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und § 36 ebenso angenommen. Die §§ 38, 39, 40 (ohne Schlußabsatz) werden angenommen; der Schlußabsatz wird bei den Rentenstellen verhandelt. — § 20. Höhe der Beiträge. Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Rösicke. Den § 20 wie folgt zu fassen:

Die für die Beitragswoche zu entrichtenden Beiträge werden nach Lohnklassen (§ 22) im Voraus auf bestimmte Zeiträume, und zwar zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1910, demnächst für je 10 weitere Jahre durch den Bundesrath festgesetzt.

Für die in derselben Lohnklasse stehenden Personen sind die Beiträge gleich zu bemessen.

Vor Ablauf der im Absatz 1 bestimmten Zeiträume hat das Reichs-Versicherungsamt die Zulänglichkeit der Beiträge zu prüfen. Dabei sind Fehlbeträge oder Ueberschüsse, welche sich aus der Erhebung der bisherigen Beiträge herausgestellt haben, in der Weise zu berücksichtigen, daß durch die neuen Beiträge unter Beachtung der Wirkungen des § 89 eine Ausgleichung eintritt.

Bis zur Festsetzung eines anderen Beitrags sind in jeder Versicherungsanstalt an wöchentlichen Beiträgen zu erheben

in Lohnklasse	I	**16**	Pfennig
„ „	II	**20**	„
„ „	III	**24**	„
„ „	IV	**28**	„
„ „	V	**32**	„

Eine anderweitige Festsetzung der Beiträge bedarf der Zustimmung des Reichstages.

2. Schmidt (Elberfeld). § 20, Absatz 2 wie folgt zu fassen:

Die Beiträge sind so zu bemessen, daß durch dieselben gedeckt werden die Kapitalwerthe der den Versicherungs-Anstalten zur Last fallenden Beträge der Renten, die Beitragserstattungen und die sonstigen Aufwendungen der Versicherungs-Anstalten.

In den verschiedenen Lohnklassen sind die Beiträge für die einzelnen Versicherten gleich zu bemessen und lediglich nach der durchschnittlichen Höhe der in denselben von den Versicherungs-Anstalten zu gewährenden Renten abzustufen.

Absatz 3 wie Absatz 4 der Vorlage, wobei die Worte „die Rechnungsstelle des Reichs-Versicherungsamts" zu ersetzen sind durch „das Reichs-Versicherungsamt".

Absatz 4:

Bis zur Festsetzung eines anderen Beitrags sind in jeder Versicherungs-Anstalt an wöchentlichen Beiträgen zu erheben

in Lohnklasse	I . . .	14	Pfennig
„ „	II . . .	20	„
„ „	III . . .	24	„
„ „	IV . . .	30	„
„ „	V . . .	36	„

Absatz 5:

Eine anderweite Festsetzung der Beiträge bedarf der Zustimmung des Reichstags.

3. Molkenbuhr und Genossen.

§ 20 Absatz 3 folgendermaßen zu fassen:

Bis zur Festsetzung eines anderen Beitrags sind in jeder Versicherungs-Anstalt an wöchentlichen Beiträgen zu entrichten:

in Lohnklasse	I . . .	6	Pfennig
„ „	II . . .	10	„
„ „	III . . .	24	„
„ „	IV . . .	28	„
„ „	V . . .	32	„

Ferner sind jeder Versicherungs-Anstalt zu den wöchentlichen Beiträgen der I. und II. Lohnklasse für jeden Versicherten je 10 Pf. vom Reich zuzuzahlen.

Dieser Reichszuschuß wird durch eine progressive Reichs-Einkommensteuer aufgebracht, welche alle Einkommen von mehr als 3000 M. jährlich umfaßt.

Im Falle freiwilliger Versicherung beträgt der Wochenbeitrag für

Lohnklasse	I . . .	16 Pf.
„	II . . .	20 „

Nachdem Rösicke seinen Antrag begründet und sich gegen den sozialdemokratischen gewendet hat, wird die weitere Berathung auf Sonnabend vertagt.

Kolonial-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Berathung des **Kolonial-Etats**, und zwar des Etats für **Kamerun**, fortgesetzt. Abg. Graf **Arnim** bemängelt die umfangreichen Landkonzessionen an auswärtige Gesellschaften, namentlich den Vertrag mit der Südkamerun-Gesellschaft. Deutschland sei reich genug, um Geld in den Kolonien anzulegen. Er schlägt folgende Resolution vor: „Den Reichskanzler zu ersuchen, anzuordnen, daß vor Abschluß von Verträgen, betreffend Landkonzessionen mit fremden Gesellschaften, oder solchen, welche mit fremdem Gelde arbeiten, der Kolonialrath gehört werde." Direktor **v. Buchka** nimmt den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kayser gegen in der Presse und in parlamentarischen Kreisen erhobene Angriffe in Schutz und widmet ihm anerkennende Worte. In schwerer Zeit, als in weiten Kreisen die Tendenz bestand, unsere Kolonien so bald als möglich los zu werden, habe er sich bemüht, unsere Kolonien zu erhalten und zu fördern. Bei Beurtheilung der Verträge mit fremden Gesellschaften müsse man stets bedenken, daß solche vielfach zu Zeiten geschlossen worden seien, wo das deutsche Kapital nicht zu haben gewesen sei. Die Gesellschaft „Südkamerun" sei eine deutsche, ihr Sitz in Hamburg, sie sei nach deutschem Gesetz errichtet. Für Nordkamerun werde demnächst eine Gesellschaft konzessionirt werden, welche Adolf Wörmann in Hamburg begründen wolle. Die Resolution Arnim sei nicht ausführbar, weil der Kolonialrath jährlich nur einmal zusammentrete, außerdem bedeute die Resolution einen Eingriff in das dem Kaiser zustehende Verordnungsrecht. Abg. **Frese** (frs. Vg.): Konzessionen an Unternehmer seien nothwendig, man müsse ihnen aber auch günstige Chancen bieten. Den Deutschen würden in englischen Kolonien auch Konzessionen gewährt und Freiheit für geschäftliche Unternehmungen. Er sehe nicht ein, warum man nicht fremdes Geld in unseren Kolonien arbeiten lassen solle, wo es sich um die wirthschaftliche Hebung derselben handle. Daß der neue Kolonialdirektor solche Gesellschaften konzessionirt habe, sei mit Freude zu begrüßen. Er sei gegen die Resolution Arnim. — Nach längerer Debatte wird die Resolution mit allen gegen die Stimme des Grafen Arnim abgelehnt. — Die Ansätze für Kamerun werden im übrigen unverändert genehmigt. Die Berathung des Kolonial-Etats wird Dienstag fortgesetzt.

Parlamentarisches.

Justiznovelle. In der 6. Kommission des Reichstages, welche die Justiznovelle, betr. Ersetzung des Voreides durch den Nacheid, in Verbindung mit dem Antrag Rintelen, zu berathen hat, wurde heute § 60 der Regierungsvorlage, betr. die Vereidigung der Zeugen, unverändert angenommen.

Die Baukommission hat heute ihre erste Lesung beendet. Es wurde mit 13 gegen 11 Stimmen beschlossen, das Privileg der Reichsbank auf 20 Jahre, nicht auf 10, wie die Regierungsvorlage vorschlug, zu verlängern. Die Sozialdemokraten und Konservativen stimmten gegen diese Bestimmung. Da 4 Mitglieder fehlten, kann dieser Beschluß in zweiter Lesung möglicherweise wieder zu Fall gebracht werden.

Partei-Nachrichten.

Das Agitationskomitee für das westliche Westfalen beruft jetzt den außerordentlichen Provinzialparteitag auf Sonntag, den 26. März, nach Hagen ein. Auf ihm sollen die Kündigung der Genossen Block und Lehmann und die Kompetenz des Agitations-Komitees behandelt werden. Hoffen wir, daß dieser Parteitag im Stande ist, die Differenzen im dortigen Bezirk beizulegen.

Auch eine Folge des Zuchthaus-Urtheils. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" theilt mit, daß sie in den letzten Wochen über 1000 Abonnenten gewonnen hat. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dieser erfreuliche Zuwachs an Abonnenten auf die Aufrüttelung zurückzuführen ist, die die Arbeiterbevölkerung von Dresden und Umgebung durch das Zuchthaus-Urtheil erfahren hat.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften** war gegen einen Genossen in Trier ein Verfahren eingeleitet worden, weil er den vom Oberrheinischen Agitationskomitee herausgegebenen „Rheinischen Kalender" verbreitet hatte. Das Verfahren mußte jedoch, wie dem Genossen jetzt mitgetheilt wurde, eingestellt werden. Es fand sich absolut kein Strafparagraph, der gefällig genug war, sich auf den Fall anwenden zu lassen.

Soziales.

Material zur Revision des Gesetzes über die Gewerbegerichte. Eine Entscheidung des Gewerbe-Schiedsgericht in Hamburg zeigt die Nothwendigkeit der Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Der Schlosser und Hilfsmaschinenwärter Smith klagte gegen die Eisenbahn-Maschinen-Inspektion in Hamburg. Er wurde mangels Zuständigkeit des Gerichts abgewiesen. Er sei als Krahnführer zwar der Werkstättenverwaltung unterstellt, aber der von ihm bediente Krahn habe nur zur Verladung von Frachtgütern gedient, folglich gehöre er zum Betriebspersonal des eigentlichen Eisenbahn-Unternehmens. Auf Eisenbahn-Unternehmungen finde die Reichs-Gewerbe-Ordnung nach § 6 des Gesetzes keine Anwendung und daher ist auch das Gesetz über die Gewerbegerichte auf solche Arbeiter nicht anwendbar.

Die Schaffung gewerblicher Schiedsgerichte für alle Arbeiter ohne Ausnahme ist das geeignetste Mittel, solchen Unzuträglichkeiten abzuhelfen.

Wie man in den Domänen des arbeiterfreundlichen Zentrums Sozialpolitik treibt. In Bonn hatte der städtische Beigeordnete Dr. Wilms die Gründung eines sogenannten unparteiischen Arbeitsnachweises unter städtischer Beihilfe angeregt, eine Einrichtung, die für die Arbeiter, so lange die Unternehmer den maßgebenden Einfluß auf die Stadtverwaltung haben, keinen allzu großen Werth hat. Die Stadtverordneten waren einstimmig mit dem Plane einverstanden. Es fanden Verhandlungen mit verschiedenen Korporationen von Arbeitern und Unternehmern statt. Das Gewerkschaftskartell erklärte sich gleichfalls mit dem Plane einverstanden und sollte die Arbeiter Bonn's zwecks Stellungnahme dazu zu einer öffentlichen Versammlung einladen. Die Vertreter des Gewerkschaftskartells machten nun darauf aufmerksam, daß man ihnen schwerlich einen Saal zur Verfügung stellen werde. Herr Dr. Wilms erklärte, daß unter Berufung auf ihn der Wirth zum „Kaiser Friedrich" sein Lokal zur Versammlung hergeben würde. Das geschah auch. Als aber der Tag der Versammlung ziemlich herangekommen war, erklärte der Wirth, er müsse seine Zusage wieder zurückziehen, wenn er sich nicht ruiniren wolle. Das Gewerkschaftskartell wandte sich nun an das Stadtverordneten-Kollegium um Ueberlassung eines städtischen Konzertsaales zu der Versammlung. Und das ist das Erstaunliche an der Sache: Die Ueberlassung eines städtischen Lokals wurde rundweg abgelehnt! Das ist wirklich der Gipfel sozialpolitischen Unverstandes. Man sollte doch meinen, die Stadtverordneten hätten ein großes Interesse daran, den organisirten Arbeitern die Stellungnahme zu dem Projekt zu ermöglichen; denn sie hatten die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises beschlossen, und sie hatten das Gewerkschaftskartell, den Vertreter der organisirten Arbeiter, zur Betheiligung eingeladen. Ist denn eine Versammlung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter etwas so Furchtbares, daß man lieber einen selber ausgeheckten Versöhnungsplan scheitern läßt, anstatt einer solchen Versammlung einen Raum zur Verfügung zu stellen?

Ueber die Arbeiterverhältnisse in Köln enthält der soeben erschienene vorläufige Jahresbericht der dortigen Handelskammer, wie wir der „Kölnischen Volkszeitung" entnehmen, einige interessante Angaben, interessant vornehmlich durch die unverblümte Nacktheit, in der der Unternehmerstandpunkt darin zum Ausdruck kommt. Es wird darin zunächst mitgetheilt, daß infolge des geschäftlichen Aufschwunges die Löhne gestiegen seien, „was überdies auch in der gesteigerten Lebenshaltung und der Preiserhöhung der Unterhaltsmittel seine Berechtigung fand." Das heißt also mit anderen Worten, erst nachdem die Arbeiter längst ihren Lebensunterhalt viel theurer als sonst bezahlen mußten, kamen die Löhne dieser Steigerung der Ausgaben nach. Also keine Besserstellung der Arbeiter, sondern nur eine, wer weiß, ob genügende Beseitigung der längst eingetretenen Verschlechterung. Wahrscheinlich ist sie sogar sehr ungenügend gewesen, denn der Bericht theilt mit, daß „trotz der Lohnsteigerung" der Bedarf an Arbeitskräften nicht gedeckt werden konnte, daß vielmehr im weiten Umfange über einen mehr oder minder empfindlichen Arbeitermangel geklagt würde. Nur einzelne Unternehmer waren anständig genug, oder vielmehr, verstanden ihr Interesse besser zu wahren, daß sie höhere Löhne zahlten. Das bedauert der Bericht, weil dadurch anderen, weniger anständigen oder weniger klugen Unternehmern die Arbeiter entzogen worden seien. Dann wird ein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeiter, namentlich die jüngeren, gerne „blauen Montag" machten und daß zu viel Lustbarkeiten stattfänden. Das sind natürlich alles Umstände, die den Profit schmälern und das verursacht dem Unternehmer immer Sorgen. Der, wie wir gern zugeben wollen, für einen geordneten Betrieb sehr störenden Gepflogenheit des „blauen Montags" wäre durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit sicher zu begegnen. Schließlich, um das Bild voll zu machen, wird empfohlen, den Sparsinn der Arbeiter zu pflegen und zu fördern. — Die Sorge um den Profit ist der einzige Gesichtspunkt, von dem sich die gut katholischen Herren leiten lassen.

Der Konsumverein in Breslau zählte am Schlusse des Jahres 1898 unter seinen 64 985 Mitgliedern 19 017 selbständige Handwerker, Kaufleute und Händler. Diese Thatsache ist beachtlich gegenüber der sich anderwärts in diesen Bevölkerungskreisen breitmachenden Hetze gegen die Konsumvereine.

Fair Wages in Holland bei Regierungsbauten. Bei der kürzlich erfolgten Ausschreibung, betreffend die Errichtung eines Postsparkassengebäudes in Amsterdam, hat die holländische Regierung zum ersten Mal die Fair Wages-Klausel in das Bedingnißheft aufgenommen; es werden Minimallöhne von 34 Pf. pro Stunde für Arbeiter, die eine Lehrlingszeit absolvirt haben, von 32 Pf. für solche, die nicht Lehrlinge waren und von 26 Pf. für Tagelöhner festgesetzt; die tägliche Maximalarbeitszeit wird mit 11 Stunden festgesetzt. — Seitens der holländischen Gemeinden werden ähnliche Bestimmungen vielfach fixirt; in jüngster Zeit erst haben die Städte Middelburg, Nijmegen und Amersfort die Aufnahme der Minimallohn-Klausel in die kommunalen Bedingnißhefte beschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln a. Rh., 8. März. (B. H.) Die „K. Z." wendet sich erneut in einem längeren Artikel gegen den **Finanzminister v. Miquel** bezüglich dessen Absichten auf eine **Abänderung des Wahlgesetzes** und sagt: es würde für uns eine Pflichtversäumniß schlimmster Art sein, wenn wir mit unseren Warnungsrufen zurückhalten wollten, denn die Nachrichten, die uns über dies neue Miquel'sche Ei des Kolumbus zugegangen sind, sind so zuverlässig, daß wir uns für verpflichtet halten, so früh wie möglich auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Die „K. Z." empfiehlt die Einführung des Plural-Wahlsystems und fordert die Regierung auf, ehe einer der erbittertsten Kämpfe losbrechen sollte, doch noch rechtzeitig dieses neue Ei des Kolumbus zu zerschlagen.

Wien, 8. März. (B. H.) Einer Pariser Meldung der „Polit. Korrespondenz" zufolge soll der Zusammentritt der **Abrüstungskonferenz** zwischen dem 15. und 20. März erfolgen. Die Versendung der Einladungen an die betheiligten Mächte soll unmittelbar bevorstehen.

Paris, 8. März. (B. H.) Der Justizminister erklärte heute, **die vereinigten 3 Kammern** des Kassationshofes würden sich morgen vereinigen, um zum ersten Mal über die Dreyfus-Angelegenheit zu berathen.

Paris, 8. März. (B. H.) In der heutigen Senatssitzung wurde die **Wahl des Präsidenten** vorgenommen. Beim ersten Wahlgange erhielt Fallières 90, Constans 84, Chauveau 56, Peytral 25 Stimmen. Beim zweiten Wahlgange wurde **Fallières** mit 151 Stimmen gegen 84, welche für Constans abgegeben wurden, definitiv gewählt. Fallières ist Senator für das Departement Lot et Garonne und war Unterrichtsminister im Kabinet Tirard im Jahre 1889 und Justizminister im Kabinet Freycinet 1890. Fallières ist Anhänger der Regierungspartei.

Paris, 8. März. (W. T. B.) In der **Angelegenheit Picquart** fällte heute die Kriminalkammer nach 4½stündiger Berathung das Zuständigkeitsurtheil. Durch dasselbe werden Picquart und Leblois vor die Anklagekammer verwiesen wegen der Anschuldigung der Fälschung des „Petit Bleu" wegen Mißbrauchs und Mittheilung geheim zu haltender Schriftstücke in den Angelegenheiten Esterhazy und Dreyfus. Bezüglich der Aktenstücke in der Brieftaubenangelegenheit und der Spionagen-Affäre Boulet besagt das Urtheil, daß keine Konnexität vorliege, und daher das Kriegsgericht für dieselben zuständig bleiben sollte.

London, 8. März. (W. T. B.) Unterhaus. Fortsetzung der Berathung des **Militär-Etats**. Bei dem Posten „Präsenzstärke" wurde der von Labouchère eingebrachte Unterantrag, die Präsenzziffer um 4340 Mann zu vermindern, mit 188 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Im Laufe der Debatte gab der erste Lord des Schatzes Balfour zu, daß eine sehr große Vermehrung der Ausgaben für die Flotte und das Heer, beide zusammengenommen, stattgefunden habe. Es sei indessen unrichtig, anzunehmen, daß diese Vermehrung eine Folge der Politik dieser oder jener Regierung sei. Er wolle nicht leugnen, daß die Ausdehnung des britischen Gebietes und die Verantwortlichkeiten Englands in Afrika eine der Ursachen, ja vielleicht die Hauptursache der Steigerung des Militäretats sei. Diejenigen, welche diese Steigerung beanstanden, müßten folgerecht auch jene Ausdehnung beanstanden.

Rom, 8. März. (W. T. B.) Der Kardinalsekretär richtete heut Abend an die in Rom residirenden hohen Prälaten folgendes Schreiben: „Ich beeile mich, Ihnen davon Kenntniß zu geben, daß das Befinden des heiligen Vaters heute vollkommen zufriedenstellend ist. gez. Rampolla."

Rom, 8. März. (W. T. B.) Am Schlusse der Sitzung nahm der Minister des Aeußern Canevaro das Wort zu einer Entgegnung auf verschiedene Anfragen über die Aktion Italiens in den **chinesischen Gewässern.** Der Minister erinnerte an seine frühere Erklärung in der Kammer, daß er beabsichtige, in diesen Meeren eine Schiffs-Division zu bilden. Bei der großen Entfernung dieser Länder sei es unumgänglich nothwendig gewesen, dort für alle Fälle eine einen Rückhalt gewährende Basis zu schaffen. In dieser Absicht habe die Regierung in Peking Schritte gethan wegen Verpachtung der Sammun-Bai. Die übrigen Nationen, welche in China Interessen hätten und welche alle Freunde Italiens seien, seien davon benachrichtigt worden.

Madrid, 8. März. (W. T. B.) Die Königin-Regentin machte dem **Ministerpräsidenten Sagasta** den Vorschlag, das Kabinet ohne Auflösung der Kammer zu reorganisiren. Sagasta erwiderte, dies sei nicht möglich. Man glaubt, daß die Königin-Regentin im Laufe des Abends Silvela mit der Bildung des neuen Kabinets beauftragen werde.

Athen, 8. März. (B. H.) Das griechische Generalkonsulat in Saloniki berichtet von überaus zahlreichen **Verhaftungen in Macedonien.** Die Verhafteten sind vorwiegend Bulgarier, wenige davon sind Griechen und Kutzo-Walachen. Der Sultan wies die Behörden an, beschwichtigend zu wirken. Weitere Waffensendungen sind angeordnet.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 2 Beilagen.**

Nr. 54. 16. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Sonnabend, 4. März 1899.

Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. **v. Tiedemann** (Rp.):

Herr Bebel hat selbst zugestanden, daß ihm nebensächliche Irrthümer unterlaufen sind. Ein solcher nebensächlicher Irrthum ist es aber nicht, wenn er den Rittmeister Grafen Stolberg beschuldigt, er habe den Sergeanten erstochen. Der Sergeant ist erschlagen worden. (Lachen links.) Das ist doch ein wesentlicher Unterschied. (Lachen links.) Ich hatte vor Herrn Bebel noch vieles auf seine zum Fenster hinaus gehaltene Rede zu erwiedern. Aber die Herren Paasche und Gröber haben mir Alles weggenommen. (Heiterkeit.) Die Geschichte vom Klub der Harmlosen gehört nicht hierher, sie hat keinen Zusammenhang mit der Militärverwaltung. Offiziere sind auch bei der Affaire fast garnicht betheiligt. Kommt aber Hazardspiel zur Kenntniß der Behörde, so wird es bei den Offizieren sehr streng bestraft. Daß Herr Bebel den Fall Brüsewitz wieder herangezogen hat, beweist, wie dürftig sein Material ist. Wenn es Herrn Bebel mit seinem ausgebildeten Spürsinn nicht gelingt, andere Fälle vorzubringen, dann steht es gut mit unserem Offizierkorps, wir können auf unser Offizierkorps stolz sein. Herr Bebel meint, die Erörterungen beim Militäretat könnten nur wohlthätig wirken. Ich gebe ihm das zu, wenn auch in anderem Sinn, als er es gemeint hat. Denn die Verhandlungen haben zu einem vollständigen Fiasko des Herrn Bebel geführt. (Abg. **Bebel**: Ich bin sehr zufrieden mit dem Erfolg.) Dann sind Ihre Ansprüche sehr gering! Ein Gutes haben auch die fortgesetzten Angriffe der Sozialdemokraten auf unser Heer. Die Debatte hat gezeigt, daß der Sozialdemokratie gegenüber alle anderen Parteien sich mehr und mehr zusammenschließen. Wenn auch der Abg. Gröber die alte Streitaxt hervorgeholt hat, die ich längst begraben glaubte, so bin ich doch überzeugt, daß das Zentrum das Eintreten der Nationalliberalen für die Religiosität dankbar begrüßen wird. (Beifall rechts.)

Kriegsminister **v. Goßler**:

Der Abg. Bebel hat mir heute ein relativ gutes Zeugniß ausgestellt. Ich lege auch Werth auf die Anerkennung, daß ich das von ihm vorgebrachte Material objektiv behandelt habe; denn ich habe die Pflicht, allen Parteien gegenüber objektiv Auskunft zu ertheilen. Wenn aber der Abg. Bebel daraus schließt, daß ich mit seiner Art der Kritik einverstanden bin, so befindet er sich im Irrthum. Ich glaube, er richtet weniger deshalb Anfragen an mich, um Aufklärungen zu erhalten, als um mit dieser Anfrage sofort Anklagen zu verbinden, die nur der Institution des Militärs schädlich sein können. Herr Bebel fällt dann auch gleich das Urtheil in der schroffsten Form und wartet nicht ab, wie ich die Sachlage darstelle. Mit dieser Taktik werde ich mich nie einverstanden erklären. Er meinte heute, daß seine Angaben im Wesentlichen richtig gewesen sind. Ich habe ihm doch gestern sehr erhebliche Irrthümer nachgewiesen. Er hat im Fall Brüsewitz eine falsche Strafdauer angegeben und daraus den falschen Schluß gezogen, Brüsewitz hätte kaum die Hälfte der Strafe abgebüßt. Er hat den Grafen Stolberg beschuldigt, seinen Burschen erstochen zu haben. Der Sergeant Scheinhardt ist aber einem Unglücksfall zum Opfer gefallen, der allerdings die Folge einer schweren Mißhandlung war. Von der Betrunkenheit des Sergeanten, von der Abg. Bebel sprach, ist nichts bemerkt worden. Der Soldat Rupp ist allerdings mißhandelt worden. Herr Bebel meinte heute, Rupp hätte in der Nothwehr gehandelt und so verfahren müssen. Da befindet er sich aber doch in einem erheblichen Irrthum. Rupp war einfach zu feige, um sich zu beschweren. Hätte er das gethan, so wäre er auch geschützt worden. Sollte aber der Rath des Abg. Bebel befolgt werden, so wäre die Disziplin in der Armee nicht aufrecht zu erhalten. Die Nachricht aus Halberstadt war unrichtig. Ich habe nicht eingegriffen, sondern schon der Garnison-Aelteste hat die Stellung von Soldaten für die Erdarbeiten abgelehnt. Herr Bebel hat ein Anwachsen der Selbstmorde behauptet. Ich habe nachgewiesen, daß die Zahl sich verringert hat. Ueber den Fall des Reservisten Wiese mögen die Ansichten vom juristischen Standpunkt aus verschieden sein. Ich will die Sache nachprüfen und gern noch einmal mit dem Generalkommando verhandeln. Aber das ganze Verfahren ist nur eingeleitet worden, weil in der sozialdemokratischen Presse für den Wiese Reklame gemacht worden ist. Aus der Anwort „In Zivil" ergiebt sich ja schon, daß Wiese wußte, als Soldat dürfe er seine sozialdemokratischen Gesinnungen nicht bekennen. Ich halte die Antwort für eine Spitzfindigkeit. Auf die juristischen Ausführungen des Abg. Gröber zu antworten, bin ich jetzt außer Stande. Nach meinen militärischen Anschauungen war die Strafe vollständig gerechtfertigt. Herr Bebel will die Dinge hier nur zur Sprache bringen, um die Armee zu bessern! Er erzeugt aber damit nur Verbitterung; und wenn er die Armee seines Wohlwollens versichert, dann ersuche ich ihn, ihr doch dieses Wohlwollen in anderer Form zu erweisen. (Heiterkeit.) Den Anspruch der Dankbarkeit, den Herr Bebel anerkannt haben will, wird die Armee niemals anerkennen. Wie ein rother Faden zog sich durch die ganze Rede des Herrn Bebel die Meinung, daß Untergebene und Vorgesetzte von der Militärjustiz mit zweierlei Maaß gemessen werden. Das wird er niemals beweisen können, und ich muß gegen eine solche Behauptung protestiren. Es liegt gar kein Anlaß vor, an der Unparteilichkeit des Militärgerichts zu zweifeln. Im Militär-Strafgesetzbuch sind auch für die Strafthaten von Untergebenen, die von Vorgesetzten gereizt worden sind, sehr erhebliche Milderungen enthalten. Herr Bebel sagte, daß mit dem Wachsen der Sozialdemokratie im Allgemeinen auch die Zahl der sozialdemokratischen Soldaten wachsen müsse. Auf dem Parteitag in Stuttgart hat er über das geringe Wachsthum der Sozialdemokratie lebhafte Klage geführt. Ich bin in dieser Beziehung auch nicht sehr besorgt. Ich halte die ganze Sozialdemokratie für eine Illusion, die von selbst zu Grunde gehen muß. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Hoch** (Soz.):

Der Herr Kriegsminister hat über die Art und Weise Klage geführt, wie der Abg. Bebel hier Mißstände des Militarismus stets zur Sprache bringt. Ich will nur sagen, daß weite Kreise der deutschen Bevölkerung ihm dafür dankbar sind. (Lachen rechts.) Soweit ich auch herumgekommen bin, überall habe ich nur Worte der Anerkennung dafür gefunden. (Lebh. Geschrei rechts.) Bei Ihnen natürlich nicht. (Geschrei anhaltend.)

Der Herr Kriegsminister hat besonders betont, daß dies oder jenes in den Darstellungen nicht richtig sei. Wenn er sagt, daß der Sergeant nicht erstochen, sondern nur erschlagen worden ist, und das als Beweis dafür anführt, wie sehr Bebel von der Wahrheit abweicht, so meine ich, daß dieser Unterschied dem Volke draußen ziemlich gleichgiltig sein wird. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.)

Es ist bereits von anderer Seite hier Klage darüber geführt worden, daß die Militärverwaltung nicht genügend Rücksicht nimmt auf die wirthschaftlichen Interessen der Bevölkerung. In der Umgegend von Hanau ist durch das Manöver die ländliche Bevölkerung sowohl durch die Einquartirungen wie durch den Flurschaden schwer benachtheiligt worden. Zu den an sich schon sehr großen Lasten der Einquartirung, die durch das schlechte Wetter noch vergrößert wurden, kam noch hinzu, daß die Vertheilung keineswegs in richtiger Weise geschah, so daß gerade die kleinen Leute am schwersten durch die Einquartirung getroffen wurden. Was die Flurentschädigungen anlangt, so sind dieselben erst nach einem Zeitraum von mehr als zwei Monaten zur Auszahlung gelangt. Und auch dadurch ist die ärmere Bevölkerung schwer geschädigt worden, denn diese kann bei den Zahlungen, die sie zu leisten hat, mit so langen Fristen nicht rechnen. Endlich ist sie noch durch den merkwürdigen Modus, daß sie ihre Entschädigung selber abzuholen hat, gezwungen, sich Kosten zu machen, das ist doch durchaus ungehörig, daß die Leute noch zu dem Schaden, den ihnen der Militarismus an sich zufügt, noch obendrein Scherereien haben. Wenn der Staat irgend etwas von der Bevölkerung verlangt, dann verlangt er pünktlichste Ausführung und bürdet die Kosten der Prozedur, z. B. bei Steuern, der Bevölkerung auf. Hier aber läßt die Militärverwaltung erst lange Zeit verstreichen, und dann belastet sie die Leute noch obendrein mit den Kosten für die Einziehung. Dies Verfahren ist aber auch einfach ungesetzlich. In der Instruktion vom 30. August 1887 wird betont, daß die Auszahlung der Flurentschädigung so schnell wie irgend möglich zu erfolgen hat. Das ist doch bei dieser Art offenbar nicht der Fall.

Der Grund für solche Uebelstände ist meines Erachtens darin zu suchen, daß die Militärverwaltung ihren Aufgaben einfach nicht gewachsen ist. Zwischen der Wirksamkeit der Militärverwaltung nach außen und nach innen besteht ein großer Unterschied. Nach außen: blanke Schneidigkeit! Nach innen: Mißstände, die bei einer einigermaßen geordneten Verwaltung unmöglich sind. Der gemeine Soldat hat unter diesen Mißständen zu leiden. Aber durch das Disziplinsystem, durch den unbedingten Gehorsam wird es ihm zur Unmöglichkeit gemacht, sich zu beschweren. Der Kriegsminister meinte, Bebel kenne die Verhältnisse nicht; umgekehrt: der Kriegsminister kennt die Verhältnisse nicht, die beim gemeinen Soldaten. Dem würde aller Muth nichts nützen, er zieht doch unbedingt den Kürzern.

Je schwerer es aber ist, solches Beweismaterial aufzubringen, um so wichtiger sind diejenigen Fälle, in denen dies einmal möglich ist. Einen solchen Fall hat ein Prozeß zu Tage gebracht, der kürzlich in Hanau gegen den Garnison-Lazareth-Inspektor Wilhelm Krüger geführt worden ist. Es handelte sich da um eine Unmasse von Diebstählen, die im Lazareth verübt worden sind. (Redner verliest unter allmälig stärker werdenden Heiterkeitsausbrüchen des Hauses eine Riesenliste von gestohlenen Gegenständen der verschiedensten Art.) Das Erstaunlichste ist, daß das Verschwinden all dieser Sachen gar nicht bemerkt worden ist, und daß es vermuthlich noch heute unentdeckt geblieben wäre, wenn der Mann nicht schließlich so sehr mit Sachen bepackt umhergegangen wäre, daß selbst ein Blinder das hätte sehen müssen. So etwas kann eben nur bei der jetzigen Art der Revision passiren. Es ist freilich eine schwere Aufgabe, da für eine richtige Kontrolle zu sorgen. Meines Erachtens ist jene Kontrolle von oben unmöglich, nur eine Kontrolle von unten kann da helfen. (Lachen rechts.) Die Untergebenen sehen die Unregelmäßigkeiten am allerersten. Wenn die Leute den Muth haben dürften, mit ihren Beschwerden bis an die Vorgesetzten zu dringen, so würden die Verhältnisse sich sehr bald ändern.

Sie sehen: der Absolutismus führt selbst im Armeewesen zu unhaltbaren Zuständen. (Lachen rechts.) Sie können zu besseren Zuständen nur gelangen, wenn Sie im Militärwesen demokratischer sein wollten. (Schallendes Gelächter rechts). Sie mögen lachen, ich bin um so neugieriger, wie sich der Kriegsminister dazu stellen wird. (Lebafter, lang anhaltender Beifall links.)

Kriegsminister **von Goßler**:

Bezüglich der ersten Beschwerde des Herrn Vorredners will ich bemerken, daß sämmtliche Entschädigungsbeträge zur Auszahlung gelangt sind. Es besteht die Anordnung, alle Entschädigungsansprüche möglichst rasch zu erledigen.

Von der zweiten Angelegenheit weiß ich nur so viel, daß eine Anzeige über Unregelmäßigkeiten eingegangen ist. Ich kann aber noch nichts Bestimmtes über die Art der Kontrolle aussagen, da mir das Urtheil noch nicht zugegangen ist.

Wenn der Herr Vorredner von dem Inspektor Krüger auf den Absolutismus gekommen ist, so kann ich es mir wohl versagen, darauf einzugehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf **Klinckowström** (l.):

Die Aeußerungen des Herrn Abg. Hoch über die Flurschädigungen sind mir insofern interessant, als sie uns zum ersten Male einen sozialdemokratischen Agrarier zeigen. (Heiterkeit.) — Was Herrn Groeber anlangt, so hätte er die ihm von Hrn. Paasche dargebotene Hand sofort ergreifen sollen (Heiterkeit) und nicht durch deren Zurückweisung einen gewissen Mißton in die Verhandlung bringen sollen. Herr Bebel sagt, die Militärgerichte messen Untergebene und Vorgesetzte mit zweierlei Maaß. Kann es eine stärkere Anschuldigung gegen die Militärverwaltung geben? Herr Bebel hat hier eine Verbrechensstatistik aufgeführt über das Verbrechen der Körperverletzung, bei der Ostpreußen schlechter wegkommt als Sachsen. In Sachsen trinkt man Kaffee, in Ostpreußen stärkere Getränke. (Au! au! Heiterkeit.) Bei einer Diebstahlsstatistik würden andere Resultate herauskommen, auch bei einer Einbruchsstatistik. (Sehr richtig! rechts.) Trotz der allersorgsamsten Nachforschungen hat Herr Bebel nur 7 bis 8 Fälle von Ungehörigkeiten hier anführen können, die zum Theil noch stark übertrieben waren. Was sind aber 7—8 Fälle bei einer Armee von 400 000 Mann? Kann es ein glänzenderes Zeugniß geben für eine Armee? Giebt es in ganz Europa ein bessere Armee? Herr Bebel greift sie aber an und nicht nur die Armee, sondern auch die Schule und Erziehung. Bei uns auf dem Lande arbeiten die Arbeiterfrauen nicht den ganzen Tag, damit fällt der Schluß, daß sie sich nicht um die Erziehung ihrer Kinder kümmern können. Herr Bebel beschwert sich über die Verwendung von Soldaten für landwirthschaftliche Arbeiten, weil das Militär damit dem freien Arbeiter Konkurrenz mache. Jeder, der noch irgend einen freien Arbeiter bekommen kann, nimmt keinen Soldaten, weil dies einmal sehr umständlich ist, dann aber auch zu theuer. Die Handlungsweise des Grafen Stolberg mißbilligen wir, aber unser Mitleid können wir ihm nicht versagen und ich hätte eigentlich erwartet, daß ihm auch der Abg. Bebel dieses Mitleid nicht versagen sollte, nachdem er gehört hat, wie besorgt der Graf Stolberg für seine Untergebenen gewesen ist. Statt dessen hat er aber heute neue Angriffe auf den Rittmeister gehäuft. Ueber den Fall Wiese will ich nichts weiter sagen. Nur aufmerksam will ich darauf machen, daß Wiese Unteroffizier gewesen ist. Die „Volkstribüne" hat ihn als besonders forschen Genossen gefeiert, nun ist er reingefallen. Die sozialdemokratische Presse mag daraus die Lehre ziehen, daß mit den Militärbehörden schlecht Kirschen essen ist. (Oh! oh! links.) Herr Bebel sagte, die Sozialdemokraten seien klug genug, so lange sie die Uniform tragen, von ihrer sozialdemokratischen Gesinnung keinen Gebrauch zu machen. Die Herren mögen doch die Lehre daraus ziehen, daß, wenn sie etwa versuchen sollten, ihren Zukunftsstaat mit Gewalt einzuführen, daß dann die die Aexte ergreifenden Genossen in Zivil von den Genossen in Uniform todtgeschossen werden. (Huh, huh! links, Beifall rechts.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Herr Paasche hat in seiner Rede auch auf mich Bezug genommen und mir den Vorwurf gemacht, ich bezeichnete die Unternehmer als Verbrecherbanden, die ihre Angestellten nur als Ausbeutungsobjekte betrachten. Er kann nur meine Rede vom 22. Februar meinen. Dort habe ich allerdings von Verbrecherbanden gesprochen und es als bekannte Erscheinung hingestellt, daß Unternehmer als Erpresser sich zusammenthun, daß sie nicht verfolgt werden und ich habe verlangt, daß sie gerichtlich verfolgt werden. Wenn daraus Herr Paasche den erwähnten Schluß zieht, so muß ich das der Beurtheilung des Hauses überlassen. Das ist die alte Art und Weise, unrichtige Behauptungen in das Land hinauszuschleudern. Es wird irgend etwas behauptet, daß man nicht der Mühe werth hält zu widerlegen. Dann wird gesagt: Er hat es nicht einmal widerlegt und dann gilt die Behauptung als erwiesen. Ich wollte lediglich diese verkehrte Darlegung des Herrn Paasche zurückweisen. Im Zusammenhange damit will ich nun gleich sagen, daß die Verelendungstheorie durchaus nicht von den Sozialdemokraten aufgegeben ist, wie gesagt worden ist. Sie besteht noch, weil die Erscheinungen noch bestehen, aus denen wir sie erkannt haben. Die Verelendung der Arbeiter hat relativ zugenommen gegenüber dem ungeheuren Reichthum der bevorzugten Klassen.

Nur noch einige Worte zu dem Fall will ich äußern, der meiner Meinung nach der ungeheuerlichste ist von all' denen, die mein Freund Bebel hier vorgeführt hat. Es ist der des westpreußischen sozialdemokratischen Unteroffiziers. Der Unteroffizier soll mit seiner Antwort gegen einen Korpsbefehl, der die Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung verbietet, gehandelt haben. Der Herr Kriegsminister meint wohl, er hätte sagen sollen: Auf diese Frage zu antworten, ist mir verboten, dem steht ein Korpsbefehl gegenüber. Besteht ein solcher Korpsbefehl, so verstößt er klar gegen die bestehenden Gesetze. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach § 110 des Strafgesetzbuches haben Staatsbürger die Pflicht, als Zeugen, wenn kein Grund zur Nicht-Beeidigung vorliegt, eidliche Aussagen zu machen. Weiter würde ein solcher Korpsbefehl eine direkte Verleitung zum Meineid enthalten. Ich halte es für nothwendig, ausdrücklich im Gesetz zu betonen, der Vorsitzende habe nicht das Recht, Zeugen nach ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zu fragen. Ein solches Gesetz besteht aber noch nicht, und wenn somit ein Zeuge infolge dieses Korpsbefehls gezwungen ist, die Unwahrheit zu sagen, so bedeutet das eine Verleitung zum Meineid. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus den Ausführungen des Herrn Kriegsministers geht aber hervor, daß ein solch direkter Korpsbefehl besteht. Seine Rücknahme ist daher durchaus erforderlich, da er zu strafgesetzlich unmoralischen Handlungen verleitet. Von jeher hat es die Sozialdemokratie für jeden als unbedingte Pflicht hingestellt, die Wahrheit zu sagen. Mit diesem Grundsatz steht ein derartiger Korpsbefehl im allerschroffsten Widerspruch. Herr Paasche hätte als ein so gläubiger Mann, wie er sich hinstellt, richtiger gehandelt, wenn er nachgeforscht hätte, ob nicht in unseren Staatseinrichtungen Dinge vorhanden sind, die in Widerspruch stehen mit der Wahrheit, der Humanität, mit der allgemeinen Menschenliebe. Bei seinem scharfen Verstand wäre ihm da nicht entgangen, daß Außenstehende zu der Meinung kommen müssen, ihm seien die Mißstände unklar, die im Falle Wiese geradezu eine Aufforderung, eine Anstiftung zum Vergehen enthalten. Graf Klinckowström wiederholt nur, was Herr Paasche gesagt hat. Auf keinen Fall aber hat er das Recht, meinem Freunde Bebel vorzuwerfen, daß er Thatsachen falsch dargestellt habe. Bebel hat schlagend bewiesen, daß für dieselben Vergehen ein Offizier milde bestraft und schnell begnadigt wird, während ein Gemeiner viele Jahre Zuchthaus erhält. In Ostelbien zeitigt die Rechtspflege geradezu die Rohheit. Wenn ein Erkenntniß des Ober-Verwaltungsgerichts Peitschenhiebe ins Gesicht der Knechte für keine zu harte Züchtigung erklärt, so ist das eine Verurtheilung der Rohheit der ostpreußischen Herrschaften, wie sie nicht schärfer ausgesprochen werden kann. **Ueberall, wo die Sozialdemokratie stärker an Zahl ist, als die übrigen Parteien, sind die Rohheitsverbrechen zurückgegangen.** Das weisen alle Statistiken aus. Gerade in den **sog. frömmsten Provinzen** haben die **allermeisten Verurtheilungen wegen Meineids stattgefunden.** Was die Lage der Arbeiter in Ostelbien betrifft, so empfehle ich dem Grafen Klinckowström die Lektüre der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Daraus wird er ersehen, daß die Arbeiter in Ostelbien so schlecht gestellt sind, daß man bezweifeln muß, ob sie dort überhaupt noch als Menschen betrachtet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die dortigen Landarbeiter kommen, leider nur allmälig, zu der Erkenntniß, daß sie menschenunwürdig behandelt werden und daraus erklärt sich die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in Ostelbien, wie sie die letzten Reichstagswahlen ergeben haben. Herr v. Tiedemann hat den Stand der Offiziere einen bevorzugten genannt und gesagt, wir bekämpfen alle Bevorzugung, also auch den Offiziersstand. Gewiß bekämpfen wir alle Bevorzugungen; aber Herr v. Tiedemann irrt, wenn er glaubt, wir bekämpfen jemanden deshalb, weil es ihm besser geht. Wir wünschen, daß es allen besser ginge, nicht daß es denen, die heut bevorzugt sind, einmal schlechter geht. Das ist der Unterschied in unseren Anschauungen. — Am Schlusse seiner Rede stellte es der Graf Klinckowström so dar, als wollten wir mit Gewalt unseren Zukunftsstaat erringen. Nicht wir fordern zur Gewalt auf. Das thun die Herren von der Rechten. Erst am 9. Februar dieses Jahres brachte die „Post"-wieder einen Artikel, der zu Gewaltthätigkeiten aufforderte. Es heißt darin: Ideen kann man nicht mit dem Knüppel todtschlagen. Ein berühmtes Wort! Es stimmt aber nicht auf alle Fälle, und im Anschluß daran werden Gewaltmittel und Ausnahmegesetze empfohlen. Wir verwahren uns gegen die Annahme, als sei die Armee eine Institution, die gegen uns gerichtet sei. Wir haben dasselbe Recht in der Armee, wie alle übrigen Parteien im Reiche. Und wenn ein Armeebefehl die Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnungen verbietet, so müßte er auch konservative oder ultramontane Gesinnungen verbieten. Wollen Sie wirklich die Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnungen ausschließen, dann müssen Sie auch die Konsequenz ziehen und Sozialdemokraten überhaupt nicht mehr zum Militär nehmen. Zu dieser Konsequenz führen die Anschauungen des Grafen Klinckowström.

Schließlich möchte ich den Herrn Kriegsminister bitten, den Armeebefehl vielleicht im Wortlaut hier mitzutheilen. Fordert der Armeebefehl wirklich zum Ungehorsam gegen die Gesetze auf, dann hoffe ich, wird der Reichstag einmüthig die Beseitigung eines solchen Armeebefehls verlangen.

Generalleutnant **v. Viebahn**:

Der Vorredner hat den Wunsch geäußert, den Wortlaut des Armeebefehls kennen zu lernen. Es handelt sich um einen kriegsministeriellen Erlaß vom 24. Januar 1894, der in bestimmten Zeiträumen von Neuem veröffentlicht wird. So ist er im amtlichen Theil des „Reichs-Anzeigers" vom 7. August 1897 erschienen. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.):

Die Sozialdemokratie beleidigt die Armee fortgesetzt in unerhörtester Weise. Besonders thut es der „Vorwärts", der sich nicht gescheut hat, patriotische Erinnerungen an die Heldenthaten von 1870/71 mordspatriotisch zu nennen. Dem Abgeordneten Stadthagen ist sein Beweis, daß wir zu Gewaltthaten gegen streikende Arbeiter aufgefordert hätten, vollkommen mißlungen. Er hat glücklich eine Stelle in der „Post" entdeckt, die vor neun Jahren in einer Londoner Korrespondenz über den Dockerstreik enthalten war. Es war das Stimmungsbild eines Korrespondenten, nicht die Meinung der Redaktion. Die Behauptungen, die Herr Stadthagen aufgestellt hat, sind also unwahr. Gewiß tritt die „Post" für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ein; daraus hat sie nie ein Hehl gemacht. Herr Bebel hat sich nun gegen den Vorwurf, daß er hier unwahre Thatsachen vortrage, dadurch zu wehren gesucht, daß er auf die **gestohlenen Briefe, die der „Vorwärts" veröffentlicht hat** hinwies und behauptete, ich sei auch einmal von einem Redakteur der Post falsch berichtet worden. Herr Fink war kein Redakteur der „Post", sondern nur Berichterstatter, der ohne meine Mitwirkung angestellt war. Ich habe die Behauptung des Herrn Fink, daß er freiwillig aus dem Verein der Berliner Presse ausgetreten sei, nach Ausweis des Stenogramms — des unkorrigirten, Herr Bebel! — nicht als Thatsache hingestellt, sondern nur gesagt, Herr Fink, der in weiten Kreisen als Ehrenmann gelte, behaupte es. Wenn in dem gestohlenen Briefe steht, ich hätte eine Lüge ausgesprochen, so versteht es sich von selbst, daß ich nicht gelogen habe, sondern daß die Behauptung des Fink, die ich wiederholt habe, sich nachträglich als Lüge herausgestellt hat. Herr Bebel aber hat die Dinge, die er vorgetragen, und die sich nachher als unwahr herausgestellt haben, stets hier als thatsächlich bezeichnet. Sein Verhalten verträgt also keinen Vergleich mit dem meinen. Herr Bebel irrt sich gewohnheitsmäßig in den Thatsachen. Wiederholt haben sich seine Angaben als grobe Irrthümer herausgestellt. Er hätte besser

gethan, wenn er die Finksche Angelegenheit hier nicht berührt hätte. Der eine Umstand, ob Herr Fink freiwillig oder gezwungen aus dem Verein ausgetreten ist, der sich als Unwahrheit herausgestellt hat, ist nebensächlich. Eine Hauptsache aber war seine Angabe, daß Herr Fink in Amerika wegen Wechselfälschung verurtheilt worden sei. Herr Bebel hat es nicht zu beweisen vermocht und auch nicht widerrufen. Dafür aber hat er den stenographischen Bericht seiner Rede in einer Weise korrigirt, daß etwas ganz Anderes herausgekommen ist, als das war, wogegen ich polemisirte. So hat er ursprünglich gesagt: er stelle seine Behauptungen auf Grund von Thatsachen und Angaben auf. Im korrigirten Bericht seiner Rede aber sagt er: „daß er nur auf Grund von Angaben spreche, die ihm von einer Seite geworden seien". (Hört, hört! rechts.) Er hat dann weiter thatsächlich gesagt, daß Fink wegen Wechselfälschung verurtheilt worden ist. Im korrigirten Bericht aber steht, daß Herr Fink wegen Wechselfälschung verurtheilt worden sein solle. (Hört, hört! rechts.) Herr Bebel hat also durch seine Korrekturen bewiesen, daß er in Bezug auf Fink Dinge behauptet hat, die unrichtig sind. Ich weise einen Vergleich zwischen seinem Vorgehen und dem meinen weit von mir, was er konstatiren will mit Hilfe der **vom „Vorwärts" gestohlenen** und veröffentlichten **Briefe.** (Stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. **Kunert:** Das ist eine **„Stumm'sche Frechheit".** Lärm rechts. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Schmidt:**

Herr Abg. Kunert, Sie haben kein Recht, hier Frechheit zu rufen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Freiherr v. Stumm hat gesagt, daß der „Vorwärts" Briefe gestohlen habe.)

Vizepräsident **Schmidt:**

Das hat er nicht gesagt. Er hat von niemandem in diesem Hause gesagt, daß er Briefe gestohlen habe. (Große Unruhe links und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Singer** (S.) (zur Geschäftsordnung):

Ich will mir noch erlauben zu konstatiren, daß es bisher seitens des Präsidiums Sitte war, es zu rügen, **wenn von einem Mitgliede des Hauses** jemandem außerhalb des Hauses vorgeworfen wurde, **daß er gestohlen habe** und den Betreffenden, der sich nicht vertheidigen kann, in Schutz zu nehmen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Schmidt:**

Wenn der Abg. Freiherr v. Stumm eine bestimmte Person bezeichnet hätte, die die Briefe gestohlen haben soll, so würde ich ihm das sofort untersagt haben. Er hat aber nur gesagt, daß die veröffentlichen Briefe gestohlen seien. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich werde mir den stenographischen Bericht kommen lassen, und wir werden sehen, wer Recht hat.

Abg. Graf **Oriola** (natl.):

Gerade die Wähler des Herrn Hoch haben bewiesen, daß sie denn doch anders denken, als er. Sie haben beim Manöver in Hessen die Truppen nach Kräften unterstützt. Die Schießübungen im Terrain während der Erntezeit müssen allerdings auch nach meiner Meinung nach Möglichkeit eingeschränkt werden. — Redner wundert sich über die Art und Weise, wie der Abg. Gröber dem Abg. Paasche entgegengetreten ist. Darüber hatten besonders die Herren von der Sozialdemokratie ihre helle Freude. Herr Gröber mag darnach beurtheilen, ob er sehr geschickt gewesen ist, als er auf den Nationalliberalen herumpaukte. Es wäre besser, wenn wir mehr zusammenhielten. Herr Paasche wird die Hohn- und Spottlieder der Sozialdemokraten nachher gedruckt vorzeigen. Herr Bebel hat von einem nationalliberalen Hofschornsteinfegermeister erzählt, der während der Kulturkampfzeit ein irreligiöses Gedicht gemacht haben soll. Ich kenne es nicht, ist aber die Angabe des Herrn Bebel richtig, dann verdient der Verfasser dieselbe Beurtheilung, wie die Sozialdemokratie. Wer den Glauben an Gott im Volke zerstören will, verdient unsere Verachtung. (Beifall rechts.) Darin hat Herr Bebel recht, wenn er es für nothwendig erklärt, für bessere Wohnungsverhältnisse zu sorgen. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt meines Freundes Bassermann, daß ein Reichs-Wohnungsgesetz nothwendig ist. Es ist bekannt, wie wir auf den verschiedensten Gebieten der Sozialpolitik vorangegangen sind. Wenn sich die Sozialdemokraten ihrer sozialpolitischen Thätigkeit rühmen, so berührt das sonderbar. Sie waren immer negativ. Und selbst, wenn sie einmal einer einzelnen Maßregel zugestimmt haben, was beweist das? Wenn der Etat zur Gesammtabstimmung kommt, dann stimmen Sie dagegen. (Abg. **Kunert:** Die Gründe kennen Sie ja!) Jawohl, aber sie sind nicht stichhaltig. Herr Bebel hat sich hier wehmüthig als Sündenbock hingestellt, die Sozialdemokratie versuche nicht, die Oberhand in den Armeen zu gewinnen. Aber man hat doch gehört, daß Flugblätter in den Kasernen von den Sozialdemokraten vertheilt worden sind, um neue Anhänger zu gewinnen. (Rufe links: Wir haben schon genug.) Wenn Sie genug haben, so wollen wir dafür sorgen, daß Sie nicht noch mehr bekommen, und das werden wir am besten erreichen — damit komme ich auf den Abg. Gröber zurück —, wenn wir bürgerlichen Parteien uns zusammenschließen und eintreten für die Erhaltung der Vaterlandsliebe, der Religion, der Familie und der Ehe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Paasche** (natl.):

Nach den vortrefflichen Ausführungen meines Vorredners kann ich mich kurz fassen. Herr Bebel verlangte, daß ich die Lieder, die Gott lästern, vorlegen soll. Ich habe sie hier gedruckt vor mir. Da sich auch Herr Frohme so sehr entrüstete, will ich hier verlesen, was er im Jahre 1873 über Gott geschrieben hat. Es heißt da: Nur durch Blutvergießen hat sich das Papstthum zu der Höhe emporgeschwungen. Morde und Scheiterhaufen hat es dazu benutzt. Sind das gottgefällige Werke der Menschenliebe? Wenn Gott das will, so mag sich dieser Gott in 33 000 Teufels Namen zum Teufel scheeren. (Große Heiterkeit links.) So hat Herr Frohme Gott gelästert. Jedes Wort als Kommentar ist überflüssig. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Vicepräsident **Schmidt:**

Ich muß auf den Vorfall von vorhin zurückkommen. Ich habe das Stenogramm eingesehen. Herr v. Stumm hat erst von den der „Post" gestohlenen Briefen und dann von den im „Vorwärts" veröffentlichten gestohlenen Briefen gesprochen. (Ruf links: Na also!) Nicht, na also. Abg. Frhr. v. Stumm hat also keiner Person weder innerhalb noch außerhalb des Hauses den Vorwurf gemacht, daß er Briefe gestohlen hat oder gestohlene Briefe veröffentlicht hat. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Singer** (Soz.) zur Geschäftsordnung: Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um zur Geschäftsordnung zu konstatiren, daß sowohl Herr Freiherr v. Stumm wie Herr Vizepräsident Schmidt wissen, daß **drei Redakteure des „Vorwärts" Mitglieder des Hauses** sind, ihnen also indirekt der Vorwurf des Diebstahls gemacht worden ist. (Ruf rechts: Keine Ahnung.)

Vizepräsident **Schmidt:**

Herr Freiherr v. Stumm hat nur vom „Vorwärts" und nicht von den Redakteuren des „Vorwärts" gesprochen. (Sehr richtig, rechts). Im Uebrigen weiß ich nicht, wer von den Mitgliedern dieses Hauses zur Redaktion des „Vorwärts" gehört. Wenn Herr Singer mit seiner Bemerkung eine Kritik an meiner Geschäftsführung üben wollte, so verbitte ich mir das. Ich werde in dieser Sache das Wort nunmehr nicht mehr ertheilen. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. **Stöcker** (k.):

Das Parlament hat an den Staatsinstitutionen Kritik zu üben. Darin liegt der Werth einer Volksvertretung. Aber die Kritik muß mit Verständniß geübt werden und dieses Verständniß spreche ich den Sozialdemokraten ab. Herr Stadthagen hat von Menschenliebe gesprochen. Die heißt in der Armee Kameradschaft und in keiner Armee wird die Kameradschaft und Bruderliebe zwischen den Vorgesetzten und Untergebenen so gepflegt, wie in der deutschen Armee. Beim Titel Kriegsministzr sollte man sich darüber unterhalten, ob die Armee so beschaffen ist, daß sie die Größe des Vaterlandes aufrecht erhalten kann. Statt dessen wird hier von der Veruntreuung eines Inspektors gesprochen und die gestohlenen Dinge werden hier aufgeführt wie das Inventar eines Trödeljuden. (Große Heiterkeit rechts.) Das ist eine thörichte Art und auch nicht politisch. Aber Sie (nach links) verstehen es nicht besser. Einen Nothstand erkenne ich an. Wir haben vom sechsten bis vierzehnten Jahre Schulzwang. Dann kommt aber eine Zeit von 6 Jahren, wo die Jugend ganz unkontrollirt der Zügellosigkeit überlassen bleibt. Das ist ein Nothstand. Diese sich selbst überlassenen Leute soll das Militär dann wieder erziehen. Leistet die Armee diese Erziehung? Ich sage: Ja. Im Ausland beneidet man uns um unsere Armee und man fürchtet sie. Die Furcht der Völker gegenseitig vor einander und das Starren in Waffen bedauere ich gewiß als Geistlicher. Aber darin werden mir wohl alle, auch die verständigen und vaterlandsliebenden Sozialdemokraten, zustimmen, ist die Furcht schon einmal maßgebend für das Verhalten der Völker, so ist es besser, wir werden gefürchtet, als daß wir uns fürchten müßten. (Sehr richtig! rechts.) Die Manneszucht in unserer Armee ist glänzend, gerade sie wird in ganz Europa bewundert. Die bedauerliche Erscheinung der Selbstmorde ist nicht den militaristischen Institutionen zuzuschreiben. Selbstmorde treten oft epidemisch auf aus ganz geringfügigen Ursachen, so hat sich ein Soldat erschossen, weil sein Dienstmädchen abgereist war und er ein paar Tage ohne einen Brief gelassen wurde. (Große Heiterkeit!) Unsere Armee ist das Volk in Waffen. Eine Partei, die sich volksfreundlich nennt, wenn sie es auch nicht ist, sollte sich doch hüten, diese Armee mit Schmutz zu bewerfen. Auch sie sollte nicht vergessen, daß unsere Armee das Instrument war, mit dem die deutsche Einheit errungen worden ist. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.)

Ich glaube nicht, daß die nationalliberale Presse denselben Ton anschlagen wird wie die nationalliberalen Abgeordneten.

Wenn da drüben gesagt worden ist: was wir hier vorbringen, lasse sie kalt, so glaube ich, daß die lebhafte Debatte, die wir hier geführt, zur Genüge beweist, wie sehr die Anklagen, die wir erhoben, gesessen haben! (Lärm rechts.)

Der Herr Abg. Stöcker hat es beklagt, daß nach dem 14. Lebensjahre eine Zeit von 6 Jahren kommt, wo die Jugend ganz unkontrollirt der Zügellosigkeit überlassen bleibt. Ja, wenn es nach uns ginge, dann wäre das eben anders. Die sozialdemokratische Partei vertritt eben im Gegensatz zu Herrn Stöcker den Grundsatz der obligatorischen Fortbildungsschulen bis zum 18. Jahre. Daß das jetzt nicht der Fall ist, das ist einer der Punkte, an dem Hunderttausende von jungen Leuten scheitern. Sorgen Sie wenigstens dafür, daß ihnen entsprechende Lokalitäten geboten werden, wo sie zu geistigem Verkehr zusammenkommen können; würde die Militärverwaltung von den enormen Summen, die ihr zur Verfügung stehen, einige Hunderttausende zur Gründung von Lesehallen, Versammlungslokalen (Lachen rechts) u. s. w. aufwenden, sie würde sehen, welche ausgezeichneten erzieherischen Wirkungen sie damit erzielen würde. Und denken Sie daran, wie durch die heutige Arbeitsweise die jungen Leute ihren Familien, ihrer Heimath entrissen werden, wie viele tausende und abertausende von Arbeitern ihre Heimath am Montag in der Frühe verlassen müssen, um erst Sonnabend Abend zurückzukehren! Aendern Sie das, so werden sie nicht mehr über die Verrohung der Rekruten zu klagen haben. — Dazu kommt die Frauenarbeit, die die Mutter aus dem Hause reißt. Herr Graf Klinckowström hat freilich gemeint, es sei durchaus unrichtig, daß die Frau besonders viel in der Landwirthschaft verwandt werde. Woher Graf Klinckowström seine Angaben hat, weiß ich nicht. (Abg. Graf **Klinckowström:** Aus der Erfahrung. Heiterkeit.) Nun, die Statistik zeigt, daß die Zahl der männlichen Arbeiter in der Landwirthschaft um 4 pCt. abgenommen, die Zahl der weiblichen dagegen um 8 pCt. zugenommen hat. (Hört! hört!)

In einem Punkte hat der Kriegsminister mich mißverstanden. Ich habe zwar von den Selbstmorden in der Armee gesprochen, aber nicht behauptet, daß dieselben zugenommen haben. Es ist auch ganz klar, welcher Ursache die Abnahme der Selbstmorde zu Grunde liegt. Es ist einfach die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. (Lachen rechts.) Die hat die Abnahme der Bestrafungen und die Verminderung der Selbstmorde im Heere zur Folge gehabt.

Nun zum Abg. Paasche. Er hat ein Lied erwähnt, daß nicht von einem Sozialdemokraten, sondern von Heinrich Heine gedichtet worden ist. Dieses Lied ist nie in Musik gesetzt worden, also kann es auch nie gesungen worden sein. Herr Paasche hat sodann eine gotteslästerliche Aeußerung meines Freundes Frohme angeführt. Nun, ich vermuthe, Frohme ist damals, als er sie that, etwas von der Kulturkampfhitze erhitzt gewesen, die die Nationalliberalen entfacht hatten. Die eigentlichen Nähr- und Lehrväter meines Freundes Frohme sind also in diesem Falle die Nationalliberalen. (Große Heiterkeit.)

Herr Paasche hat weiter ausgeführt, es kann nicht Wunder nehmen, daß die Eigenthumsverbrechen so sehr zunehmen, da doch die Lehre, daß Eigenthum Diebstahl sei, von den Sozialdemokraten unaufhörlich verbreitet werde. Ein so schwer gelehrter Mann, wie Herr Paasche (Heiterkeit!) sollte doch wissen, daß dieser Satz von den Sozialdemokraten weder aufgestellt, noch vertheidigt, sondern stets aufs heftigste bekämpft worden ist. Uebrigens, wie kommt es, daß gerade in Ost- und Westpreußen, wo doch die Agrarier noch immer herrschen, sowohl Diebstahl wie Meineid die höchste Zahl erreichen? (Zurufe rechts.)

Ganz besonders mit meiner Person beschäftigt hat sich der Abg. Frhr. v. Stumm. Auch er hat eine meiner Aeußerungen offenbar mißverstanden. Ich habe nicht behauptet, daß er im Falle Fink die Unwahrheit gesagt hat. Ich habe nur, da gegen mich beständig der Vorwurf erhoben wird, als Beispiel angeführt, daß auch Herr v. Stumm das Opfer einer Täuschung geworden ist. Was den Vorwurf anlangt, daß ich im amtlichen Stenogramm meiner Rede meine Aeußerungen über Fink korrigirt habe, so habe ich diese Aenderung wesentlich im Interesse des Fink selber gemacht, da inzwischen mein Gewährsmann eine meiner Behauptungen mir gegenüber als Irrthum zurückgenommen hat. Später aber, als ich aus Amerika die neue Mittheilung erhielt, habe ich die Korrektur sofort widerrufen. Freiherr von Fink (Große Heiterkeit) von Stumm hat ferner mehrere Fälle angeführt, in denen ich mich geirrt habe. Ich kann doch nichts dafür, wenn ich getäuscht werde. Herr v. Stumm sollte mit solchen Denunziationen vorsichtiger sein. Die Art, wie er die „Sächsische Arbeiterzeitung" zitirt hat, beweißt, daß auch er nicht gegen solche Irrthümer gefeit ist. (Sehr richtig! links.) Herr v. Klinckowström hat gesagt, ich hätte gegenüber unserer großen Armee doch eigentlich eine verschwindende Anzahl von Anklagen erhoben. Seien Sie doch froh darüber! (Heiterkeit.) Zudem vergessen Sie doch nicht, daß zwischen dem, was ein Abgeordneter privatim erfährt, und dem, was wirklich vorkommt, ein gewaltiger Unterschied besteht. Es ist gesagt worden, ich hätte die Armee in ihrer Gesammtheit durch das Wort beleidigt, es werde in ihr mit zweierlei Maaß gemessen. Der Theil der Armee, der mit zweierlei Maaß mißt, repräsentirt doch nur ein kleines Stück derselben, und auch da ist mir Herr v. Tiedemann entgegengekommen. Er hat erklärt, die Offiziere seien eine bevorzugte Klasse. Die Bevorzugung einer Klasse bedingt aber ein Unrecht gegen eine andere! (Sehr richtig links. Lärm rechts.) Sie sehen, meine Herren, Sie haben zwar sehr stark gegen mich polemisirt, aber Sie haben mich weder belehrt noch bekehrt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gröber** (Z.):

Herr Bebel ist eben schwer zu belehren (Heiterkeit) und zu bekehren. Die Art und Weise, wie Herr Bebel hier die Fälle angeführt hat, ohne ein anerkennendes Wort für unsere Armee zu finden, so giebt das ein falsches Bild von der Armee. Herr Bebel will nur edle Motive haben bei der Vorbringung dieser Fälle, aber sie sind alle schon mehr oder weniger in der Oeffentlichkeit besprochen worden. Die Fälle sind gewiß in der Mehrzahl zu bedauern, aber wenn man überall so scharfe Sonden anlegen wollte, da käme anderswo noch Schlimmeres zu Tage. In dem Fall Wiese freue ich mich, daß der Herr Kriegsminister in eine Nachprüfung eintreten will. Wenn die Nationalliberalen mit uns den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen wollen, dann müssen Sie uns auch nicht auf anderen Gebieten die Hände binden, so z. B. in der Schul- und Ordensfrage. Vollzieht sich in dieser Beziehung ein Wandel, dann ist die heutige Debatte von ganz unschätzbarem Werth für unsere ganzen politischen Verhältnisse und ihre künftige Entwicklung. (Beifall im Zentrum.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Nach persönlichen Bemerkungen zwischen den Abgg. Hoch (S.) und Graf Oriola (natl.) einerseits und den Abgg. Frhr. **v. Stumm** und **Bebel** andererseits wird der Titel „Kriegsminister" bewilligt.

Die Weiterberathung wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. (Vorher: Gesetz betreffend Errichtung eines bayerischen Senats beim Reichs-Militärgericht.)

Schluß 6¼ Uhr.

Kommunales.

Aus der Magistratssitzung am Freitag. Ein Antrag auf Errichtung einer höheren Mädchenschule im Norden der Stadt — Gesundbrunnen-Wedding — hat das Magistratskollegium, weil ein Bedürfniß hierfür nicht vorliegt, abgelehnt. — Der Direktor der Luisenstädtischen Ober-Realschule, Professor Dr. Bandow, welcher am 1. Oktober d. J. auf eine 50jährige amtliche Thätigkeit im städtischen Schuldienste zurückblickt, hat beim Magistrat seine Pensionirung vom genannten Zeitpunkte ab beantragt. Das Magistratskollegium hat mit Rücksicht auf diese lange Dienstzeit des Professors Bandow beschlossen, dieses Gesuch zu genehmigen.

Auf Antrag der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege hat das Magistratskollegium beschlossen, auf dem Gelände des Krankenhauses Friedrichshain zwei zweistöckige oder vier einstöckige Pavillons errichten zu lassen, um Raum für 130 Kranke zu schaffen und so der drohenden Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser im nächsten Winter entgegentreten zu können. Die Errichtung dieser Gebäude erscheint umsomehr erforderlich, als die von den städtischen Behörden beschlossene Erbauung des vierten städtischen Krankenhauses bis zu seiner Fertigstellung noch lange Zeit in Anspruch nehmen würde und auch die hiesigen Privat-Krankenhäuser sehr stark und immer mehr in Anspruch genommen werden. Eine diesbezügliche Vorlage wird der Stadtverordneten-Versammlung vom Magistrat zur Genehmigung unterbreitet werden. — In dem Verwaltungs-Streitverfahren betreffend die Mauer des Friedhofes der Märzgefallenen hat der Justizrath Krause die Vertretung der Stadtgemeinde nachträglich niedergelegt. Nunmehr ist das Mandat dem Justizrath Kleinholz übertragen, welcher die Klage beim Bezirksausschuß bereits eingeleitet hat.

Die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung werfen ihre Schatten schon voraus. Der Magistrat hat 2000 M. in den Etat eingestellt zur Vermehrung der Sitzplätze im Sitzungssaale der Stadtverordneten.

Lokales.

Den Parteigenossinnen und Genossen des zweiten Wahlkreises die Mittheilung, daß am Sonntag Abend 6½ Uhr bei Zubeil, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Genosse Adolf Hoffmann einen Vortrag hält: „Ob's wahr ist?" Nachher gemüthliches Beisammensein.

Sechster Wahlkreis. Am Sonntag Abend 5½ Uhr findet im Köslíner Hof, Köslinerstr. 8, eine Volksversammlung statt, in der Genosse G. Wagner über „Umstürzler und Kulturträger" einen Vortrag halten wird. Nach der Versammlung findet ein gemüthliches Beisammensein statt. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann.

Den Parteigenossen von Moabit zur Nachricht, daß die Flugblatt-Vertheilung nicht am nächsten Sonntag, sondern am Sonntag, den 12. März, stattfindet. Um rege Betheiligung wird gebeten.

J. Pfarr.

Die Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser

giebt schon seit einer Reihe von Jahren zu stets wiederkehrenden Klagen Anlaß. Die Abweisung der aus den Vororten kommenden Kranken, von der man vor zwei Jahren Abhilfe erwartete, hat wenig und nur vorübergehend genützt. Die Ueberfüllung hat sich in diesem Winter wieder so fühlbar gemacht, daß jetzt für das Krankenhaus im Friedrichshain die Errichtung von zwei Baracken mit 130 Betten beschlossen worden ist. Das mag für's Erste genügen, um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen, aber bis zur Fertigstellung des neuen städtischen Krankenhauses an der Seestraße wird auch das nicht ausreichen. Die städtischen Behörden haben sich eben viel zu spät zur Errichtung dieses vierten Krankenhauses entschlossen. In den Zeiten des größten Andranges hat man zeitweilig zu einem anderen Ausweg gegriffen: man hat die Verpflegungsdauer abgekürzt, d. h. man hat Kranke vor ihrer völligen Genesung entlassen. Ein früherer Krankenhausbericht hat das offen zugegeben. Ob dieses nicht unbedenkliche Mittel auch bis in die neueste Zeit hinein angewendet worden ist, darüber äußern sich die letzten Berichte nicht; es dürfte aber kaum anders geworden sein. Die durchschnittliche Verpflegungsdauer pro Kopf hat sich im Laufe der 90er Jahre in den städtischen Krankenanstalten wesentlich geändert, und zwar in einer Weise, die sich von den gleichzeitig in den königlichen sowie in den anderen öffentlichen Krankenhäusern Berlins eingetretenen Aenderungen der Verpflegungsdauer sehr auffällig unterscheidet. Sie war im Jahre 1891 höher als in den übrigen Anstalten, dagegen im Jahre 1896 (dem letzten, über welches bis jetzt Veröffentlichungen vorliegen) niedriger als in den übrigen. Die letzten Jahrgänge des Berliner „Statistischen Jahrbuchs" geben als durchschnittliche Verpflegungsdauer pro Kopf an:

Anstalten	1891	1892	1893	1894	1895	1896	
städtische	33,28	28,79	20,74	26,50	26,55	27,38	Tage
königliche	27,87	27,76	26,71	28,30	28,37	28,50	Tage
andere öffentliche	31,59	29,82	30,66	31,63	29,45	30,89	Tage

Diese Zahlen ergeben für die städtischen Anstalten von 1891 bis 1894 eine bedeutende Abnahme, von da bis 1896 eine unwesentliche Zunahme, im Ganzen eine noch sehr erhebliche Abnahme; für die königlichen (Charitee und Universitäts-Kliniken) von 1891 bis 1893 eine geringe Abnahme, von da bis 1896 eine Zunahme, im Ganzen eine kleine Zunahme; für die anderen öffentlichen Krankenanstalten (Bethanien, Augusta-, Elisabeth-, Lazarus-, Hedwigs-Krankenhaus, Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhaus, Elisabeth-Kinderhospital, Gerhardt-Stift, jüdisches Krankenhaus) ein schwankendes Auf und Ab ohne deutlich erkennbare Richtung, im Ganzen eine kaum merkliche Abnahme, beinahe ein Gleichbleiben der Verpflegungsdauer. Faßt man nun die königlichen und die anderen öffentlichen Anstalten zusammen, so ergiebt sich für sie von 1891—96 im Ganzen ein deutliches Steigen der durchschnittlichen Verpflegungsdauer von 29,52 auf 29,64 Tage. Im Vergleich zu dieser Verpflegungsdauer war die der städtischen Anstalten 1891 um 3,76 Tage länger, 1896 dagegen um 2,26 Tage kürzer. Wie soll man sich das erklären? Soll man vermuthen, daß in diesem kurzen Zeitraum in den städtischen Anstalten das Krankenmaterial um so viel günstiger, oder die Kunst der Aerzte um so viel größer geworden ist als in den übrigen Anstalten, oder darf man annehmen, daß in den obigen Zahlen und ihren Unterschieden das Ergebniß der durch Ueberfüllung gebotenen Abkürzung der Verpflegungsdauer zu Tage tritt?

Die Spielhagen-Feier wirkt noch in der Presse nach. Liberale Blätter sind betreten darüber, daß dem Dichter nicht der kleinste

Orden zu theil geworden ist, und sie klagen, daß doch wenigstens irgend eine Universität durch Anhängung des Doktortitels den Dichter und sich selbst hätte ehren sollen. Mehr demokratische Blätter spotten natürlich des servilen Wesens, das sich hier wieder im deutschen Liberalismus offenbart, und die „Frankf. Ztg." z. B., die in diesem Sinne schreibt, begrüßt es mit Genugthuung, daß der „Minister des Geistes" mit der Nichtehrung des Dichters anerkannt habe, eine wie weite Kluft den staatlich protegirten Geist von dem wirklich freiheitlichen Geiste trenne. Das ist hart, und wohl läßt es sich begreifen, daß die Ordnungsblätter ob solcher Peitschenhiebe noch verdrossen sind. Sehr gewaltig bäumt sich da das bekannte Hamburgische Organ für kapitalistische Bestialität auf. Es erfüllt auch uns mit einiger Genugthung, daß die „Hamburger Nachrichten" durch ihren Wuthausbruch dem Dichter Spielhagen die schönste Ehrung zu theil werden lassen, die einem Mann von Gesittung widerfahren kann, und wir können uns nicht versagen, einige besonders schlagende Beweise für die weite Kluft, die Kapitalismus und Kultur von einander trennen, hier wiederzugeben. Da steht in dem Blatt, das gegen die Sozialdemokratie die systematische Aufreizung zum Aufstande empfiehlt, über Spielhagen zu lesen:

„Ein Literat, welcher in der „Frankfurter Zeitung" eine warme Lobrednerin findet, muß nothwendig so geartet sein, daß der Staat als Vertreter der herrschenden Ordnung der Dinge zu einer öffentlichen Anerkennung seiner Wirksamkeit nicht die Hand bieten darf, wenn er nicht inkonsequent und pflichtwidrig handeln will. Er würde unserer Auffassung nach zu einer derartigen „Ehrung" unter den obwaltenden Umständen nicht einmal berechtigt gewesen sein, wenn Spielhagen ein Genie ersten Ranges, eine literarische Größe wie Göthe und Lessing wäre. Der Staat kann wohl hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Literatur auch seinerseits anerkennen und belohnen, aber doch nur, wenn die Leistungen, um die es sich handelt, ihre Spitze nicht gegen ihn selbst richten. Das ist aber bei Spielhagen vielfach der Fall; seine Werke weisen oft eine entschieden demokratische, ja zuweilen sozialdemokratische Färbung auf, und wir bezweifeln nicht, daß sie vielfach nachtheilig auf die staatsbürgerliche Gesinnung des romanlesenden Publikums eingewirkt haben. Diese Beschaffenheit der Spielhagen'schen Dichtungen, nicht ihr literarischer Werth, aber muß für die Haltung des Staates maßgebend sein."

Geht Spielhagen die Thaten durch, die der preußische Staat im Laufe dieses Jahrhunderts an freisinnigen Schriftstellern verübt hat, so mag der Dichter am allerwenigsten noch im Alter Verlangen tragen, mit diesem Staate nähere Bekanntschaft zu machen. Um von Dutzenden Beispielen nur eines zu erwähnen, erinnern wir daran, daß Fritz Reuter sein ganzes Leben lang unter den Martern zu leiden hatte, die er in jahrelanger Gefangenschaft auf preußischen Festungen zu ertragen hatte.

Der „Frankf. Ztg." wird übrigens noch aus Berlin geschrieben: In der philosophischen Fakultät der Berliner Universität hatten Gustav Schmoller und Erich Schmidt die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors für Spielhagen beantragt. Zu einem solchen Beschluß ist Einstimmigkeit der Fakultät erforderlich. Der Antrag ist abgelehnt worden, weil eine einzige Stimme dagegen abgegeben wurde. Alle anderen, einige vierzig, waren dafür. Den Titel eines königlichen Professors hat Spielhagen, wie verlautet, auf eine vertrauliche Anfrage hin abgelehnt.

Auslandspostpackete sind im Jahre 1898 in Berlin und seinen Vororten 623 891 Stück eingegangen, für deren zollamtliche Behandlung vier Zollabfertigungsstellen vorhanden sind. Zur Bewältigung des Abfertigungsdienstes waren neun Beamten- und 12½ Unterbeamtenkräfte erforderlich. Die gesammten Kosten beliefen sich, wie die „Disch. Verk.-Ztg." mittheilt, auf 30 546 M.; dagegen betrugen die Einnahmen an Verzollungsgebühr und Bestellgeld für die verzollten Sendungen 26 400 M. Die Postkasse hatte hiernach für die Unterhaltung der Postverzollungsstellen einen Zuschuß von rund 4146 M. aufzuwenden.

Der fleißigste Besucher der Straßenbahn ist in Deutschland nicht der Berliner, sondern der Frankfurter. Er fährt 116,8 mal im Jahre, der Dresdener durchschnittlich 116,6 mal, während der Berliner nur 96,1 mal Straßenbahn fährt. Außerdem benutzt der Berliner aber noch 71,7 mal den Omnibus und die Stadtbahn, Verkehrsmittel, die es anderswo nicht giebt oder nur gering entwickelt sind. Auch wird in Berlin mehr Droschke gefahren als sonst in Deutschland. Alle übrigen deutschen Städte haben eine geringere Benutzung der Straßenbahnen als Berlin. Es kommen Fahrten auf 1 Einwohner in Hamburg-Altona-Wandsbeck 83,3, Leipzig 64,4, München 61,5, Hannover 59,5, Köln 49,1, Breslau 48,8, Stuttgart 46,8, Bremen 46,1, Magdeburg 44,7, Halle 44,1, Düsseldorf 32,2, Chemnitz 30,0, Stettin 23,7, Braunschweig 18,8 u. s. w.

Das Elend der technischen Lehrerinnen. Uns wird geschrieben:

Nachdem eine Aufbesserung der Lehrergehälter in Berlin endlich stattgefunden und man diese auch 30 — schreibe dreißig — technischen Lehrerinnen zugewendet hat, darben die übrigen 770 technischen Lehrerinnen nach wie vor. Eine Anzahl derselben will sich jetzt an die Armenkommission wenden, um die ortsübliche Armenunterstützung von 10—15 M. für sich auszuwirken bis zu dem Moment, wo die Verwaltung sich bequemt, ihnen eine menschenwürdige Existenz zu bieten. Eine solche Unterstützung, an sich gering, würde doch eine wesentliche Vermehrung des Monatsgehalts von 64 M. bedeuten, zudem die Lehrerinnen bei täglich 2—4 Unterrichtsstunden durch ungünstige Stundenpläne an Nebenverdienst gehindert sind. In einem starken Gegensatze zu diesem Elend steht die Thatsache, daß das Gehalt des Herrn Schulraths, das kürzlich um 3000 M. erhöht wurde, jetzt 15 000 M. beträgt; wie verlautet, steht diesem Herrn sogar eine abermalige Erhöhung des Gehalts bevor.

Die moderne Kunst gegen Dr. Lieber. Wie dem „Berliner Tageblatt" aus München berichtet wird, hat die Kritik, die Dr. Lieber an dem Stuck'schen Fries für das Reichshaus geübt hat, in den dortigen Künstlerkreisen eine starke Verstimmung hervorgerufen. Es sei der Gedanke aufgetaucht, korporativ Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen.

Die Berliner Messe für Fabrikate der Kurz-, Galanterie-, Spielwaaren-, sowie der keramischen und kunstgewerblichen Branche findet vom 9.—15. März im Meßausstellungs-Palast, Alexandrinenstraße 110, statt.

Der Flöther'sche Gesangverein von 1887 (M. d. A.-S.-V.) theilt uns mit, daß er mit dem gleichbenannten Verein, der in den gesperrten Germania-Sälen einen Maskenball abhält, nichts gemein hat.

Getheilter Schmerz ist halber Schmerz. Nach diesem Grundsatz haben sich trauernde Wittwen zu Vereinen zusammengethan. Die in diesen Zusammenkünften gemeinsam offenbarte Wehmuth muß der Polizei bedenklich erschienen sein, denn hiesige Blätter melden folgendes: Den sogenannten „Wittwenvereinen" widmet die Polizeibehörde in letzter Zeit besondere Aufmerksamkeit. Während die zuerst gegründeten Vereine dieser Art in der That nur harmlose Geselligkeitsvereine waren, scheint dies bei den jüngst entstandenen Vereinigungen gleichen Namens, die wie Pilze aus der Erde schießen, so daß fast jede Stadtgegend ihren Wittwenverein besitzt, weniger der Fall zu sein. Sie sollen an Stelle der früheren „Bekanntschaftszirkel" vielfach die Heirathsvermittelung pflegen oder auch eine andere, vom Strafgesetzbuch verbotene Art von Bekanntschaften vermitteln. Auch in den in jüngster Zeit gleichfalls mehrfach aufgetauchten „Wittwerklubs" sollen sich oftmals befremdliche Dinge abspielen. Kriminalbeamte in Zivil haben, wie verlautet, mehrfach Veranlassung genommen, sich solche Veranstaltungen etwas näher anzusehen. Jedenfalls soll den Wittwen- oder Wittwervereinigungen, die unlautere Nebenzwecke verfolgen, das Handwerk gelegt werden.

Zum Osterfest wird die Geltungsdauer der Rückfahrtkarten auf den preußischen und hessischen Staatsbahnen nach ministerieller Bestimmung derart verlängert werden, daß die Karten, die von dem zwölften Tage vor dem ersten Osterfeiertage ab gelöst werden, ihre Giltigkeit bis zum zwölften Tage nach diesem Festtage behalten. Demgemäß ist in diesem Jahre die Geltungsdauer der Rückfahrtkarten vom 21. März bis zum 14. April einschließlich ausgedehnt. Die Rückreise muß am 14. April mit einem bis 12 Uhr Nachts abgehenden Zuge angetreten sein und ohne Unterbrechung bis zur Zielstation beendigt werden.

78 Wehrpflichtige und 181 Reservisten bezw. Wehrleute, welche beschuldigt werden, ohne Erlaubniß der Militärbehörde ausgewandert zu sein in der Absicht, sich dem Heeresdienst bezw. der Kontrolle der Militärbehörden zu entziehen, werden jetzt von der königlichen Staatsanwaltschaft I Berlin bezw. dem königlichen Amtsgericht I Berlin öffentlich vor Gericht geladen, um sich dieserhalb zu verantworten. Sie werden schwerlich kommen.

Einen tödtlichen Ausgang hat jene Schießaffäre genommen, über die wir im Februar aus der Schumannstraße berichteten. Der Gymnasiast Johannes Müller, Sohn der verwittweten Frau Dr. Müller aus der Schumannstr. 17, der von einem Mitschüler einen Schuß in den Leib erhielt, ist nach schwerem Leiden an einer Verletzung des Magens und Darmkanals gestern gestorben.

Durch einen nichtswürdigen Bubenstreich wurden vorgestern Abend die Anwohner und Passanten der Brunnenstraße in der Nähe der Rheinsbergerstraße in Aufregung versetzt. Rohe Patrone hatten in die Geleise der Straßenbahn Platzpatronen gelegt, die durch die Räder eines Motorwagens zur Entzündung gebracht wurden. Durch den heftigen Knall und die starke Rauchentwickelung geriethen die Insassen des Wagens wie auch die Passanten in Schrecken, da man im ersten Augenblick glaubte, daß eine Explosion im Motorwagen stattgefunden habe.

Zeugen gesucht. Personen, die am Donnerstag Abend zwischen 6—6½ Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof (Stadtbahnperron) den Vorgang mit angesehen haben, bei welchem ein junger Mann, der sich für die Zulassung eines älteren Mannes zum Perron einlegte, die Treppe hinab und zur Wache befördert wurde, wollen ihre Adresse an Otto Sahr, Caprivistr. 21, einsenden.

Nahrungssorgen trieben vorgestern Nachmittag den Arbeiter Julius Ahlendorf aus der Friedenstr. 41 ins Wasser. Er hatte, wie er sagt, längere Zeit keine Arbeit und keine Aussicht mehr, mit seiner Familie durchzukommen. In der Verzweiflung wollte er seinem Leben ein Ende machen. Vorgestern Nachmittag ging er niedergeschlagen an der Fennbrücke längere Zeit auf und ab. Plötzlich stürzte er sich vor den Augen zweier Arbeiter ins Wasser. Den Zeugen des Vorfalles gelang es, den Lebensmüden mit dem Rettungsahn aus dem Wasser wieder herauszuholen. Sie übergaben ihn einem Schutzmann und dieser brachte ihn mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

Das Opfer eines Straßenbahnunfalles ist der 41 Jahre alte Militärpensionär Karl Hensel aus der Gitschinerstr. 61 geworden. Am Sonntag Abend um 8½ Uhr wollte er, von einem Spaziergange kommend, in der Gitschinerstraße vor dem Hause Nr. 57 den Fahrdamm überschreiten, hierbei wurde er von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn Zoologischer Garten-Schlesisches Thor angefahren und zu Boden geschleudert. Im Krankenhaus am Urban stellte man bei dem Verunglückten einen doppelten Schädelbruch fest. An diesem ist er gestorben. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Mit dem Fahrrad verunglückt ist Freitag Nachmittag der 31 Jahre alte Kaufmann Ludwig Sack aus der Kottbuserstraße 8. Beim Hinauffahren auf die Kottbuserbrücke gerieth sein Zweirad ins Rutschen und schlug um. Sack fiel mit dem Kopf auf die Bordschwelle des Bürgersteigs und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Ein Rünzel'scher Rettungswagen brachte den Verunglückten in das Krankenhaus am Urban.

Feuerbericht. Freitag früh erfolgte Alarm nach Landsberger Allee 2, wo ein Posten Brennmaterial eingeäschert wurde. Nachmittags gingen Alexandrinenstraße 33 in einer Spielwaarenfabrik Papplartons in Flammen auf. Donnerstag Abend brach Blumenstraße 39 in einem Masken-Verleihgeschäft Feuer aus, das zwar bald gelöscht werden konnte, das aber immerhin dem Geschäftsinhaber beträchtlichen Schaden verursachte. Schwedterstraße 5 war ein Zimmerbrand zu beseitigen, der Gardinen und Möbel beschädigte. Packmaterial und Papier hatte Kaiser Wilhelmstraße 8 Feuer gefangen. Kurzschluß an einem elektrischen Kabel verursachte ein Ausrücken der Wehr nach Alte Jakobstraße 35. Die Fälle, in denen Unfug an öffentlichen Feuermeldern verübt wird, nehmen in letzter Zeit überhand. So wurde auch in der Nacht zum Freitag der Melder Wichmannstraße 11a unbefugt gezogen und konnte der Thäter nicht ermittelt werden.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal-Nieder-Schöneweide. Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins wird bekannt gegeben, daß heute Abend eine Versammlung bei Senftleben stattfindet.

Für Mariendorf, Tempelhof und Marienfelde findet am Sonntag Mittag 1 Uhr, im Lokale des Herrn Preuß, Mariendorf, Chausseestraße, eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über: „Das Koalitionsrecht und die Arbeiter und die Zuchthausvorlage" sprechen wird. Bei dem Wind, der für unsere Ortschaften „aus einer anderen Luke" pfeift, ist es wohl nöthig, darauf hinzuweisen, daß die Parteigenossen der betheiligten Ortschaften vollzählig am Platze sein müssen.

Der Vertrauensmann.

Tempelhof. Der Bau der südlichen Vorortbahn wird hier gegenwärtig mit großem Eifer gefördert. Die Bahn soll dem Vernehmen nach im Laufe des Sommers dem Verkehr übergeben werden. Die Bahn erhält Anschluß an die Geleise der Großen Berliner Straßenbahn. In Schöneberg sind in der Kolonnen- und in der Tempelhoferstraße die Geleise der südlichen Vorortbahn schon fertiggestellt.

Als Gemeinde-Einkommensteuer hatte der Magistrat in Charlottenburg für das laufende Rechnungsjahr 100 pCt. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer vorgeschlagen. Die Stadtverordneten-Versammlung ermäßigte sie jedoch auf 97 pCt. Auch für das kommende Rechnungsjahr 1899 hat der Etats-Ausschuß der Versammlung wiederum beschlossen, den Zuschlag nicht höher als mit 97 pCt. dem Plenum vorzuschlagen. Da die Verminderung eine anderthalbfache Herabsetzung der Gemeinde-Realsteuern bedingt (der Gemeinde-Grundsteuer und des Gewerbesteuer-Zuschlags), so bedeutet diese Herabsetzung eine Verminderung der Einnahme der Stadtgemeinde um 150 000 M.

Von der Schöneberger Polizei wurde ein Vortrag des Professor Dr. Förster über: „Der Mord im Dienste der Wissenschaft" verboten. Während die Polizei als Grund die unterlassene Anmeldung angiebt, neigt man auf Seiten der Einberufer zu der Ansicht, daß in dem Thema der Grund der Inhibirung zu erblicken sei. (?) Der Vortrag soll nunmehr am 9. März gehalten werden.

Der Teltower Aerzte-Verein will diesen Sommer eine Besichtigung der Wilmersdorfer Schuleinrichtungen vornehmen.

Die Linie der Großen Berliner Straßenbahn Spittelmarkt-Halensee soll vom 1. April ab den 8 Minuten-Verkehr erhalten. Auch die Linie der westlichen Berliner Vorortbahn Zoologischer Garten—Wilmersdorf wird zweigleisig von diesem Zeitpunkt ab den 7½ Minutenverkehr (von Morgens 6¼ bis 11½ Uhr Abends) bekommen.

Friedrichshagen. Der Gemeindehaushaltsetat für 1899, welcher der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung vorliegt, bilanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 201 500 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 8800 M. Die Einnahme wird erzielt durch Reste aus Vorjahren mit 1500 M., gewerbliche Unternehmungen 28 034 M., Gebühren 995 M., indirekte Steuern 20 400 M., direkte Steuern 112 361 M., aus Kapitalien 13 904,95 M., aus Pachtungen 915 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamts-Verwaltung 2252 M., Schulverwaltung 7644 M., Armenverwaltung 155 M., Kurparkverwaltung 2100 M., Diverses 1239,05 M. Die Ausgabe erfolgt für Vorjahre mit 1500 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamts-Verwaltung 38 278,35 M., Schulverwaltung 65 224,40 M., Straßenpflasterung, Besprengung und Beleuchtung 20 834 M., Gesundheits- und Armenpflege 11 413 M., Feuerlöschwesen 1530 M., Baupolizei-Verwaltung 750 M., gewerbliche Unternehmungen 28 020 M., Kurparkverwaltung 1800 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeschulden 28 336 M., Diverses 3814,25 M.

Adlershof. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Ausbau der unregulirten Straßen. Es liegt dazu ein Anerbieten der Firma Zöller, Wolfers und Dräge vor. Danach können die Adjacenten solcher Straßen die Pflasterungsarbeiten fertiggestellt erhalten, wenn sie den vierten Theil der Kosten anzahlen und den Rest in einer fünf- bis zehnjährigen Periode abtragen. Die Gemeindevertretung ermächtigte den Gemeindevorsteher, sich mit der Firma in Verbindung zu setzen und fürs Erste einen umsonst herzugebenden Kostenanschlag einzufordern. Auf Antrag Wadepuhl wird diese Rücksprache auch noch auf die Entwässerung und Beleuchtung der Straßen ausgedehnt werden. Zunächst soll die Hellwigstraße und die Radickestraße gepflastert werden. Auf Antrag des Gemeinde-Kirchenraths wurden die Gebühren für Erhebung der Kirchensteuer von 5 pCt. auf 3 pCt. ermäßigt.

Wegen Entführung einer minderjährigen Berlinerin ist in Spandau am Donnerstag der Sohn eines angesehenen königlichen Beamten verhaftet worden. Seit vorigen Sonntag war die 15jährige Tochter Ella des Eisenbahn-Bauunternehmers Schw. aus der Rathenowerstraße in Berlin, ein für ihr Alter sehr kräftiges hübsches Mädchen, verschwunden. Die Eltern stellten zunächst in Kreisen der Verwandten und Bekannten Nachforschungen nach dem Verbleib des Kindes an. Am Donnerstag kam der Vater nach Spandau, wo eine ihm bekannte Familie wohnt. Kaum war er in Spandau eingetroffen, da sah er, daß ein junger Mann in Begleitung der Gesuchten soeben einen Eisenbahnzug besteigen wollte. In demselben Augenblick war aber auch das junge Mädchen seines Vaters ansichtig geworden und verließ schnell den Bahnhof. Der Vater veranlaßte nun zunächst die Verhaftung des jungen Mannes, eines 23jährigen Kaufmanns Namens Albert J. Später wurde das davongelaufene Mädchen in der Stadt gefaßt. Es hat sich nun herausgestellt, daß der Entführer, welcher auch Klavierspieler ist und der Tochter des Schw. vor einiger Zeit Unterricht gegeben hat, am Sonntag das junge Mädchen überredet hat, das elterliche Haus zu verlassen und ihm zu folgen. Seit Sonntag hat der Entführer sich mit dem Mädchen umhergetrieben und am Donnerstag war er nach Spandau gekommen, weil ihm sein Geld ausgegangen war. In Spandau wohnen seine Eltern; sein Vater ist Beamter einer königlichen Fabrik; ihnen war die That ihres Sohnes unbekannt. Herr Schw. hat seine Tochter alsbald wieder mit nach Berlin genommen; der Entführer sieht seiner Bestrafung entgegen.

Weißensee. Den Gemeinden des Kreises Niederbarnim, welche beim Bau des sogenannten Nordkanals zunächst in Frage kommen, sind seitens des Kreises Fragebogen zugesandt worden, in denen Aufschluß über den Handelsverkehr der einzelnen Gemeinden verlangt wird. Man glaubt hierdurch für das geplante Unternehmen mehr Stimmung zu machen und seine Rentabilität zahlenmäßig darthun zu können. Nach der Zurückgabe dieser Fragebogen wird den Gemeinden die mehr spezialisirte Bearbeitung des Projektes zugesandt werden. — Bei den Planirungsarbeiten am Lichtenberger Weg wurden am Donnerstag Mittag 75 Zentimeter unter der Erde zwei menschliche Skelette aufgefunden. Die eingeleitete Untersuchung soll ergeben, ob hier die Spur eines Verbrechens zu finden ist. Während das eine Skelett in polizeiliche Verwahrung genommen wurde, haben Diebe es fertig gebracht, das andere zu stehlen.

Rixdorf. In der letzten ordentlichen Gemeindevertreter-Sitzung berichtete zunächst Gemeindevorsteher Boddin über die Verhandlungen, die er mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft gepflogen hat, um eine dem außerordentlich großen Morgen- und Abendverkehr von und nach Rixdorf einigermaßen genügende Fahrgelegenheit zu erzielen. Die Verhandlungen hätten ein günstiges Resultat noch nicht ergeben. Das Berliner Polizeipräsidium mache tüchtig Gebrauch von den Befugnissen, die ihm das Kleinbahngesetz einräume, und genehmige nicht die Einstellung von Extra- oder Anhängewagen. Er habe sich deshalb beschwerdeführend an den Minister gewandt, ihm die mangelhaften Verkehrsverhältnisse dargelegt und ihm mitgetheilt, daß des Morgens zwischen ½6 und 8 Uhr an 3000 Personen ihres Erwerbes wegen den Weg von Rixdorf nach Berlin zurücklegen müssen.

Nach Erledigung einiger anderen Angelegenheiten verhandelte die Versammlung über die Entschädigungsansprüche des Rektors Zemke, des bisherigen Leiters der höheren Knabenschule, die bekanntlich in eine öffentliche Realschule umgewandelt wird. Die mit der Sache betraut gewesene Kommission schlägt vor, Herrn Zemke rund 4000 M. als einmalige und ausschließliche Abfindung zuzubilligen. Davon kämen ihm etwa 1700 M. vertraglich zu, die Zahlung des Uebrigen werde aus Billigkeitsrücksichten empfohlen. Während mehrere Vertreter dem Vorschlage zustimmten, erklärte sich Genosse Ostermann im Interesse der Steuerzahler damit nicht einverstanden. Herr Zemke habe nur in einem Privatverhältniß zur Gemeinde gestanden, es seien ihm deshalb höchstens 1700 M. auf Grund seines Vertrages zuzubilligen. Die Mehrheit entschied sich jedoch für den Kommissionsvorschlag.

An der Besoldungsordnung für die Handarbeits-Lehrerinnen in den Gemeindeschulen hat die Regierung gerügt, daß das Gehalt der einstweilig Angestellten nicht auf 700 M., sondern nur auf 640 M. normirt sei. Ferner verlangt die Regierung, daß die Ordnung rückwirkende Kraft haben solle bis zum 1. April 1897. Dazu theilt Herr Boddin noch mit, daß die in Frage kommenden sieben Lehrerinnen sich verpflichtet haben, für die Zeit vom 1. April 1897 bis zum 1. April 1899 keine nachträglichen Ansprüche zu stellen. Hierauf werden die gewünschten Abänderungen der Besoldungsordnung genehmigt. Es wird dann die Etatskommission gebildet, der es nicht nur obliegt, den Etat festzustellen, sondern auch in Gemeinschaft mit dem Gemeindevorstande eine ganze Reihe von Vorbereitungen für die zukünftige städtische Verwaltung zu treffen. Die Sozialdemokraten sind durch Netzerau und Ostermann in der Kommission vertreten. — Zum Schluß gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß das Rieselgut Waßmannsdorf in diesem Jahre einen Ueberschuß von etwa 30 000 M. ergeben werde, das heißt 25 000 M. mehr, als der Etat vorgesehen habe.

Aus Trebbin wird uns von parteigenössischer Seite berichtet: Nach ¾jähriger Sperre ist es uns gelungen, unser schon früher innegehabtes Lokal Rudolph's Gesellschaftshaus wieder frei zu bekommen. Das Lokal darf mithin von Arbeitern besucht werden. Hoffentlich thut die Trebbiner wie auch die Berliner Parteigenossenschaft alles, um den Versammlungsraum der Sozialdemokratie zu erhalten.

Gerichts-Zeitung.

Geradezu erschreckende Mißstände im Armen- und Krankenhause zu Weißensee hatte der Tischler Dähnert in einer Gemeindewähler-Versammlung zur Sprache gebracht. Er ist, weil seine Angaben nicht in allen Punkten zutreffend und auch in der Form für beleidigend erachtet wurden, vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Infolge der vom Angeklagten eingelegten Berufung fand am Freitag die Verhandlung vor der IV. Strafkammer des Landgerichts II statt. Dähnert gab

über die Wahrnehmungen, die er beim Besuch der genannten Anstalten gemacht hatte, folgendes an:

Die Aufenthaltsräume für die Armen befinden sich in einem halb unter dem Straßenniveau liegenden Keller. Es herrsche daselbst eine große Unreinlichkeit, der Schmutz habe so hoch gelegen, daß er sich die Hosen aufschlagen mußte. Die Insassen des Armenhauses seien mit Ungeziefer behaftet, sie hätten auch keine ordentliche Gelegenheit, sich zu reinigen, denn es sei nicht einmal ein Waschbecken vorhanden, und die Leute müssen sich mit Scherben behelfen, die sie auf Kehrichthaufen auflesen, um solche als Ersatz für Waschbecken zu benutzen. Ein Theil der Armenhausbewohner beschäftige sich mit Lumpensammeln, und trocknen die gesammelten Lappen auf der stark geheizten Kochmaschine, so daß infolge dessen ein geradezu unerträglicher Gestank in den Räumen herrschte und die Insassen nach der Wahrnehmung des Angeklagten fast betäubt waren, so daß man sie für betrunken hätte halten können. Das Essen hätten die Armen als sehr mangelhaft bezeichnet, es sei schlecht zubereitet, manchmal nicht gar gekocht und niemals schmackhaft. Der Angeklagte habe seine Wahrnehmungen zur Kenntniß des Gemeindevorstehers gebracht, es sei aber keine Abhilfe erfolgt, und deshalb habe er sich verpflichtet gefühlt, die Angelegenheit in der Gemeindewähler-Versammlung zu besprechen.

Ueber die Zustände im Krankenhause will der Angeklagte sich bei weitem nicht so abfällig geäußert haben. Die Angaben, die er nach der Aussage des Gendarmen in dieser Hinsicht gemacht haben soll, beziehen sich auf das Armenhaus.

Ueber die in der Armenanstalt herrschenden Zustände sagte eine Zeugin: Ihr Vater, der 1½ Jahre im Armenhause war, habe in seiner Leibwäsche sehr viel Ungeziefer gehabt. Anfangs habe sie versucht, den alten Mann, der sich nicht selber reinigen konnte, zu säubern, habe dann aber diese Versuche als nutzlos aufgegeben. Ein Arzt, der einmal zu einem Insassen des Armenhauses gerufen wurde, sagte als Zeuge aus: Das Zimmer, welches er gesehen, sei dem Anscheine nach längere Zeit hindurch weder gefegt noch gewischt worden. Aus Kratzspuren am Körper des Patienten sei zu schließen, daß dieser mit Läusen behaftet war.

Der Staatsanwalt bemerkte: Die Gemeinde Weißensee könne doch ihre Armen und Kranken **nicht in Palais** (!) unterbringen, und ihnen auch nicht eine Bedienung stellen, wie sie den Ansprüchen der gebildeten Klasse entsprechen. Für Reinlichkeit müßten die Armen selber sorgen. Der Angeklagte habe nur die Gemeindevertretung in Mißkredit bringen wollen. — Der Vertheidiger beantragte prinzipaliter Einstellung des Verfahrens mangels eines rechtsgiltigen Strafantrages. Im Uebrigen habe der Angeklagte berechtigte Interessen vertreten, und sollte er auch hinsichtlich einzelner Aeußerungen im Eifer der Rede ein wenig übertrieben haben, so rechtfertige sich doch nicht das hohe Strafmaß der ersten Instanz. — Der Gerichtshof beschloß, die Entscheidung erst in 8 Tagen zu fällen.

Vier Parteigenossen aus Rixdorf sollten sich einer Sonntagsentheiligung dadurch schuldig gemacht haben, daß sie in der Gegend von Beeskow während der Wahlzeit an einem Sonntage sozialdemokratische Wahlflugblätter vertheilten. Die Anklagebehörde stützte sich auf eine Polizei-Verordnung vom 5. Oktober 1896, wonach alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten an Sonn- und Feiertagen vom Beginn des Hauptgottesdienstes ab verboten sind. Schöffengericht und Landgericht sprachen die Angeklagten frei. Das Landgericht führte zur Begründung seines Urtheils folgendes aus: „Der als Zeuge gehörte Gendarm habe die Zettelvertheiler nur aus den Häusern und Gärten herauskommen sehen und nicht bekunden können, daß sie auf der Straße Zettel vertheilt hätten. Auch sei die Flugblattvertheilung ohne alles Geräusch vor sich gegangen. Im übrigen könnten als Arbeiten im Sinne der Polizeiverordnung doch nur Thätigkeiten gelten, die Zwecken des Erwerbes dienten. Ein solcher Zweck sei aber im vorliegenden Falle nicht anzunehmen, da nichts dafür spreche, daß die Flugblattvertheiler eine Bezahlung erhielten oder erwarteten. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob indessen der Strafsenat des Kammergerichts das landgerichtliche Urtheil wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Der Präsident führte aus, das Landgericht habe zu Unrecht angenommen, daß unter „Arbeit" nur eine Thätigkeit zum Zwecke des Erwerbes zu verstehen sei. Auch das unentgeltliche und nicht gewerbsmäßige Vertheilen und Herumtragen von Druckschriften sei als Arbeit anzusehen. Die Verordnung vom 5. Oktober 1896 sei deshalb dann anwendbar, wenn jene Thätigkeiten an einem Sonntage so vorgenommen worden seien, daß man sie öffentlich hätte bemerken können. Ob dies der Fall gewesen sei, müsse das Landgericht nachprüfen.

Hiernach scheint man nicht allein in Sachsen dies gesetzliche Recht der Flugblattvertheilung an Sonntagen mit Polizeigesetzen durchlöchern zu wollen. Es wird hohe Zeit, daß der Reichstag hier einmal ein ernstes Wort spricht.

Welch fragwürdige Bedeutung die Anzeigen untergeordneter Polizeiorgane zuweilen haben, davon zeugte ein Vorfall, der am Freitag vor der 4. Strafkammer am Landgericht II zur Sprache kam. Es handelte sich um den Versuch der Befreiung eines Gefangenen, dessen sich der Angeklagte Hilmar Friedel schuldigt gemacht haben sollte, als der Nachtwächter Gansar in Friedenau mit einem Arrestanten auf dem Wege zur Wache sich befand. Es steht fest, daß bei jener Gelegenheit eine Anzahl von Personen den Wächter bedrängten, und daß auf dessen Nothsignal der Amtsdiener Oehming hinzukam. Der Wächter Gansar hat eine Anzeige erstattet, in der er ganz bestimmt den Angeklagten und dessen Bruder als diejenigen bezeichnete, die sich als Haupträdelsführer bei der Gefangenenbefreiung betheiligt haben. Vor Gericht sagte der Wächter dagegen, daß er den Angeklagten überhaupt nicht als an dem Vorfall betheiligt bezeichnen könne, sondern daß seine Angabe sich nur auf den Bruder desselben, der gegenwärtig Soldat ist und deshalb nicht vor Gericht steht, beziehe. Noch verwunderlicher als die Anzeige des Wächters ist die Angabe, die der Amtsdiener Oehming erstattet hat. Auch dieser Beamte hat, wie ihm der Vorsitzende des Gerichts vorhielt, in seiner schriftlichen Anzeige die beiden Brüder Friedel ganz bestimmt als Hauptattentäter bezeichnet. Als Zeuge vernommen, sagte der Amtsdiener, er sei nur wenige Minuten bei dem fraglichen Vorfall anwesend gewesen und könne keine bestimmte Person als Betheiligte angeben. Auf die Vorhaltung, wie er denn dazu gekommen sei, in seiner Anzeige gegentheilige Behauptungen aufzustellen, sagte der Beamte, er habe zuerst eine Anzeige erstattet, in der er keine bestimmte Person angegeben habe. Später seien dann die Brüder Friedel als Thäter ermittelt worden, und dann habe der Wachtmeister die ursprüngliche Anzeige des Amtsdieners abgeändert und letzteren veranlaßt, die Anzeige in der vorliegenden Form zu erstatten. Auf Grund der Angaben der Beamten ist das Strafverfahren gegen den Angeklagten eingeleitet, er ist aber in erster Instanz freigesprochen worden. Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt, dieselbe aber nach der völlig negativen Beweisaufnahme vor der Strafkammer zurückgezogen.

Zu dem Bericht über die Prozeßsache Stephany-Strehlke wünscht Rechtsanwalt Jonas die Richtigstellung, daß Professor Fechner und er selbst die über Herrn Duntz umlaufenden Gerüchte dem Vorstande des Vereins „Berliner Presse" nicht „unterbreitet", sondern lediglich auf das Ersuchen eines Vorstandsmitgliedes des Vereins Berliner Presse diesem Herrn die erbetene Auskunft ertheilt haben. — Herr Richard Schott ersucht uns um die Feststellung, daß Herr Duntz die Klage gegen ihn überhaupt nicht — also auch nicht mit Rücksicht auf die Anwendbarkeit des § 193 — „zurückgezogen" habe, sondern im Termin nicht erschienen sei und dadurch die Einstellung des Verfahrens bewirkt habe.

Blinder Eifer schadet nur. Aus Halle wird uns vom 2. März berichtet: Am Tage der Stichwahl zum Reichstage hatte der stud. agro. Friedrich Gaul auf der elektrischen Bahn ein Gespräch der Polizeibeamten Hirsch und Godeleid belauscht und dann den beiden Sergeanten die Worte „Sie als alte Soldaten stimmen auch für Kunert" entgegengerufen. Die Beamten legten auf die Aeußerung keinen Werth und erwiderten nichts, worauf der Angeklagte in seinem Eifer für den „Ordnungskandidaten" Dugend nach der Wache lief und dort bei dem Kommissar Grosse gegen die Beamten Anzeige wegen sozialdemokratischer Umtriebe erstattete. Der ordnungsliebende Student wurde heute deshalb vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Beamten zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt, denn die „sozialdemokratischen Umtriebe" der Beamten bestanden nämlich darin, daß sie sich gegenseitig mitgetheilt hatten, Kunert habe mehr Stimmen wie Dugend erhalten.

Der frühere städtische Steuererheber Adolph Sturmheit hatte sich gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I wegen Unterschlagung im Amte zu verantworten. Der Angeklagte war geständig. Er gab an, daß er seit etwa drei Jahren beim Magistrat mit einem Gehalte von etwa 2000 M. angestellt war. Seine Frau sei fortwährend von Krankheiten heimgesucht worden und dies habe ihn nach und nach in seinen Verhältnissen so zurückgebracht, daß er im Herbste vorigen Jahres nicht mehr gewußt habe, wie er seinen dringendsten Verpflichtungen nachkommen sollte. Da habe er sich denn verleiten lassen, von den für den Magistrat eingezogenen Beträgen nach und nach gegen 1000 M. für sich zu verbrauchen. Da er eine Kaution in Höhe von 1500 M. hinterlegt habe, so sei seiner Behörde ein Schaden nicht zugefügt worden. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu, worauf derselbe zu einer Gefängnißstrafe von 8 Monaten verurtheilt wurde.

Versammlungen.

In Groß-Lichterfelde fand am 1. März eine öffentliche Maurer-Versammlung statt, die sich hauptsächlich mit den bisherigen Ergebnissen der Lohnbewegung beschäftigte. Referent Wilke theilte im Laufe seiner Ausführungen mit, daß bereits eine größere Anzahl Bauunternehmer die Forderungen der Maurer bewilligt hätten und der fernere Verlauf der Bewegung bei festem Zusammenhalten der Kollegen sich günstig gestalten werde. Die Lohnkommission wurde beauftragt, mit den Unternehmern, die bisher noch nicht bewilligt hätten, nochmals zu verhandeln. In der Debatte wurde das Verhalten der bei der Firma Wessel u. Burchardt auf dem Richter'schen Bau Wilhelmstraße beschäftigten Maurer einer scharfen Kritik unterzogen. An Stelle der ausscheidenden Lohnkommissions-Mitglieder Wille und Schmidt wurden Rutt und Müller, als Vertrauensmann Ball und als Revisor Richter gewählt. Beschlossen wurde, den Lohnkommissions-Mitgliedern für den Fall der Maßregelung eine Entschädigung in der Höhe des vollen Lohnes während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit zu bewilligen. Ein Antrag auf Erhöhung des wöchentlichen Beitrages wurde vorläufig abgelehnt. Unter „Verschiedenes" fanden eine Reihe Angelegenheiten persönlicher Natur ihre Erledigung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. März, Vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr Vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Nicht Pflicht, sondern Freude". Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für Stralsund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 5. März, Vormittags 10 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstraße 35/36: Vereinssitzung. Gäste willkommen.

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Vortrag. Damen haben Zutritt.

Bildungsverein „Mehr Licht". Morgen, Sonntag, Abend 7½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Vortrag des Genossen Rosenow über: „Die bürgerliche Gesellschaft und der Sozialismus".

Verein der Buchdrucker und Schriftgießer für Rixdorf-Brtz. Sonntag, den 5. März, Nachm. 1 Uhr: Vereinsversammlung in der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 2.

Adlershof. Am Sonntag, den 5. März, Nachm. 4½ Uhr, findet im Lokal von Schmauser, Bismarckstr. 16, eine Holzarbeiter-Versammlung statt. Großer Lichtbilder-Vortrag des Naturheilkundigen Herrn Grundmann über: „Ein Blick in das Innere des Menschen". Frauen haben Zutritt; auch die Angehörigen anderer Gewerkschaften sind freundlichst eingeladen.

Vermischtes.

Zu den Kosten des Gesang-Wettstreits deutscher Männer-Gesangvereine bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung zu Kassel einen Beitrag von 150 000 M., sowie zwei Ehrenpreise aus städtischen Mitteln.

Auf der Konkordiagrube bei Zabrze wurden der Häuer Nagoll und der Bergpraktikant Kirschnick durch Zusammenbrechen eines Pfeilers erschlagen.

Ein Zahlmeister, der das Glück korrigirt. Dem „Niederschlesischen Anzeiger" zufolge wurde in Sagan ein Falschspieler, der Zahlmeister-Aspirant B. verhaftet. B. soll bei dem Spiel „lustige Sieben" seine eigenen, nur mit Fünfen und Zweien versehenen Würfel benutzt haben, wenn es sich um hohe Einsätze handelte. Wohl an 30 Herren sollen an B. namhafte Beträge, 1500 Mark, 1000 Mark 2c. verloren haben. Auf der Bank, so erzählt man, hat B. ca. 20 000 Mark erspielte Gelder angelegt und eine ebenso hohe Summe in unterzeichneten Wechseln bei sich geführt.

Der fidele Pastor. Wie der „M. Z." aus Breslau gemeldet wird, ist dort am 1. d. M. der wegen Unterschlagung von Kirchengeldern flüchtige Pastor Bethge aus Polgsen bei Wohlau in einem Spezialitätentheater verhaftet worden.

Heldenthat eines österreichischen Offiziers. In Pola gerieth am Mittwoch der Zirkusbesitzer Viktor, ein Reichsdeutscher, mit dem österreichischen Marine-Offizier Lenz wegen ihrer Hunde auf der Straße in Streit. Der Offizier versetzte dem anderen einen Säbelhieb über den Kopf und verwundete ihn schwer. Der Fall wurde dem deutschen Konsul in Triest gemeldet.

Fälschungen im Betrage von etwa fünf Millionen Mark soll der frühere Direktor der Londoner Millwall-Dock-Company, Oberst George Raymond Birt, der jetzt flüchtig ist, begangen haben.

Ueber die neue Schiffskatastrophe, die den Dampfer der Dominion-Linie „Labrador" bei der Insel Mull (Schottland) betroffen hat, liegen noch folgende Nachrichten vor: Der Dampfer „Labrador" hatte am 21. Februar Halifax mit der Kanadischen Post an Bord verlassen, um nach Liverpool zu segeln. Donnerstag früh gegen sieben Uhr, als die meisten Passagiere noch in den Betten lagen, rannte er in dichtem Nebel auf die Mckenzie-Felsen auf. Unter den Frauen und Kindern brach eine furchtbare Panik aus und nur der bewundernswürdigen Ruhe des Kapitäns Erskine und den Anstrengungen seiner Mannschaften gelang es, ein furchtbares Unglück abzuwenden. Acht Boote wurden in bester Ordnung flott gemacht, und Alles verließ das Schiff. Die Post wie die Ladung und das Passagiergepäck mußte aufgegeben werden, da das Schiff sehr schnell sank. Nach dreistündiger Fahrt auf dem Meere trafen die Boote das deutsche Schiff „Viking", welches nach Norwegen unterwegs war. Kapitän Hemland hielt das Schiff sofort an, und obwohl die See sehr hoch ging, gelang es dem Muth und der Ausdauer des braven Kapitäns und seiner Mannschaft, die sämmtlichen Insassen von sieben Booten wohlbehalten an Bord des „Viking" zu bringen und später in Tobermory auf der Insel Mull zu landen. Das achte Boot mit zwölf Insassen hatte inzwischen den Leuchtthurm von Skerryvore erreicht und war dort glücklich gelandet. Unter ihnen befand sich auch der frühere Vertreter Aguinaldo's in Washington, Agoncillo, der bei Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Philippinos und den Amerikanern nach Kanada geflüchtet war und sich nun nach England begeben wollte. Der Leuchtthurm von Skerryvore befindet sich auf einem einzelnen Felsen zwölf Meilen vom Lande entfernt. Der Sturm und der Seegang haben sich gesteigert und alle Verbindung mit dem Leuchtthurm ist unterbrochen, sodaß Agoncillo und die übrigen Passagiere auf unbestimmte Zeit dort zurückgehalten werden.

Etwas für preußische Religionspflege. In den Volksschulen von Russisch-Polen, so lesen wir im „Boten a. d. R.", ist auf Befehl der russischen Regierung bei dem vierten Gebot „du sollst Vater und Mutter ehren" folgender Zusatz gemacht: „— und dem regierenden Monarchen und seinen Beamten Achtung und Gehorsam erweisen". — Die Regierungsverfügung fordert die Lehrer auf, streng darauf zu achten, daß dieser Zusatz von den Schülern gelernt und stets gesprochen wird. Solches Christenthum muß auch bei uns zu Lande mächtig imponiren. In Preußen-Deutschland wäre es übrigens zeitgemäß, wenn die Ehrung außerdem noch auf den „Brotherrn" von Vater und Mutter ausgedehnt würde.

Witterungsübersicht vom 3. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	760	WNW	6	bedeckt	6	Haparanda	757	Still		Nebel	—24
Hamburg	764	W	2	bedeckt	5	Petersburg	754	NW	1	heiter	—20
Berlin	763	WNW	4	heiter	5	Cork	770	N	2	wolkig	6
Wiesbaden	769	Still		bedeckt	5	Aberdeen	759	WSW	4	wolkig	8
München	769	SW	2	wolkenl.	2	Paris	769	N	2	Nebel	—3
Wien	765	WNW	3	bedeckt	7						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 4. März 1899.

Ein wenig kühler, ziemlich trübe und regnerisch bei frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser herzensguter Sohn und Bruder, der Barbier

Albert Gross

Weinstr. 22, am 2. März an der Nierenentzündung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain aus nach dem Pius-Kirchhof statt. 15128

Die tiefbetrübte Mutter u. Geschwister.

Freie Vereinigung selbst. Barbiere, Friseure 2c.

Berlins und Umgegend.

Am Donnerstag, den 2. März, verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Albert Gross.

Sein biederer Charakter wird ihm stets ein ehrendes Andenken bei seinen Kollegen sichern. 15135

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, präzise 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain aus nach dem Pius-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.

Todes-Anzeige.

Am 8. d. M. verstarb nach langem Leiden der Schuhmachermeister

Adolf Böttcher

Mitglied des Rauchklubs „Blauer Dampf", im Alter von 56 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. Mts., vom Trauerhause, Wiesenstr. 35, aus nach dem Pauls-Kirchhofe, Seestraße, statt.

J. A.: R. Tischer.

Am 1. März verschied nach schwerem Krankenlager meine geliebte Frau, unsere Mutter und Schwester

Alma Scharnow

geb. Kapprolatis.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, Nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Demminerstr. 30, aus nach dem Kirchhof der Zionsgemeinde in Weißensee statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

4. Abänderung zu dem Statut der Orts-Krankenkasse des Maurer-Gewerbes vom 12. Februar 1894.

Bei § 15 ist anzuschließen:

„Dem Vorstande steht das Recht zu, freiwillige Kassenmitglieder, welche sich nicht im Kassenbezirke aufhalten, im Erkrankungsfalle auf Grund des § 57a des Krankenversicherungs-Gesetzes einer in diesem Paragraphen bezeichneten Krankenkasse zu überweisen.

In solch. Fällen wird d. anderthalbfache Krankengeld nicht gewährt, sondern kommen die im § 13 des Kassenstatuts bezw. die im § 57a des Kranken-Versicherungs-Gesetzes getroffenen Bestimmungen in Anwendung."

§ 56 erhält nach Ziffer 12 folgenden Zusatz:

„Ziffer 13: Beschlußnahme über Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundeigenthum, sowie über eine hierdurch bedingte Aufnahme v. Darlehn."

Die vorstehende vierte Abänderung des Kassenstatuts tritt mit dem Montag nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft. 14785

Berlin, den 17. November 1898.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse d. Maurergewerbes zu Berlin.

A. Daehne, Vorsitzender. E. Simanowski, Schriftführer.

Genehmigt:

Berlin, den 2. Februar 1899.

Der Bezirks-Ausschuß.

Kayser.

Restaurant Wilhelmsberg

Trinkaus' Ballsalon

Sonntag, den 5. März 1899:

Großes Schlachtefest,

wozu ergebenst einladet G. Trinkaus.

Masken-Costume

verleiht billigst

Fr. C. Frommholz,

Elsasserstr. 78, Ecke Ackerstr.

Meine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas von 1 Mk. 50 ab. [1068*L

GENERAL-Fundbureau, Charlottenstr. 93.

Ein Vermögen

kann sich ein tüchtiger Mann erwerben durch selbständigen Betrieb eines Geschäftes. Anlage 40 Mark. Auskunft gratis von **C. H. Weisser**

Hannover, Cellerstr. 21.

Möbel u. Polsterwaaren, all u. neu, verkauft zu billigsten Preisen **B. Kloster,** Frankfurter Allee 103.

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Umstände halber verkaufe meine **Schankwirthschaft** mit anschließender Wohnung und **voller Schankkonzession** sofort oder z. 1. April. Im Hause **Böttcherei, Schmiede, Speditions-Fuhrwerk.** Volle Schank-Konzession wird d. Käufer zugesichert. **R. Waclawiak,** Schankwirth, **Frankfurter Allee 150.**

Grünkramgeschäft, Rolle, Holz, Kohlen, sof. z. verk. Stalitzerstr. 22.

Bierverlag, 6 Jahre erfolgr. betrieben, Umstände halber **verkäuflich** Chorinerstr. 18. 14986*

Wirthschaft, umzugshalber spottbillig, Langestr. 10. Thiele.

Schlafsopha, Spind, Tisch, Stühle, Spiegel, Gaskrone, Fahrrad, Betten, Küchenmöbel spottbillig verkäuflich Waldemarstr. 27, vorn 1 Tr.

Arbeitsmarkt.

Barockvergolder.

Einige Barockvergolder oder Vergolderinnen finden dauernde Beschäftigung, auch außer dem Hause, bei **Gersdorf u. Brandenburg,** 50/12 **Pasing b. München.**

Walzer verlangt [15215 **Deutsch & Lachmann,** Büschingstr. 4.

Buchbinder für Galanterie-Artikel für dauernde Arbeit verlangt 50/11 **Jean Fäßig,** Oranienstr. 151.

2 Farbigmacher verlangt **Loose,** Wienerstr. 57a. 15115

Tüchtige Steinmetzen für Bau und Platy (Marmor) können sich melden. **Wendler,** Teltowerstraße 53. 15105

Als **Vertreter,** zugleich Kassirer suche Angestellte — Arbeiter großer Betriebe auch auswärts. Lohnender Nebenverdienst. Offerten unter **Z. 9** an die Exped. d. „Vorwärts". [15145

Steinnussknopf-Färber.

Wir suchen f. unsere Steinnußknopf-Fabrik in **Dtsch.-Böhmen** einen tücht. **Färber;** derselbe muß sowohl in der uni Färberei als auch in d. Spritzerei durchaus selbständig u. zuverlässig sein. Meld. mit Gehaltsansprüchen erbitten **Weiss & Rach Nachfolger** in **Schlaggenwald** i. Böhm.

Mamsells a. beff. Jackett verlangt 14255 Köpnickerstr. 8, v. III. r.

Gehülfe Kartonarbeiterinnen verlangt sofort Kartonfabrik Markusstraße 50. 10622*

Lehrmädchen

zur Erlernung der Blumen- und Federfabrikation sucht [14755 **Breitbarth,** Neue Jakobstr. 12.

Tändelschürzen.

Tüchtige Arbeiterinnen, auch Lehrmädchen verlangt **Pfützner,** Ritterstraße 126, v. 4 Tr. 15015

Plätterin verlangt Adolfstraße 6 (im Laden). 15085

Schneider mit großer Arbeitskraft, für feine Damenjackets, verl. **Kätscher, Krause & Co.,** Kronenstr. 29. [15035

Lehrmädchen

auf Fantasiefedern gegen sofortige Vergütigung verlangt. 15025

Josef Schreyer, Hollmannstr. 17.

Kinderhütchen-Arbeiterinnen, die Post liefern können, desch. dauernd **Fränkel,** Seydelstr. 24.

Lehrmädchen

auf Phantasiefedern gegen sofortiges Gehalt sucht **Leonhardt,** Ritterstraße 41. 14855*

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Literarische Rundschau.

Zur Kassenarztfrage.

Landmann, Dr. F.: Die Lösung der Kassenarztfrage. Elberfeld, Buchdruckerei Grimpe. 1898. 56 S. Preis 1 M.

Astor, Joh. Bapt.: Zur Geschichte und Statistik der freien Arztwahl in Berlin. Berlin, Siemenroth u. Troschel. 1899. 157 S.

Dr. Fischer: Kassenärzte oder freie Arztwahl? Eine Aufklärungsschrift. Remscheid, Gottl. Schmidt. 31 S. Preis 50 Pf.

Die weitverbreitete Anschauung, daß dem Reichstag demnächst eine Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz beschäftigen wird, hat eine umfangreiche Literatur über dies Gesetz hervorgerufen. Einen Hauptdiskussionspunkt bildete dabei die Kassenarztfrage, welcher sich namentlich nach den Aufsehen erregenden „Aerztestreiks" in Barmen und Remscheid das allgemeine Interesse zuwandte. Bei der Bedeutung, welche ein vernünftiges Kassenarzt-System für die Krankenkassen-Mitglieder, d. h. für die Arbeiter hat, erscheint es angezeigt, an dieser Stelle die Haupterscheinungen der diesbezüglichen Literatur einer Besprechung zu unterziehen.

Die Broschüre Landmann's: „Die Lösung der Kassenarzt-Frage", über welche der „Vorwärts" bisher keinen Bericht gebracht hat, soll dabei mit besprochen werden, obwohl sie älteren Datums ist. Dies ist schon deshalb nothwendig, weil ohne Kenntniß der L.'schen Anschauungen weder die Vorgänge in Barmen und Remscheid, noch auch die Fischer'sche Schrift verständlich sind.

Landmann ist selbst Arzt; er hat aber — soweit bekannt — die Ausübung dieses „an sich schönen und humanen Berufs" seit Jahren aufgegeben und ist jetzt Inhaber und Leiter eines „medizinischen Waarenhauses für Krankenkassen" und eines „Bureaus für die Medizinalangelegenheiten der Krankenkassen" zu Elberfeld. Beide Institute dienen dem gleichen Zwecke, den Krankenkassen „bei ihren auf die Vermeidung aller unnöthigen Ausgaben bei der Krankenbehandlung gerichteten Bemühungen" an die Hand zu gehen.

In derselben Richtung bewegt sich auch der in der vorliegenden Schrift entwickelte Vorschlag zur Lösung der Kassenarztfrage. Die Krankenkassen haben das zwiefache Interesse, ärztliche Hilfe möglichst billig und in möglichst guter Qualität (Beschaffenheit) zu erhalten. Zu den Gründen, welche bisher der Erreichung des ersten Punktes — der Billigkeit — hinderlich gewesen sind, zählt Verfasser die Ueberfüllung des ärztlichen Berufes (!), und die Belastung der Aerzte mit mancherlei Geschäftsunkosten, welche dadurch besonders hohe werden, daß das Gewerbe des Arztes der freien Konkurrenz unterliegt (?) und daß die wirthschaftliche Form, unter der das Gewerbe ausgeübt wird, die des Zwergbetriebes ist. Das Bestreben, ärztliche Hilfe in möglichst guter Qualität zu beschaffen, darf, nach Ansicht von L., nicht dazu führen, möglichst viele Aerzte zur Kassenpraxis zuzulassen und so, womöglich jedem Kranken „den Arzt seines Vertrauens" zur Verfügung zu stellen; denn die Redensart, daß das Vertrauen zum Arzte der Heilung des Kranken förderlich sei, erklärt der Verfasser für demagogisches Geflunker. Die Anstellung einer möglichst großen Zahl von Kassenärzten erscheint schon deshalb nicht geeignet, weil „die offizielle Staatsmedizin, speziell die Lehre von der Heilbarkeit der Krankheiten vermittelst Arzneien, bei Lichte besehen nichts als ein häßliches überlebtes Zwitterding von Irrthum und Täuschung" ist, und daher das System der arzneilichen Krankenbehandlung nirgends weniger angebracht ist, als in der Kassenpraxis.

Um hier Wandel zu schaffen, empfiehlt Verfasser den Kassen ein Arztsystem, welches er als das der „beamteten Kassenärzte" bezeichnet; es soll den anzustellenden Aerzten, gegen Gewährung eines auskömmlichen Jahresgehalts und eines längeren Kontraktes, die Verpflichtung auferlegt werden, sich ausschließlich der Behandlung der Kassenmitglieder zu widmen, und es soll demgemäß nur eine beschränkte Zahl von Aerzten angestellt werden, von welchen dann jeder eine verhältnißmäßig große Zahl von Kassenmitgliedern — Verfasser rechnet 3000—4000 Personen auf den Arzt — zu behandeln hätte. Da unter solchen Verhältnissen der Kassenarzt keine anderen Rücksichten zu nehmen brauchte, als die, welche Pflicht und Gewissen ihm auferlegen, erwartet L. von diesem System Verminderung der Arzneikosten, Minderausgabe an Krankengeld infolge Erschwerung der Simulation u. s. w.; auch für die Entwickelung der Sozialhygiene würden diese beamteten Kassenärzte in ganz anderer Weise wirken können, als die heutigen Aerzte.

Einen weiteren Fortschritt in der Krankenfürsorge durch Verbilligung und Verbesserung der Behandlung verspricht sich L. von der Umwandlung der bisherigen Zwergbetriebe in einen Großbetrieb, d. h. von der Zusammenlegung der Sprechstunden sämmtlicher Aerzte in eine Zentrale (bei sehr großen Kassen in mehreren) oder Poliklinik. In dieser soll gleichzeitig die Ausgabe der dem freien Verkehr überlassenen Medikamente, Verbandsstoffe u. s. w. erfolgen, und es können ferner gewisse Heilmittel — Bäder u. dgl. — bei geeigneten Einrichtungen dort billiger und bequemer beschafft werden als gegenwärtig.

Dies ist in kurzen Zügen der wesentliche Inhalt von L.'s Schrift. Sein Vorschlag, nur eine verhältnißmäßig kleine Zahl beamteter Aerzte anzustellen, steht und fällt mit der Richtigkeit des Satzes, daß das Vertrauen zum Arzt für die Heilung des Kranken bedeutungslos sei. Die Aerzte nun — gleichgiltig welcher Schule sie sonst angehören, wenn sie nur ihrem Berufe selbst treu geblieben sind — werden diese Behauptung einmüthig und entschieden bestreiten.

Bei näherer Betrachtung werden sich aber auch die Kranken selbst zum großen Theile als durch dieses „demagogische Geflunker" beeinflußt erweisen; sie bekunden dies wenigstens täglich dadurch, daß sie, im Falle ernsterer Erkrankung, sich nicht an den ersten Besten, sondern womöglich an solche Aerzte wenden, zu welchen sie auf Grund persönlicher Erfahrungen oder der Empfehlung dritter Personen besonderes Vertrauen haben. Wird somit die Richtigkeit des L.'schen Satzes weder von den Aerzten, noch von den Kranken anerkannt, so kann natürlich auch die Beschränkung der Aerztezahl nicht als eine Qualitätsverbesserung der ärztlichen Leistung, sondern als eine Verschlechterung angesehen werden; denn den einzelnen Mitgliedern wird es um so seltener gelingen, den „Arzt ihres Vertrauens" zu finden, je beschränkter die Zahl der Aerzte ist.

Daß L. den Einfluß, welchen das Vertrauen zum Arzt auf die Heilung des Kranken hat, ganz leugnen zu können glaubt, hat seinen Grund in den medizinischen Anschauungen, welche er in dieser Schrift entwickelt. Er stellt unter Anderm den Satz auf, „daß speziell die erwähnten inneren Krankheiten lediglich als der natürliche Ausdruck der Thatsache anzusehen sind, daß die davon Heimgesuchten diejenigen Existenzbedingungen entbehren müssen, deren sie zum Gesundbleiben bedürfen." Wird hier unter „Existenzbedingungen" die Summe aller der Verhältnisse verstanden, welche auf den Verlauf des Lebens von Einfluß sind, — also: Körperverfassung, wirthschaftliche Verhältnisse, Einfluß der Krankheitserreger u. s. w. — so ist gegen den Satz nur das eine einzuwenden, daß in ihm dieselbe tiefe Weisheit Ausdruck findet, welche bei Reuter Onkel Bräsig in die Worte faßt: „Die Armuth kommt von der Poverieh". Wird aber — was nach dem Zusammenhange wahrscheinlicher ist — unter „Existenz" nur die wirthschaftliche Existenz verstanden, so kann der Satz in der Ausdehnung, welche ihm L. giebt, nicht als richtig anerkannt werden; es giebt zweifellos eine ganze Reihe von Krankheiten, von denen es — trotzdem die Ursachen derselben vielfach noch unbekannt sind — mehr als unwahrscheinlich ist, daß sie mit den „heutigen Daseinsbedingungen" zusammenhängen.

Auf diesem Satz baut sich dann aber weiter die Behauptung auf, daß „von einer Heilung derselben (nämlich dieser inneren Krankheiten) mit Arzneien gar nicht die Rede sein kann." Daß L. selbst hiervon überzeugt sein mag, sei nicht bestritten. Aber das muß bezweifelt werden, daß es ihm gelungen ist, oder überhaupt gelingen kann, Laien — d. h. Nicht-Aerzte — zu überzeugten Anhängern seiner Anschauung zu machen.

Gläubige, die ihm folgen und sein System annehmen, wird er zweifellos finden, aber diesen wird eine erdrückende Mehrheit anderer gegenüberstehen, welche an die Wirksamkeit der Arzneimittel oder überhaupt der Behandlung glauben. Und allen diesen Andersgläubigen die Ansicht von der Unwirksamkeit der Arzneien aufnöthigen, sie zwingen, sich in Krankheitsfällen, trotz ihrer abweichenden Anschauung, von einem Arzte der Landmann'schen Schule behandeln zu lassen, das wäre ein Akt der Unduldsamkeit, welcher den Vergleich mit den Thaten der religiösen Intoleranz nicht zu scheuen brauchte.

Mit dieser Intoleranz stimmt gar nicht überein, daß L. es für eine selbstverständliche Aufgabe größerer Krankenkassen erklärt, „den von den allopathischen Aerzten heftig befehdeten Homöopathen und Naturärzten eine Freistadt zu schaffen. Der Versuch, hierdurch die Anhänger dieser Richtungen für die „Lösung der Kassenarztfrage" einzufangen, erscheint nicht sehr aussichtsvoll, weil er zu durchsichtig ist. Mit dem System der Bezirksärzte, von denen jeder die bettlägerigen Kranken eines Reviers allein versorgen soll, verträgt sich die Anstellung von Aerzten verschiedener medizinischer Richtungen in keiner Weise. Oder soll etwa die Lage der Wohnung der bettlägerigen Kranken allein dafür entscheidend sein, ob er allopathisch oder homöopathisch, ob nach Kneipp oder nach Glünicke behandelt wird? Nein, mit dem ganzen System verträgt sich nur die Anstellung von Aerzten, die auf Landmann's Lehre von der Unwirksamkeit jeder Behandlung eingeschworen sind.

Also eine Qualitätsverbesserung kann auch in dieser Hinsicht das System Landmann nicht bringen. Aber auf die kommt es ja eigentlich überhaupt nicht an. Denn wenn man annimmt, daß die vorbeugende und heilende Thätigkeit des Arztes „bei den gegenwärtigen wirthschaftlichen und sozialen Verhältnissen in 99 von 100 Fällen" (S. 14) schlechterdings nicht erfolgreich sein kann, so kann doch eigentlich von einer Qualitätsverbesserung kaum die Rede sein. Es kommt also wesentlich auf die Verbilligung an. Um diese zu erzielen, soll all denen Gewalt angethan werden, welche an eine heilende Wirkung der ärztlichen Behandlung — es sei, welche es sei — glauben, auf eine solche hoffen! Mit welchen Gefühlen mögen sich diese, wenn sie L.'s Anschauungen kennen, an einen seiner Aerzte wenden; wissen sie doch, daß dieser selbst seine Thätigkeit „in 99 von 100 Fällen" für erfolglos hält.

Es wäre des weiteren noch nachzuprüfen, ob denn wirklich Ersparnisse in dem Umfange zu erwarten sind, wie dies Landmann annimmt. Insbesondere wäre dabei die Frage zu erörtern, ob nicht — soweit Ersparnisse gemacht werden können — diese allein der Kasse zu Gute kommen, nicht den Mitgliedern; denn je unvollkommener das Arztsystem, je kleiner die Zahl der Aerzte, desto größer ist überall die Zahl der Kassenmitglieder, welche auf eigene Kosten Privatärzte zu Rathe ziehen.

Aber diese Untersuchung hat für denjenigen, welcher in der möglichst guten ärztlichen Versorgung der Krankenkassen-Mitglieder eine der wichtigsten Kulturaufgaben erblickt, nicht die Bedeutung, welche ihr Landmann beilegt. Denn wer dieser Meinung ist, kann nicht den Kostenpunkt als den allein maßgebenden ansehen, sondern der wird sich bei der Auswahl der verschiedenen Arztsysteme für dasjenige entscheiden, welches die ärztliche Fürsorge am besten gestaltet, ohne die Kassen finanziell zu überlasten. Von diesem Gesichtspunkt ist die Arbeit Astor's: „Zur Geschichte und Statistik der freien Arztwahl in Berlin", mit besonderer Freude zu begrüßen. Schafft doch die freie Arztwahl für die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder die denkbar günstigsten Verhältnisse, so daß gerade die Nachprüfung ihrer finanziellen Bedeutung für die Entscheidung der Kassenarztfrage den Ausschlag geben muß.

Ueber die Entstehung seines Buches theilt A. in der Vorrede mit, daß die Ortskrankenkasse der Bureau-Angestellten im Jahre 1897 eine Kommission einsetzte, welche die verschiedenen Kassenarzt-Systeme auch daraufhin prüfen sollte, wie sie auf die Vermögensverhältnisse der Krankenkassen einwirken. Als Mitglied dieser Kommission begann A. seine Untersuchungen, die er nunmehr so weit fortgeführt hat, daß sie nach seiner Meinung geeignet erscheinen, vollkommen die Streitfrage zu klären.

In der einleitenden geschichtlichen Uebersicht schildert A. zunächst die Verhältnisse, wie sie bis zum Ende des Jahres 1891 in Berlin bestanden. Bei sämmtlichen Orts-Krankenkassen erfolgte die ärztliche Behandlung durch Aerzte, die „abhängige Angestellte der Krankenkasse" mit festem Gehalt waren, auf deren Einkommen daher der Umfang der zu leistenden Arbeit ohne Einfluß war. Dabei war bis zum Anfang der neunziger Jahre das Arzthonorar verhältnißmäßig wesentlich niedriger, als sonst in ganz Deutschland. Unter diesen Verhältnissen litt naturgemäß auch die Beschaffenheit der ärztlichen Leistung, und es entstand eine lebhafte Mißstimmung im „Gewerks-Krankenverein", zu dem beim Erlaß des Krankenkassen-Gesetzes sich alle Orts-Krankenkassen zusammengethan hatten. Diese Mißstimmung veranlaßte zu Beginn der neunziger Jahre eine Reihe von Krankenkassen zum Austritt aus dem Gewerkskrankenverein, und eine von diesen, die Ortskrankenkasse der Maschinenbauer, führte 1892 die „freie Arztwahl" ein, d. h. sie schloß mit einem eigens zu diesem Zwecke gegründeten Aerztevereine, dem „Verein freigewählter Kassenärzte", einen Vertrag ab, nach welchem jedem Kassenmitgliede in Krankheitsfällen die Auswahl unter den Vereinsmitgliedern — damals 700, im letzten Jahre 1300 Aerzten — freistand. Die Kasse zahlte für die ärztliche Behandlung pro Kopf und Jahr 3 M. — d. h. etwas mehr als bisher — und der Aerzteverein vertheilte die Honorarsumme an seine Mitglieder nach Maßgabe von deren Inanspruchnahme. Noch mehrere andere Kassen führten dann in den folgenden Jahren die freie Arztwahl ein. Und wenn auch ein Theil von diesen — hauptsächlich auf Betreiben der Aufsichtsbehörde — später wieder zu einem andern Arztsystem überging, so hat doch gegenwärtig etwa ein Drittel der Berliner Krankenkassenmitglieder die „freie Arztwahl", d. h. es steht ihnen „fast jeder Arzt ebenso gut wie den Bemittelten zur Verfügung".

Die Aufsichtsbehörde, — d. h. der Berliner Magistrat — welche, wie erwähnt, bemüht war, der freien Arztwahl Hindernisse in den Weg zu legen, begründete ihr Verhalten damit, daß sie behauptete: durch das Arztsystem werden die Ausgaben in einer Weise gesteigert, die auf die Dauer die Kassen ruiniren muß. Als einzigen Beweis für diese Behauptung gab der Magistrat eine einfache Gegenüberstellung der Ausgaben bei den verschiedenen Kassengruppen: denen mit freier Arztwahl und denen mit Zwangsärzten.

Diese Statistik unterzieht nun der Verfasser in der vorliegenden Arbeit einer eingehenden Nachprüfung und er kommt dabei zu dem Urtheil: „Selten ist eine Untersuchung, die durch ihren amtlichen Charakter allgemein Glauben gefunden hat, mit einer solchen Leichtfertigkeit geführt worden." Denn die Magistratsstatistik läßt eine Reihe von Punkten ganz außer Betracht, die naturgemäß von wesentlichem Einflusse auf die Kassenfinanzen sein müssen: die Erkrankungsgefahr der einzelnen Berufe, die Höhe des Krankengeldes, die Zusammensetzung des Mitgliederbestandes nach Alter und Geschlecht. „Ein Eingehen auf diese bestimmenden Ursachen hat der Bericht des Berliner Magistrats verschmäht. Wäre er in eine Untersuchung nach dieser Richtung hin eingetreten, so .... hätte sich dabei herausgestellt, daß unter der freien Arztwahl nicht nur eine absolute Verminderung der Ausgaben für Kur- und Verpflegungskosten an Krankenhäuser, sondern auch eine relative für Arzneikosten und Heilmittel, sowohl gegenüber denselben Kassen in den Vorjahren, als auch gegenüber den anderen Kassen in demselben Berichtsjahre entstanden ist."

In dem folgenden Kapitel prüft dann Verfasser seinerseits „die finanzielle Wirkung der freien Arztwahl". Er untersucht zu diesem Zwecke, inwieweit die Statistik die Vorwürfe berechtigt erscheinen läßt, welche man gegen das System der freien Arztwahl erhob, und kommt dabei zu folgenden Schlüssen: Eine Vermehrung der Krankheitsfälle durch Begünstigung der Simulation oder eine Verlängerung der durchschnittlichen Krankheitsdauer ist unter diesem Arztsystem nicht eingetreten. Somit können auch die Ausgaben an Krankengeld nur insoweit eine Erhöhung erfahren haben, als die Kranken nicht so häufig an ein Krankenhaus überwiesen werden. Die hierdurch bedingte Mehrausgabe an Krankengeld bleibt hinter den Ersparnissen an Krankenhauskosten zurück. Berechnet man ferner die durchschnittlichen Arzneikosten nicht, wie es gewöhnlich fälschlich geschieht, auf den Kopf des Mitgliedes bez. auf den Krankheitsfall, sondern, wie es für eine zutreffende Beurtheilung nothwendig ist, auf den Krankheitstag, so ergiebt sich, daß bei den Krankenkassen mit freier Arztwahl die Arzneikosten gegenüber den anderen Kassen geringer geworden sind.

Verfasser skizzirt dann die „Organisation der freien Arztwahl in Berlin" und faßt zum Schluß die wesentlichen Ergebnisse seiner statistischen Untersuchungen noch einmal kurz zusammen. Es unterliegt nach seiner Meinung „keinem Zweifel mehr, daß die im Jahre 1891 ins Leben getretene freie Arztwahl, welche eine dem allgemeinen Fortschritte der Zeit entsprechende, menschenfreundlichere, ärztliche Behandlung der Arbeiter erreichte, sich auch finanziell aufs Glänzendste bewährt hat".

Das statistische Material, auf das Astor sein Urtheil gründet, ist in Tabellenform beigegeben und bildet einen weiteren Vorzug des Buches, das schon wegen seiner klaren Darstellung und der vollkommenen Beherrschung des Stoffes aufs Wärmste allen denen empfohlen werden kann, die sich für die Kassenarztfrage interessiren.

Dr. Fischer ist einer der Theilnehmer des verunglückten „Remscheider Aerztestreiks". Seine aus Anlaß dieses Streiks geschriebene Broschüre gipfelt in der Forderung, daß durch entsprechende Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes alle Krankenkassen zur Einführung der freien Arztwahl verpflichtet werden sollen. Denn F. ist fest davon überzeugt, daß ohne solche Gesetzesänderung „die Weiterentwicklung des Krankenkassenwesens in den Landmann'schen Bahnen zu erwarten ist und daß diese Entwicklung . . . mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses überall gleichmäßig sich vollziehen wird". Darum soll durch das Gesetz bestimmt werden, daß jeder Arzt auf seinen Wunsch zur Kassenpraxis zugelassen werden muß und daß die obere Verwaltungsbehörde „nach Anhörung" des Kassenvorstandes und der Aerzte die Honorarsätze für die Kassenpraxis festzusetzen hat.

Daß alle in den Krankenkassen versicherten Arbeiter — auch die eifrigsten Anhänger der freien Arztwahl — eine solche Gesetzesänderung aufs energischste bekämpfen werden, erscheint dem Schreiber dieser Zeilen nicht zweifelhaft. Und die Gründe für diese Stellungnahme sind so klar, daß ein weiteres Eingehen darauf überflüssig erscheint. Nur das eine verdient vielleicht doch hervorgehoben zu werden: Heutzutage hat die Arbeiterschaft gewiß keine Veranlassung, einer Verwaltungsbehörde ein Recht einzuräumen, das so leicht gegenüber mißliebigen Kassen — z. B. sozialdemokratischen — mißbraucht werden kann. Nicht einmal Gründe brauchte ja nach dem Vorschlage F.'s die obere Verwaltungsbehörde einem Kassenvorstande mitzutheilen, der sich durch die Honorarfestsetzung beschwert fühlt. Aber auch vom Standpunkte der Aerzte erscheint der Gesetzesvorschlag überaus bedenklich, denn auch sie würden ja dadurch von dem guten Willen der Verwaltungsbehörden abhängig werden. Und bisher muß es mehr als zweifelhaft erscheinen, ob wirklich bei den Verwaltungsbehörden die berechtigten Interessen des Aerztestandes besser aufgehoben sind, als bei den Krankenkassen, vor denen F.'s Vorschlag die Aerzte schützen soll. Die Besprechung des Astor'schen Buches zeigt, daß in Berlin die Aerzte bei den Krankenkassen mehr Verständniß für ihre Bestrebungen fanden, als bei den Verwaltungsbehörden. Im rheinischen Industriebezirk haben die Aerzte die entgegengesetzte Erfahrung machen müssen. Aber sollte daran wirklich allein die Agitation Landmann's unter den Kassenmitgliedern schuld sein? Oder sollte nicht auch das Verhalten der Aerzte dazu beigetragen haben, daß ihre Beziehungen zu den Kassenmitgliedern sich wenig erfreulich gestalteten und so der Boden für die Landmann'sche Saat bereitet wurde. Mancherlei spricht dafür, daß Aerzte und Kassenmitglieder einander fremd, ja vielleicht sogar feindlich gegenüberstanden. So die Anschauungen, die F. in der vorliegenden Broschüre über die Sozialdemokratie entwickelt, — z. B. Seite 15 u. f. —, Anschauungen, welche denen König Stumm's täuschend ähnlich sehen. So der Umstand, daß man es anscheinend ganz unterließ, bei Zeiten die Arbeiter über die Nachtheile des Landmann'schen Systems aufzuklären. So endlich das Verhalten der Remscheider Aerzte nach dem Streik: sie machten kaum den Versuch, an die „besser zu unterrichtenden" Kassenmitglieder zu appelliren, wandten sich vielmehr statt dessen an die Arbeitgeber und veranlaßten diese zur Gründung der — bei den Arbeitern mit Recht so unbeliebten — Betriebs-Krankenkassen.

Auffällig ist doch auch, daß gerade dort das Verhältniß zwischen Krankenkassen und Aerzten ein besonders schlechtes ist, wo die Klassengegensätze am schärfsten zum Ausdruck kommen: in Sachsen und im rheinischen Industrierevier, den beiden Bezirken Deutschlands, in welchen sogar Urtheile bürgerlicher Geschworener schon den Einfluß der Klassengegensätze erkennen lassen. Da liegt doch die Vermuthung gewiß nahe, daß auch die Aerzte sich dem Einflusse ihrer bürgerlichen Umgebung, mit der sie durch verwandtschaftliche und gesellschaftliche Bande verknüpft sind, nicht zu entziehen vermochten, daß auch sie eine feindselige Stellung gegenüber den Arbeitern einnehmen. Gerade aber in solcher Umgebung wäre es mehr noch, als sonst, Pflicht der Aerzte, die Sache der Mühseligen und Beladenen zu vertreten; gerade hier verdiente das Wort Sonderegger's (berühmter Schweizer Arzt) Beherzigung, daß die Aerzte „Sozialisten im besten Sinne des Wortes" sein sollten.

Ist diese Auffassung richtig, so ist man auch wohl berechtigt, Landmann's Einfluß wesentlich niedriger einzuschätzen, als dies Fischer thut. Und damit entfiele ja dann auch für die Aerzte jeder Grund, besondere gesetzgeberische Maßnahmen zu fordern. Denn dann hätten sie es selbst in der Hand, den Landmann'schen Ideen den Boden zu entziehen, auf dem diese ohnehin nur kümmerlich gedeihen. Sie brauchten nur über die Vortheile eines vernünftigen Arztsystems die Arbeiter aufzuklären, deren Vertrauen leicht zu bewahren sein wird, wenn das Verhalten des Arztes Verständniß für die Lage des Arbeiters bekundet.

Außer in diesen Broschüren wird die Kassenarzt-Frage noch in einer ganzen Reihe von Zeitungsaufsätzen mehr oder minder eingehend behandelt. Alle diese auch nur kurz zu skizziren, ist unmöglich. Es sei daher nur die Gruppe derer herausgegriffen, die sich, wie die Fischer'sche Schrift mit der „gesetzlichen Festlegung der freien Arztwahl" beschäftigen. Leider steht F. nicht allein mit seiner Forderung, sondern nahezu alle Aerzte, die in der Tagespresse oder den medizinischen Fachzeitungen das Wort zu dieser Frage nehmen, stellen sich auf denselben Standpunkt. Dabei fordert ein Theil von ihnen gleichzeitig die Bezahlung nach

Mindestsätzen der Taxe, ein anderer die Schaffung besonderer Gebührensätze durch Schiedsgerichte oder dergleichen.

Die Bezahlung nach den Mindestsätzen der Taxe würde bedeuten, daß die Kassen für ärztliche Behandlung etwa das Dreifache von den bisherigen Sätzen zu bezahlen hätten; insgesammt würde die Mehrbelastung der deutschen Krankenkassen 40—50 Millionen betragen. Eine derartige Mehrbelastung — von der die Arbeiter selbst zwei Drittel zu tragen haben würden — wird keine Regierung den Krankenkassen zuzumuthen wagen. Auch der andere Vorschlag, durch schiedsgerichtliche Institutionen besondere, mehr den heutigen nahekommende Kassentaxen zu schaffen, hat wohl kaum Aussicht auf Verwirklichung. Denn eine gesetzgeberisch brauchbare Formel dafür ist bisher nicht gefunden worden; sicher keine, der die Sozialdemokratie zustimmen könnte, welche in erster Linie die Rechte der versicherten Arbeitnehmer wahrzunehmen hat und damit nicht einverstanden sein kann, daß der Einfluß der Verwaltungsbehörden noch weiter gesteigert wird.

Uebrigens zeugt es von geringem politischen Verständniß, daß die Aerzte sich noch immer Täuschungen über die Aussichten ihrer Gesetzesvorschläge hingeben. Das ist um so wunderbarer, als auch nicht eine politische Zeitung für die „gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl" eingetreten ist. Im Gegentheil: gerade solche Blätter, auf deren Unterstützung die Aerzte vielleicht noch am ehesten rechnen konnten — wie die „Frankfurter Zeitung", die „Freisinnige Zeitung" — haben diese Forderung für unannehmbar erklärt.

Darum wäre es wahrlich besser, wenn die Aerzte auf den aussichtslosen Versuch verzichteten, die Kassen mit Hilfe der Gesetzgebung zur Einführung der freien Arztwahl zu zwingen. Gerade nachdem die Astor'schen Untersuchungen ein so werthvolles Agitationsmaterial geschaffen haben, liegt es doch weit näher, statt dieser vergeblichen Bemühungen wieder die Agitation unter den Kassenmitgliedern aufzunehmen, der die bisherigen Erfolge zu danken sind.

C. F.

Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts" folgende Beiträge ein:

Personal des B. A. B. 10,55. Tellersammlung der Vers. d. Verbandes d. d. Zimmerer 1. März 5,35. Beim Geburtstag unseres Gastwirthes Fritz Schumann, Tilsiterstr. 85 ges. 3,10. Ges. bei einer Geburtsfeier d. Gesangvereins „Freies Lied", Friedrichshberg 3,50. Verein der Leiter- und Gerüstbau Berlins u. Umg. 15,—. Fr. S. 3,—. Hutmacher Gesangverein Einigkeit 10,—. Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik von der Brillen-Kolonne 7,40. Von einem Arzt 30,—. Zylinderhut, Ramlerstr. 33 3,50. Die Arbeiter der Firma Brüggemann, Rüdersdorferstr. 48 10,40. 5 Mann aus der Idiotenanstalt Andreashof 2,50. Skatklub „Ramsch", Berlin SW. 11,00. Ein antisemitischer Zigarrenhändler 1,—. Buchdruckerei W. Wagner, Lindenstraße 9,15. Dreher'scher Gesangverein 5,—. Geburtstag des alten 57jährigen Wiener's 6,40. Maskenball Frauenverein „Stricknadel" 30,—. Von einer Geburtstagsfeier der Kupferschmiede von Borsig 7,—. Sozialdemokratischer Verein Würzburg 25,—. Von den Vorstandsmitgliedern der Fr. H. K. d. Zimmerer O. W. Berlin durch Gruse 50,—. Tischler, Große Hamburgerstraße 3, 5,40. Rauchklub Brüderlichkeit 10,—. 4 Tapezirer durch O. K. 4,—. Möbelfabrik W. Kümmel, Große Frankfurterstraße Nr. 16, Saal I. 12,—. H., Zehlendorf 1,—. Gesangverein Männerklang, 1. Rate 6,—. Rauchklub Rauchwolke, Moabit 5,—. Alte Garde vom Schwimmklub Hecht 5,—. Lese- und Diskutirklub Joh. Jacoby 10,—. Dr. H. 3,—. Allgemeine Elektrizitätswerke „Oberspree", Abtheilung K. M. 7,—. Die Arbeiter der Firma Steffens u. Nölle, Süduser 16/17, durch Aschendacher 34,20. Ortsverein der Charlottenburger Buchdrucker 15,—. Von den Metallarbeitern in Würzburg 10,—. Vom Gewerkschaftskartell Ludwigshafen durch Probst 30,—. M. W., Rixdorf 1,—. Die Kollegen der Klempnerei von Moritz Schulz, Alexanderstr. 31 15,55. Buchdruckerei Strauß, 3. Rate, 8,50. Meier, Simeonstraße 29 3,20. Onkel 1,—. Apfelsinentrudelei bei Blaurock, Gipsstr. 16 2,10. Flugtauben-Verein „Wedding" 5,—. Buchdruckerei L. Schumacher 6,60. Helgoländer Geburtstagsfeier für Klese und Schüssel 2,—. Sarre 3,—.

Summa 453,40 M. Bereits quittirt 1871,75 M. In Summa 2325,10 M. Diese Summe ist an den Kassirer Gerisch abgeliefert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Former und Kernmacher! In der Gießerei der Firma Gäbert, Berlin, Sophienstraße, haben sämmtliche 15 Former und Kernmacher infolge bedeutender Lohnreduktionen die Arbeit eingestellt. Der Meister Gädicke hat die Gießerei in Akkord übernommen und sucht jetzt seine verfehlten Kalkulationen, besonders infolge der gestiegenen Metallpreise, durch Abzüge der Löhne der Former und Kernmacher auszugleichen. Zum Vergleich lassen wir folgende Uebersicht folgen:

Lange Kasten bisher bezahlt			23 Pf.	jetzt	20 Pf.	
Kleine	„	„	19 „	„	15	„
Große	„	„	35 „	„	30	„
Dreitheil	„	„	30 „	„	25	„
Bremshähne	„	„	75 „	„	50	„
Bierkühler	„	„	75 „	„	60	„
Ventile	„	„	40 „	„	30	„

Den Kernmachern ist ein Abzug von durchschnittlich 40 pCt. angeboten worden.

Sämmtliche Verhandlungen sind gescheitert. Der Chef der Firma Gaebert erklärt sich für unzuständig, machte indeß in anerkennenswerther Weise einen Vermittelungsvorschlag, der indeß von dem Gießermeister Gädicke abgelehnt wurde. Letzterer ist der Meinung, daß die Kollegen, trotz eines Ausfalles von 6,50 M. pro Woche, zufrieden sein könnten.

Die Versammlung der Former, welche Sonntag, den 12. März, Mittags 12 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr 20, stattfindet, wird sich mit weiteren Schritten zu beschäftigen haben; desgleichen eine am Dienstag, den 8. März, zu Kemmann, Brunnenstraße 180, einberufene Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes.

Bis dahin ist Zuzug streng fern zu halten. — Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Steinsetzer. In Mainz sind die Differenzen so weit geregelt, daß nunmehr sämmtliche Meister das Steinerichten im Tagelohn ausführen lassen. Allerdings haben sie sich bis jetzt nur diejenigen Arbeiter dazu ausgesucht, welche die größte Fertigkeit besitzen. Diejenigen, die man in ihrer Lehrzeit mit anderen, profitableren Arbeiten beschäftigt hat, haben augenblicklich das Nachsehen. Umsomehr muß anerkannt werden, daß sich von diesen ohne ihr Verschulden Zurückgesetzten kein einziger gefunden hat, der die Arbeit wie früher im Akkord ausführen wollte. Die Leipziger Steinsetzer-Innung hat, gleich der Berliner, wegen der angeblichen Vorarbeiten für die Zwangsinnung noch keine Zeit gehabt, sich mit der Regelung der Lohnfrage zu beschäftigen. In Altona haben die Steinsetzer und Rammer Gleichstellung mit den Löhnen der Hamburger Arbeiterschaft desselben Berufes beantragt: Stundenlohn 55 bezw. 50 Pfennige. Außerdem für Ueberstunden (Morgens 4—6, Abends 6—8 Uhr) 25 pCt. Aufschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pCt. Aufschlag. Soll gleich von Abends 6 Uhr durchgearbeitet werden, so sind sämmtliche Stunden als Nachtstunden zu bezahlen. Weiter wird Freigabe des 1. Mai gefordert. Die in Frankfurt a. M. beschäftigten Pflasterer wollen für dieses Jahr die Zahlung eines Stundenlohnes von 45 Pfennigen allgemein zur Durchführung bringen. Die Memeler Steinsetzer haben die Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 Pfennige beantragt, da dieselben immer nur verhältnißmäßig kurze Zeit in ihrem Berufe Beschäftigung haben. Die Steinsetzermeister in Stargardt i. P. wollen fremden Steinsetzern lieber 50 Pfennige Stundenlohn zahlen, ehe sie den einheimischen 40 Pfennige bewilligen. Im vorigen Jahre wurden dieselben unter dem Drucke der ungünstigen Konjunktur mit 35 Pfennigen abgespeist.

In Halle a. S. sind die Aussichten für das Steinsetzergewerbe in diesem Jahre nicht die besten. Infolge dessen beschloß die Innung zuerst, auf die von dem Gesellenausschuß unterbreiteten (im „Vorwärts" schon früher veröffentlichten) Forderungen überhaupt nicht zu antworten. Später entschloß man sich, dem Gesellenausschuß mitzutheilen, daß man auf Verhandlung und Begründung der Forderungen verzichte, da dieselben „unerhört" und „überspannt" seien. Weiter verlangten die sämmtlichen Unternehmer von jedem in Arbeit tretenden Steinsetzer, daß derselbe einen Revers unterschreibe, demzufolge sich derselbe mit den bisherigen Lohnbedingungen einverstanden erklärte und im Falle eines Streiks acht Tage vorher zu kündigen hat. (Für gewöhnlich ist Kündigungsfrist ausgeschlossen!) Die Steinsetzer beschlossen dann, angesichts der ungünstigen Konjunktur ihre Forderungen zurückzuziehen, wenn die Innung ihrerseits den Revers zurückzieht und keine Maßregelungen stattfinden zu lassen erklären würde. Darauf hat die Innung nicht geantwortet. In einer kürzlich stattgehabten Versammlung wurde dann beschlossen, daß Jeder auf Verlangen die Unterschrift geben kann. Ebenfalls abgelehnt hat die Stettiner Steinsetzer-Innung den Antrag auf Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 55 Pf., angeblich, weil der Magistrat wichtige Veränderungen vornehmen wolle. Die Tilsiter Steinsetzer haben auch in diesem Jahre wieder einen beachtenswerthen Erfolg erzielt. Die Arbeitszeit in der Stadt beträgt 10 Stunden, bei Ueberlandarbeit 11 Stunden. Stundenlohn 50 bezw. 55 Pf. Weiter haben die Meister den von den Steinsetzern aufgestellten Arbeitstarif anerkannt, wonach die täglichen Leistungen gegen früher ganz bedeutend herabgesetzt sind. Dieselben betragen durchschnittlich nur 2/3 der z. B. in Berlin üblichen Leistungen. Akkordarbeit findet nicht statt. Bei Ueberlandarbeit freie Hin- und Rückfahrt, desgleichen wenn dieselbe längere Zeit dauert, alle vier Wochen. In Berlin fällt es heute fast keinem Unternehmer mehr ein, bei auswärtiger Arbeit Fahrgeld zu erstatten. In Clötze beabsichtigten die Steinsetzer, in diesem Jahre eine kleine Lohnerhöhung und Einführung des Stundenlohnes zu fordern. Leider hat der Unternehmer abgelehnt. Derselbe will eventuell auch auswärtige Kräfte heranziehen. Zuzug ist fernzuhalten von Clötze, Halle a. S. und Stargardt in Pommern.

Aus dem Zwickauer Bergrevier. Auf unseren Werken wird es immer toller. Manche Beamte halten sich gar nicht mehr an das öffentlich angeschlagene Gedinge, sondern zahlen weniger aus, wenn ihrer Meinung nach zu viel über den Schichtlohn verdient worden ist. Aber die Bergleute wahrhaft provozirend ist man in den letzten Wochen auf dem Schaderwerk in Oberhohndorf vorgegangen. Man hat Arbeitergruppen, die aus zwei, drei und mehr Mann bestehen, von 17 in einer Schicht geförderten Hunten allein sieben wegen mangelhafter Füllung gestrichen, was, da der Hunt mit 80 Pf. verdingt wird, einen Lohnabzug von 5,60 M. macht. Am letzten Freitag haben sich nun einige Bergleute mit dem Kameraden, der das „Streichen" besorgt, gestritten, dafür durften sie am Montag nicht wieder anfahren, hatten aber vor dem auf dem Werk erschienenen Gendarm ein Verhör zu bestehen, da bei dem Streit mit dem „Huntenullen" ein Auflauf entstanden war. Am anderen Morgen wurden fünf Mann entlassen wegen Verstoßes gegen das B.-Berggesetz § 80, 11, angeblich weil sie Thätlichkeiten gegen Kameraden verübt haben. Mit diesem Attest bekommen sie auf keinem Werk wieder Arbeit, sie werden deshalb das Bergschiedsgericht anrufen. Die Leute sind natürlich äußerst empört über die horrenden Lohnabzüge.

Die Former der Firma Beyer u. Sohn in Frankfurt a. M. haben wegen Maßregelung zweier Arbeiter ihre Kündigung eingereicht und wird es aller Voraussicht nach zu einer Arbeitseinstellung kommen. Die Arbeiter hatten vor Kurzem die Beseitigung einer Reihe von Uebelständen verlangt, demgegenüber die Firma kein Entgegenkommen zeigte. Als nun unerwartet der Fabrikinspektor die gerügten Mißstände in Augenschein nahm und dabei verschiedene Einrichtungen gleichfalls nicht einwandsfrei fand, erfolgte plötzlich die Entlassung zweier Arbeiter, die jahrelang in der Fabrik beschäftigt waren. Gegen diese Maßregelung ihrer Kollegen wehren sich die Arbeiter, und sie bitten die Former, den Zuzug fernzuhalten.

Auf den Eisenwerken in Bünde (Westfalen) haben 45 Arbeiter wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit eingestellt.

Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber. Von verschiedenen Seiten, besonders von den Fabrikanten, wurde die Behauptung aufgestellt, die Arbeiter würden die von den Fabrikanten ausgearbeitete Lohnliste wohl anerkennen, wenn dieselben nur von den Führern nicht so sehr beeinflußt würden. Infolgedessen fand über diese Frage unter den Arbeitern eine geheime Abstimmung statt, welche ergab, daß sämmtliche, mit Ausnahme eines einzigen diese Liste ablehnten. In einer Sitzung der 13 Fabrikausschüsse wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Kommission der Sammetweber lehnt es ab, noch weiter mit der sozialen Kommission zu verhandeln, weil in derselben zu wenig Fachleute vertreten sind und dadurch die Verhandlungen unnöthig ausgedehnt werden. Sie erklärt sich jedoch bereit, mit den Fabrikanten unter Vorsitz des Herrn Dr. Bertram als Unparteiischen zu verhandeln, wenn die Fragen der probeweisen Aufnahme der Arbeit zu der Fabrikanten-Lohnliste und die des Prämiensystems ausgeschlossen werden. Dieser Beschluß wurde dem Vorsitzenden der sozialen Kommission übermittelt.

Die Filiale des deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Harburg wurde von der Polizeibehörde auf Grund § 8 des Vereinsgesetzes aufgelöst. Die That erinnert wieder recht lebhaft an das Versprechen des Reichskanzlers, diese Bestimmung des Vereinsgesetzes aufzuheben.

Ueber einen Streik der Steinarbeiter in Burgpreppach (Bayern) bringt das Fachorgan der Steinarbeiter eine Schilderung, die recht deutlich zeigt, wie wenig eine Arbeiterschaft an Widerstand zu leisten vermag, wenn sie jeder Organisation entbehrt. Der Bericht lautet:

„In einem der Firma Holzmann, Frankfurt a. M., gehörigen Steinbruche, in welchem 74 Arbeiter beschäftigt werden, und vor mehreren Jahren der Verdienst der Steinarbeiter noch als auskömmlich für diese Gegend bezeichnet werden konnte, sind durch die unersättliche Profitgier der Herren Unternehmer die Löhne soweit gesunken, daß man mit Recht von Hungerlöhnen sprechen kann, denn bei der anstrengenden Thätigkeit vom frühesten Morgen bis in die sinkende Nacht beläuft sich der Verdienst eines solchen Arbeiters in 14 Tagen auf 22—26 M. Lange schon war es deshalb bemerkbar geworden, daß die dortigen Steinarbeiter mit diesen Löhnen ihren sowohl wie den Unterhalt ihrer Familie nicht mehr bestreiten konnten, und sie hatten sich einige Mal um Lohnerhöhung an den Werkführer gewandt, aber ohne Erfolg. So kam es, daß sie am 11. Febr. Mann für Mann die Arbeit niederlegten. Mit den Steinbrucharbeitern der Umgegend hatten sie sich vor Einstellung der Arbeit verständigt, es kommen hierbei 200 Mann in Betracht, welche ihr Solidaritätsgefühl dadurch bekundeten, daß keiner zum Streikbrecher wurde. Aber als acht Tage vorüber, die Streikenden aller Existenzmittel beraubt waren, wankte eine Partie heute, die andere Tags darauf, obwohl ihnen die dortigen Einwohner Muth einflößten, wieder an die Arbeit, um ihren Hunger bei dem kärglichen Verdienst zu stillen." — Eine Organisation hätte gegen diese trostlosen Zustände den Arbeitern einen Rückhalt gewähren können.

Die Mannheimer Bäckergesellen sind eifrig bemüht, Mißstände in ihrem Beruf zu beseitigen. Zu dem Zweck hatte sich auch das Gewerkschaftskartell an die Bäckermeister mit der Anfrage gewandt, ob sie geneigt wären, in gegenseitiger Uebereinstimmung auf die Abstellung der Mißstände hinzuwirken. Die Bäckermeister haben die fremde Hilfe, wie sie in ihrer Antwort bemerken, abgelehnt. In letzter Zeit sind nun fortgesetzte Maßregelungen gegen solche Arbeiter erfolgt, die der Organisation angehören und eine Beschäftigung in anderen Betrieben ist den Entlassenen nicht möglich gewesen zu erlangen. Werden diese Maßnahmen fortgesetzt, so beabsichtigen die Gewerkschaften gegen einige Meister den Boykott auszusprechen.

Ausland.

In Bilbao (Spanien) haben 1500 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Die Sägewerksbesitzer-Koalition im Sundvallbistrikt in Schweden hat an ihre Arbeiter ein Zirkular versandt, in dem sie schreibt, sie hätte gehört, daß der „Schwedische Sägewerks- und Holzmühlenarbeiter-Verband" unter ihren Arbeitern agitire und ihm auch „einige" schon beigetreten seien. Aus den Statuten ginge hervor, daß der Arbeiter durch diesen Beitritt zu „einem willenlosen Mittel in den Händen der sozialdemokratischen Partei wird", und diese „Tyrannei" habe sich schon dokumentirt, indem der Verband die Unternehmer zwingen wolle, nur Verbandsmitglieder zu beschäftigen. (?) Daher erklären sie, daß sie keine Verbandsmitglieder zu Arbeitern haben wollen, nur die Begründung von lokalen Vereinigungen „ohne Beeinflussung von außen" könnten sie gutheißen. Der bereits sehr verbreitete Fachverband ist zur festen Abwehr entschlossen.

Der Stockholmer Bäckereiarbeiter-Verband hat dem Bäckereibesitzer-Verband unter gleichzeitiger Kündigung des bisherigen Arbeitsreglements eine Reihe Forderungen unterbreitet, wie zehnstündige Arbeitszeit, mindestens neunstündige Nachtruhe, Ueberstunden bei Tage werden mit 40—50 Oere, bei Nacht mit 65—75 Oere bezahlt. An Feiertagen und Sonnabenden ist um 7 Uhr Arbeitsschluß, am 1. Mai und Johannistag um 1 Uhr. Lohn 21—27 Kronen für Gesellen, 15—18 Kronen für Lehrlinge und Gehilfen. Aufhebung des Kost- und Logis-Systems.

Für die Weber in Krefeld gingen bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission folgende Beiträge ein:

Breil's Geburtstag, Rixdorf, Rosenstr. 24 5,—. Möbelpolirer J. C. Pfaff, Zeughofstr., 4. Rate 9,68. Maskenball b. Müller b. Lehmann 2,60. Verein der Wäsche- u. Krawattenbranche Berlins d. Fr. 15,70. Kleeblatt v. Moster Nachf. 2,—. Verband d. Möbelpolirer Berlins u. Umgegend 5. Rate 50,—. Arbeiter d. Schuhfabrik Färbenheim u. Co. 10,—. Buchdruckerei O. Elsner, 2. Rate 20,—. Zementirer u. Berufsgen., Tellersamml. v. 23. Febr. cr. 10,—. Arbeiter der Firma W. A. Hirschmann, 4. Rate 22,—. Buchdruckerei Ullstein 11,25. 3 Metteure für ein Trinkgeld 1,—. Former, Wasserthorstr. 8, 5. Rate 5,—. Tischlerei in der Telephonfabrik von Welles 5,30. Arbeiter der Schuhwaarenfabrik von Jacobi, 6. Rate 14,15. An Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigte Arbeiter, 3. Rate 25,—. Tellersammlung der öffentlichen Versammlung der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter 26,65. Kronleuchterfabrik, Elisabethhof, 9,85. Kronenwetter-Moabit 5,—. Die Lieguitzer-Moabit 4,—. Tischlerei Liebenwalderstraße 53, 7,50. Knopffabrik von Manasse, Wallstr. 17/18, 3. Rate 8,40. Möbelpolirer von Huse, Koppenstr. 9 2,—. „Berliner Morgenpost", 5. u. 6. Rate 7,85. Gesangverein „Liberté" 10,—. Buchdruckerei Krebs, 6. Rate 3,80. Pianofabrik von Knabe u. Thal, 3. Rate 8,50. Tischlerei Schütz, Krautstr. 39 7,20. Metallwaaren-Fabrik Stock u. Komp. 13,10. Pianofabrik Herbst, 4. Rate 9,80. Bauarbeiter Berlins und Umgegend durch W. Noack, 3. Rate 500,—. Arbeiter und Arbeiterinnen von Paul Judt, Pankow, 6,15. Verein der Fellenhauer Berlins 30,—. Rathe Kindtaufe bei Scharff u. Owczarek, Reichenbergerstr. 178 5,—. Tischlerei Görlich, Proustr. 38 10,—. Personal der Buchdruckerei Julius Sittenfeld 50,70. Zentralverein der Böttcher, Filiale Berlin 100,—. Porzellanarbeiter, Berlin II 10,—. Buchdruckerei Fellgentreff u. Ko. 6,20. Tellersammlung d. Versammlung Nordd. Brauerei am 27. Febr. 24,25. Tellersammlung d. Metallarbeiter-Versammlung für Wedding am 27. Febr. 23,05. Klaviaturfabrik von H. Buchholz, Kreuzbergstraße 6 16,—. Polirer d. Firma F. A. Trene, Wienerstr. 44 10,—. Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann, 4. Rate 47,95. Textilarbeiter-Versammlung in Charlottenburg d. Brandt 2,85. Holzmosaikfabrik Wilh. König, Diefenbachstraße 33 12,—. Buchdruckerei Otto v. Holten 22,60. Buchdruckerei Gebr. U., 7. Rate 12,75. Pianofabrik von Siewert, Urbanstr. 102 4,80. Arbeiter der Lampenfabrik Schuster u. Bär 17,—. Bühnenpersonal d. Uranla, Taubenstr. 11,25. Sozialdem. Gast- und Schankwirthe Berlins u. Umg., 2. Rate 100,—. Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend, 2. Rate 29,25. Verband der Bauarbeiter, Zahlstelle, Berlin 4 3,—. Tellersammlung der Versammlung „Königshof" am 27. 2. 99 15,10. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Ackerstraße, Saal 22 22,25. Fraiserei von Wagner u. Dünnebeil 8,05. Arbeiter der Zitherfabrik Menzenhauer u. Co., 4. Rate 8,50. F. W. Meyer's Buchdruckerei 5. und 6. Rate 5,—. Buchdruckerei und Kontobücher-Fabrik Eyck u. Friedländer, 3. Rate 4,40. Pflanzenverein Kolonie zum Storchnest, Rixdorf 15,—. Flugtauben-Verein Wedding 5,—. Verein der Grundirer 6,—. Metallarbeiter Berlins (darunter 50,— vom Polarlicht), 2. Rate 200,—.

Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rudolf Millarg, Annenstr. 16, I, entgegen. Geöffnet Wochentags 9—1 Uhr Vormittags und 6—8 Uhr Abends.

Vom Rixdorfer Gewerkschaftskartell sind nach Krefeld gesandt: Am 11. Februar 5. Rate 100 M., darunter die Hälfte der Tellersammlung der Volksversammlung vom 9. Februar 23,50 M. Am 27. Februar 6. Rate 130 M., darunter vom Verband der Zimmerer, Zahlstelle Rixdorf 20 M. und vom Bau Ecke Motz- u. Eisenacher-Straße, durch Arendt 1,80 M.

Weitere Beiträge nimmt gern entgegen August Rierich, Rixdorf, Steinmetzstr. 85, H. II.

Soziale Rechtspflege.

Lohnzahlung. Der Putzer W. hatte als Führer einer Kolonne von dem Maurermeister Schmiegel 47 Mark in Budikermarken erhalten und verlangte von Sch. diese Summe nochmals in Baar gezahlt, indem er sich auf die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Lohnzahlung berief. Die Kammer III des Gewerbegerichts war jedoch der Meinung, daß der Kläger als Kolonnenführer nur gleichberechtigtes Mitglied der Kolonne sei und ohne besondere Vollmacht seiner Kollegen nur den auf ihn fallenden Theil des gesetzwidrig in Marken gezahlten Lohnbetrages fordern könne. Der Kläger ermäßigte demgemäß seinen Anspruch auf 8,30 M., die ihm das Gericht zusprach. Außerdem wurde der Beklagte Schmiegel verurtheilt, dem Kläger für 21 Stunden, während der er auf Lohn hatte warten müssen, noch 12,90 M. zu zahlen.

Stundenlohn und Kündigungsausschluß. Der Kohlenhändler Moritz wandte gegen die Entschädigungsklage des Arbeiters B. ein, der Kläger habe ohne vorherige Kündigung entlassen werden können, weil er gegen Stundenlohn beschäftigt gewesen sei. Gegenüber dieser Thatsache hielt es der Beklagte für unerheblich, daß die gesetzliche Kündigungsfrist nicht ausgeschlossen worden war. Wie in der Verhandlung vor der Kammer VII des Gewerbegerichts festgestellt wurde, hat der Kläger neun Monate ununterbrochen bei Moritz gearbeitet und den verdienten Lohn wöchentlich ausbezahlt erhalten. Auf Zureden des Vorsitzenden Meier und der Beisitzer verglichen sich die Parteien. Gewerberichter Meier erklärte dann namens des Gerichtshofes, daß es rechtsirrthümlich sei, wenn der Beklagte annehme, der Zahlungsmodus habe einen Einfluß auf die Kündigungsfrist. Für diese sei es gleichgiltig, nach welchen Einheiten der Lohn berechnet werde. Auf jedes dauernde Arbeitsverhältniß finde die Kündigungsfrist des § 122 der Gewerbe-Ordnung Anwendung, wenn sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen sei.

Der Blumenhändler Straßer hatte neben einer Blumenbinderin noch ein Lehrmädchen in Beschäftigung, dem es oblag, den Laden zu scheuern und darin Staub zu wischen. Als das Lehrmädchen aus dem Geschäft ausschied, übernahm die Binderin R. freiwillig die Reinigung. Auf Veranlassung ihrer Mutter weigerte sie sich jedoch später, diese nicht ganz reinliche Thätigkeit weiter zu verrichten. Straßer entließ sie darauf. Er hatte sich nunmehr wegen unberechtigter Entlassung vor dem Gewerbegericht zu verantworten. Die Kammer VII gab dem Antrage der Klägerin statt und verurtheilte den Beklagten zu einer Lohnentschädigung von 10 M., dem halben Monatsgehalt. Das Gericht ging davon aus, daß die Klägerin als Binderin an sich nicht zum Scheuern verpflichtet gewesen sei und daß sie deshalb von der freiwillig übernommenen Pflicht jederzeit habe zurücktreten können. Auch hätte ihr, da sie mit den Kindern zu thun hatte, nicht zugemuthet werden, können, sich die Kleider zu beschmutzen.

Das gesundheitsgefährliche Geräusch. Dem Fabrikanten B. in Düsseldorf war von der Polizeiverwaltung aufgegeben worden, die Fenster und Thüren seiner Silberschmiede während der Arbeitszeit dicht geschlossen zu halten, damit die Nachbarschaft nicht durch den mit der Arbeit verbundenen Lärm belästigt werde. B. klagte gegen die Verfügung vergeblich beim Bezirksausschuß. Dieser begründete die Abweisung der Klage folgendermaßen: Nach dem Gutachten des vom Gericht gehörten Arztes sei es sehr wahrscheinlich, daß sich unter den Anwohnern nervös kranke Personen befänden, deren Gesundheit durch den Lärm gefährdet sei. Mit dieser Wahrscheinlichkeit müsse aber gerechnet werden, besonders bei der großen Verbreitung nervöser Leiden. Die Polizei habe darum auf Grund des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts einschreiten können. Die Angemessenheit der polizeilichen Auflage habe der Verwaltungsrichter nicht zu prüfen. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung und führte noch aus, daß es unerheblich wäre, wenn auch nur wenige Personen unter dem Geräusch in gesundheitlicher Beziehung zu leiden hätten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 4. März.
Opernhaus. Djamileh. Die Abreise. Vergißmeinnicht. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Nora. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die neue Richtung. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen-Kontrolleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Verbotene Früchte. Vorher: Die Neuvermählten. Anfang 8 Uhr.
Westen. Das Glöckchen des Eremiten. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der goldene Zylinder. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Schüler-Vorstellung: Wilhelm Tell.
Belle-Alliance. Das Milchmädchen von Schöneberg. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fuhrmann Henschel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Studenten-Trudchen. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde". Operntelephon.
Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend 8 Uhr:
Verbotene Früchte.
Vorher: **Die Neuvermählten.**
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Die Haubenlerche.
Abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Montag 8 Uhr:
Verbotene Früchte.
Vorher: **Die Neuvermählten.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Sonnabend Nachmittag 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen.
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Der goldene Cylinder.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr:
Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Kean
oder: **Genie und Leidenschaft.**
Abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.

Central-Theater

Direktion: José Farenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Sturgeß und Ordonneau.
Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: **Der Vogelhändler.**
Lucia Engelke als Gast.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel **Emil Thomas**
Schiddebold's Engel.
Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von demselben. Kouplets von Alfred Beuder.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Freitag:
Die kleinen Michu's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engelsjäger.
Tanzposse in 14 Bildern von H. Regel und J. Bayer.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132.
Vorletzte Woche! Zum 75. Male:
Der Brandstifter
Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten von G. Okonkowsky.
Musik von S. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag Nachm.: **Die Waise aus Lowood.**
Voranzeige! Sonnabend, 11. März: Auf vieles Verlangen zum Benefiz für Herrn Dill: **Der deutsche Michel.**

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Sonnabend: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Herr von Czarlinski aus Sidney (Australien): „Land und Leben in Australien." (Einzel-Vorträge 8.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Von 6½ Uhr ab:
Théâtre variété.
Um 8½ Uhr:
Die Palästinafahrt
Sr. Maj. d. Kaisers
in hundert 35 qm groß. Projektionsbildern m. erläut. Vortrag.
Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia".
Die berühmten **„lebenden Bilder".**
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Apollo-Theater.

Das beste Programm der Saison.
Sidley
Jülich
Segommer
Curtis u. Gordon
Sato
Joscarys
Scheherazade
Julians
Serenadas
etc. etc. etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf tägl. im Theater u. beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

Gebrüder Richter-Theater

57 Lothringer-Strasse 57.
Novität! Novität!
Vater und Sohn.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Heinrich Mussig . . W. Richter.
Vorher:
Wie denken Sie darüber?
Posse in 1 Akt von Carl Beck.
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Frauen-Emanzipation
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonloge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageskasse von 11—1 Uhr.
Jeden Freitag: **Neues Programm.**

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das durchweg neue
Große März-Programm
Nur allererste
Kunst-Spezialitäten!
Neu! Neu!
Berliner Waschermädel.
Gesangs-Burleske von Wilh. Gericke.
Fridolin Pieste: Dir. Winkler.
Sonnabend, den 4. März:
Großes
Bockbier-Jubelfest.
Extra-Vorstellung.
Tanz und Gratis-Verloosung.
Anfang 7½. Entree 50 Pfg.
Billet-Vorv. Vorm. v. 11-1 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
C. Peters.

Mähr's Theater

Oranien-Straße 24.
Täglich:
Rezept gegen Schwiegermütter
und
Im wunderschönen Monat Mai.
Spezialitäten.
Bons haben Giltigkeit.
Sonntags Anfang 6 Uhr.
Avis! Am 14. März cr.: Benefiz für Klara Hayn.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich: Neu!
Alles was zum Bau gehört!
Komische Bilder aus dem Berliner Volksleben mit Gesang u. Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Ada und Ottfried Relay,
vorzügliches Gesangsduett.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Lustspiel von Brisebarre.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree an Sonn- u. Wochentagen 30 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Die Rose von Bacharach.
Volksschauspiel mit Gesang in 4 Akten von Th. Fahrmann.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Heute, Sonnabend:
Hoffmann's Quartett- u. Humoristen
Zum Schluß:
Theater-Skandal.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hüttl.
Täglich:
Grosses Konzert
unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Klaeck.
Stets wechselndes Programm.

Circus Busch

Nur noch kurze Zeit!
Sonnabend, den 4. März 1899:
Gr. Parade-Gala-Vorstellung.
Zum 110. Male:
PERSIEN.
Debut der Spieler der
Polo à bicyclette.
Quadrille aus der Zeit Friedrich des Großen, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulpferden. Dir. Busch mit seinen 4 Fuchshengsten. Die deutschen Kraftturner **Sandor.** Der berühmte Schulreiter Burkardt-Foottit auf dem Lippizaner Schimmelhengst Conservano. Die vorzüglichen Klown und Auguste der Gesellschaft mit ihren neuen Späßen.
Morgen Sonntag: 2 große Vorstellungen: 4 Uhr Nachmittag. 7½ Uhr Abends: **Persien.**

Empfehle meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Müggelsee,
Teufelssee, Müggelberge,
Marienlust, a. d. Dahme,
zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggelberge. 6549*
C. Streichhan,
Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: **Ball.** [6559*
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten

Restaurant Linden-Garten.
Köpenick, Grünauerstr. 7.
Gr. Saal. Kaffeeküche. Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. C. Seidel.

Cöpenick. Empf. mein Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal. 4429*
Paul Joch, Grünauer und Radowerstr.-Ecke.

Wir bringen hiermit unser aus feinstem Saazer Stadthopfen und bestem Malz hergestelltes, von Fachleuten anerkanntes

Pilsener Bier

in empfehlende Erinnerung.
Berlin, Johannisstrasse 18-19.
Telephon Amt III. Nr. 8035.
Münchener Brauhaus A.-G.

Achtung! Musik. Achtung!
Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins u. Umg.
empfiehlt Musik zu allen Privat- und Vereinsfestlichkeiten vom Klavier bis zum größten Orchester. Prompte Ausführung. Bestellungen werden täglich mündlich von 10½ bis 1 Uhr Mittags sowie schriftlich und per Telephon (Amt III Nr. 1296) Rosenthalerstr. 57 im Restaurant Schiller, entgegengenommen. 50/2

Hüte, Schirme.
Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 6499*
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallschreiberstraße.

Fernsprecher: Amt IV. 447.
Einsegnungs-Anzüge
in Tuch-, Satins, Diagonal- und covercoats-Stoffen, 1- und 2reihig . . . . . 12–27 M.
M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottb. Th.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Cylinder-Hüte
Chapeaux claques
Einsegnungs-Hüte
weiche und steife **Filzhüte** zu billigsten Preisen direkt in der Fabrik
Max Radtke, Blumenstr. 39, Ecke Andreasstraße. (Kein Laden.)

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Lasungarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maaß.

Kein Laden!
Empfehle mein reichhaltiges Lager in 6258*
Filz- und Seidenhüten,
Schirmen
in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Anklamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter **Inventur** gelangen größere Lagerbestände meiner
Teppiche
Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Tischdecken!
zu sehr billigen Preisen zum 6999*
Ausverkauf!!

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181.
Koulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben **1 Mark,**
nur neue moderne Sachen, [6562*
Prima Qualität 1,50 und 2,—.
Die beliebten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**
Hutfabrik-Komptoir früher Baruimstr. 4 u. 5. jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [6572*
Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152.

Yellow-Kid-Zigaretten. 50/3*

14635 Das neueste
„Problem"
muss gelöst sein!

Betten Gardinen, Steppdecken, Portièren, Waffeldeck., Teppiche,
Paletots Bettvorleger, Tischdecken, Anzüge, Hosen, Opernql., Remontoiruhren, Regulat., Uhrketten spottbill. **Pfandleihe Neuenderstr. 6.**

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Müggelschloß und Teufelsee. Wunderbar schön von der Natur begabt. **Tanzsaal** mit Parquet-Fußboden. 2 Kegelbahnen. Gr. Halle, 2000 Personen fassend. Empf. den Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zum Sommer-Ausflug.
A. Degebrodt, Gastwirth.

Vereine und Gewerkschaften!
Empfehle mein Weiß- u. Bairisch-Bierlokal nebst franz. Billard und Vereinszimmer für 40—50 Personen, auch geeignet für Zahlstellen.
G. Ladewig, Kommandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstraße.

Erstklassige Fahrräder
Mk. 95. [1003L*
Baer Sohn,
Chausseestr. 24.

Album- u. Lederwaarenfabrik
Oskar Gundau
Oranien-Strasse 30
Ecke Adalbertstraße.
Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen zu billigsten Preisen.
Gesangbücher
von Mk. 1,25 an 10259*
in größter Auswahl.

Neu! Eröffnet! Neu!
Bade-Anstalt. Norden
Lortzingstr. 33.
Lohtannin, Russisch-Römisch, Dampfkasten mit Massage und Packungen, Wannen-, Sool-, Fichtennadel-, Kleiebäder 2c. Lieferant sämmtl. Krankenkassen. 10409*

Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankenwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle, Reise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwaaren jeder Art, Kinderbettstellen. Größtes Lager Berlins. Auf Kinderwagen gest. Theilzahlung.
A. W. Schulz, 95 Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.
Fernspr. Amt III. 1767. [754L*
Musterbuch gratis und franko.

Großer Möbelverkauf
Schützenstr. 2, Ecke Friedrichstraße.
Wegen Aufgabe meines Möbellagers-Speichers sollen viele Einrichtungen neuer sowie gebrauchter Möbel ganz billig verkauft werden. Einrichtung 95 bis 300, hochelegante 400 bis 4000 Mark. Gekaufte Möbel können bis 5. April stehen, werden durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht, auch nach außerhalb. Auch gebe ich an sichere Leute auf Theilzahlung. *

10845*
Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Preß- u. Steinkohlen.

Jeden Sonntag: Fischverkauf

Rügenerstr. 22 H., Ackerstr. 45 H. Empfehle leb. Karpfen 65, Plötze 50 bis 60, Hechte 60, zu gleichen Preisen täglich in der Zentral-Markthalle Fischstände 5 u. 29 a und Fischhandlung Landsbergerstr. 6 im Laden.
15159 **A. Radecke.**

Dr. Simmel Moritzplatz, (Haus v. Aschinger) 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.*

Dr. med. Schaper,
prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8
Friedrichstraße 114, I. [1086L*

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Am Sonntag, den 5. März, Nachmittags ½6 Uhr, im Lokal „Kösliner Hof", Kösinerstraße Nr. 8:

Oeffentl. Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Umstürzler und Kulturträger". Diskussion. 219/8

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Morgen, Sonntag, Vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:

Außerordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:

Die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Referent Kollege **Robert Schmidt.** — Stellungnahme zu dem von den Arbeitgebern vorgeschlagenen gemeinsamen Arbeitsnachweis. — Wahl der Delegirten zu dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß. — Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit spätestens bis 1 Uhr Mittags die Versammlung beendet sein kann.

Die Vertrauensmänner, welche für ihre Werkstattkollegen die Beitragzahlung besorgen, werden ersucht, am Sonntag deren Bücher mit nach der Versammlung zu bringen und dort dieselben den Kollegen auszuhändigen.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Achtung, Arbeiter Moabits!

Sonntag, den 5. März 1899, Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Renker, Beusselstraße 23:

General-Versammlung

des Unterstützungsvereins Berlin-Moabit.

Tagesordnung: Wahl des Gesammtvorstandes.

1404b J. A.: **R. Rehbein.**

Achtung! Former. Achtung!

Sonntag, den 5. März, Mittags 12 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 21:

Oeffentliche Versammlung

der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Die Beschickung des Formertages. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten. 4. Die Lage der Berliner Former und welche Maßregeln sind zu ergreifen, um dem Vorgehen der Fabrikanten entgegenwirken zu können?

Kollegen! Wenn Ihr nicht wollt, daß eine kleine Zahl über Euch beschließen soll, ist es nothwendig, daß Ihr alle erscheint; ob Ihr Mitglieder des Zentral-Verbandes der Former oder des Metallarbeiter-Verbandes seid, alle, auch Nichtorganisirte, sind zu obiger Versammlung eingeladen, um über ihre Lage Aufklärung zu erhalten. — **Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, daher zeitiges Erscheinen nothwendig.**

61/4 **Der Einberufer.**

Verband der Möbelpolirer.

Heute Abend, in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29:

Grosser Maskenball.

Billets à 50 Pf. sind in den Zahlstellen zu haben.

Montag, den 6. März, Abends 8½ Uhr, in Rixdorf, Hermannstr. 197:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Grempe** über Müllverbrennung und Müllverschmelzung. 2. Wahl. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zur Sternwarte Treptow. 82/6

Die Auszahlung des Krankenzuschusses erfolgt jeden Montag Abend von 7—8 Uhr, Blumenstr. 38; daselbst auch Annahme von Beiträgen.

Kollegen! Betreffs des Hautausschlags hat der Herr Regierungs- und Gewerberath Dr. Sprenger am 26./2. Unterzeichnetem mitgetheilt, daß er bedauern muß, der Angelegenheit nicht näher treten zu können, da ihm ein Arzt oder sonstige Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Der Vorstand hat deshalb beschlossen, auf Kosten des Verbandes sämmtliche in der Möbelpolirerei beschäftigte Personen zum Zweck einer Statistik ärztlich untersuchen zu lassen. — Die **Herren Aerzte**, welche bereit sind, die Untersuchungen vorzunehmen, werden gebeten, ihre Adresse an H. Schulz, Memelerstr. 60a, zu senden.

Achtung! Achtung!

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Montag, den 6. März, Abends 8 Uhr, in Wilke's Lokal, Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann** über: Auf was wir stolz sind. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. **Der Vorstand.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Montag, den 6. März, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Rautenberg, Oranienstr. 180:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Paul Bernstein** über: Die Fortschritte der modernen Gesundheitspflege und das Proletariat. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen. 4. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Zehrgelder in den Vorstandssitzungen von 30 auf 50 Pf. 5. Gewerkschaftliches. 141/9

Die Kollegen werden ersucht, in den Versammlungen recht pünktlich zu erscheinen, da die Versammlungen Punkt 8½ Uhr eröffnet werden.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Böttcher Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 5. März, Nachmittags 1½ Uhr, bei Nümann, Brunnenstr. 188:

Oeffentliche Böttcher-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Welche Aufgaben erwachsen den Gewerkschaften in sozialpolitischer Beziehung? Referent **Holtmann.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 39/3

Pflicht aller Böttcher ists, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Maschinisten, Heizer und Berufsgen.

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 5. März 1899, Nachmittags 5 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 19/20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Stellungnahme gegen die herrschenden Mißstände für die auf Tiefbauten beschäftigten Berufskollegen. 3. Wahl der Delegirten zu dem am 20. und 21. März tagenden Bauarbeiter-Kongreß. 4. Verschiedenes.

138/6 **Der Einberufer.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Am Dienstag, den 7. März 1899, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Adolph Hoffmann** über: „Himmel, Hölle und deren Bewohner". 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht 23/14

Der Bevollmächtigte.

Billets zu dem am 15. April stattfindenden 12. Stiftungsfest sind von heute ab in sämmtlichen Zahlstellen, bei allen Werkstuben-Vertrauenspersonen, sowie in obiger Versammlung zu haben.

Breuer's

Ball-Salon „Zur Königsbank"

Grosse Frankfurterstr. 117

empfiehlt seine **Festsäle mit Theaterbühne und Garten** zu Versammlungen und zu jeder Privatfestlichkeit (bis 1000 Personen). **Jeden Sonntag: Grosser Ball.** Anfang 4 Uhr. [6589*

D. Wurzel & Co., Wrangelstraße 17,

Ecke Mantenffelstraße. [*

Wäsche ausschließl. eigenes Fabrikat. Spezialität: **Arbeiter-Berufskleidung:** Blau Cöper-Jacken M. 1,65, steigend je Größe um 10 Pf., blau Cöper-Hosen, in allen Längen, M. 1,65. **Arbeiterhemden, Blousen, Malerkittel u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co.,** Wrangelstr. 17.

En gros. **Versand.**

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreichste Anerkennungen!

Unstreitig vortheilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Telephon Amt III. No 2742.

Telephon Amt III No. 2742.

Für Händler und Wiederverkäufer,

aus nur gesunden, wirklich guten Tabaken (lange Einlage) große volle Bockform.

pr. Mille Mk. 28,—, Regalia-Façon pr. Mille Mk. 22,50, rein netto Kasse.

Unter 500 Stück werden von dieser Sorte nicht abgegeben.

Ferner empfehlen folgende Marken aus geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Gewächsen in normalen, modernsten Formen:

Sumatra, Java.		St. Felix-Brasil.		Havana und Mexiko.	
Commercio .	100 St. Mk. 3,—	Brillante (klein) .	100 St. Mk. 3,25	Perla Mejicana	100 St. Mk. 5,—
Feuerwehr	3,50	St. Felix-Brasil	4,60	Mexicanos.	5,50
Efecto	4,25	St. Felix in Original-Kisten,		Castillo	6,—
Elvira	4,50	250 Stück enthaltend, . . .	12,50	Walküre	6,50
Odaliska	5,—	Marke Bahia-Import (Hand-		Milena	8,—
Senta	6,—	arbeit, Meysche Presse) 250 St.	15,—	Tallia	9,—

Bedingungen: **Versand und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke.** — 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — **Nichtkonvenirendes erbitten,** auch angebrochen, **auf unsere Kosten** gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurück; — **daher keinerlei Risiko für den Besteller.** Im Falle der Rücksendung oder Rückgabe dürfen aus jeder Kiste 4 Stück probeweise unentgeltlich geraucht sein. Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 pCt., bei 1000 Stück 6 pCt. Rabatt, **wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.**

Czollek & Geballe, Zigarren-Spezial-Haus. Berlin C., Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Hackeschen Markt.

Preisliste franko.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Soeben ist erschienen:

Das Dresdener Zuchthaus-Urtheil

vor dem Reichstag.

Mit einer Einleitung.

4 Bogen Grossoktav. • Preis 20 Pf. • Porto 5 Pf.

Die Art und Weise, wie Stumm und der sächsische Generalstaatsanwalt das entsetzliche Urtheil zu rechtfertigen suchten und dabei — wider Willen — den Prozeß zu einem politischen, das Urtheil zu einem Klassenurtheil stempelten, wie die glänzende Zurückweisung durch die sozialdemokratischen Abgeordneten durch Darlegung des wirklichen Sachverhalts, geben diesen Verhandlungen eine allgemeine Bedeutung.

Vereine, welche die Broschüre zu Agitationszwecken verbreiten wollen, erhalten **besonders hohen Rabatt.**

Weiter empfehlen wir die neueste Broschüre von **Klara Zetkin**

Der Student und das Weib.

Preis 50 Pfg. — Porto 5 Pfg.

Vergolder!

Montag, 6. März, Abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Große öffentliche Versammlung

aller im Vergoldergewerbe besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Wegener** über: Die Entwickelung der Industrie in den letzten Jahren. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht des Vertrauensmannes. 4. Neuwahl desselben. 5. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines Jeden, in der Versammlung zu erscheinen.

15045 **Der Vertrauensmann.**

Former!

Infolge bedeutender Lohnreduktionen (durchschnittlich 25 pCt.) haben sämmtliche 15 Former und Kernmacher der Firma **Gübert, Sophienstraße,** die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Näheres in der am Sonntag, den 5. März, Mittags 12 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20, stattfindenden Formerversammlung.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

115/8 **Otto Näther,** S. Annenstr. 39.

Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.

Restaurant „Neu-Seeland."

Empfehle meinen **1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne** zu Versammlungen und Festlichkeiten Vereinen unter den günstigsten Bedingungen. 4380*

Wo?

ist der schönste Ort für **Herrenpartien** und **Ausflüge? Auf der Insel Pichelswerder**

beim alten Freund.

Gewerkschaften u. Vereine

empfehle zu Partien u. Ausflügen meine **Salon-Dampfer in jeder Zahl und Größe.**

Konlante Bedingungen. 6509*

L. Kahnt, Stralau. Tel.-Amt Stralau Nr. 29.

Nachfl.: Johann Schulze, Berlin,

Fischerbrücke 17, Telephon-Amt I Nr. 2869.

Neu! Neu!

Fanfaren-Harmonika

neuartige Zugharmonika

mit 2 Reihen **brillanten Trompeten. Claviatur-Verdeck mit 16 Ringen und 2 Sternen. 10 Tasten, 40 Stimmen, 2 Bässen, 2 Registern, Claviatur-Griff mit garantirt unzerbrechlicher Spiralfederung D.R.G.M. No. 47462, 2 Doppelbalgen mit Beschlag und Zuhaltern, Balgfaltenecken mit Metallecken schonern. Musik doppelstimmig (2 chörig) Orgelton. Größe 35 cm. Preis billig durch den großen Umsatz auch**

nur 5 Mark

per Stück. Dieses Format Harmonika mit offener Nickel-Claviatur, viel großartiger, als von anderer Seite angeboten, auch nur 5 Mark. • 3 chörige Harmonika, großartige Neuheit, 3 echte Register, Contrabässe nur 6 Mark. • 4 chörige Harmonika, 4 echte Register, harmoniumartiger Ton nur 8 Mark. • 6 chörige Harmonika-Orchestrion, 6 echte Register 12 Mark. • 2 reihiges Künstler-Instrument mit 10 Tasten, 4 Contrabässen, herrliche Concert-Musik nur 10 Mark, mit 21 Tasten 10½ Mark. • Verpackung und Selbsterlernschule gratis. **Glockenspiel mit neuartiger Mechanik D. R. G. M. No. 85928 nur 30 Pfg. extra.**

Meine Instrumente sind sehr beliebt und begehrt, bewähren sich nicht nur 4 Wochen, sondern jahrelang.

Preisliste über Harmonika-Neuheiten gratis und franco.

Man bestelle nicht bei kleinen Händlern, sondern kaufe direkt bei

Heinrich Suhr,

Musikinstrumenten-Fabrik

Neuenrade (Westfalen).

Nachweislich ältestes und größtes Musik-Instrumenten-Geschäft am Platze.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.